

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19

XXXII. Landtag 07.11.1911-21.12.1915

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

Protokolle

über die

Verhandlungen der 1. Versammlung

des

XXXII. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1912.

Schulzefche Hof-Buchdruckerei (H. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 7. November 1911, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn.

Der älteste Abgeordnete Henn übernahm den Vorsitz, die Abgeordneten von Fricken und Dörr die Schriftführung.

Seitens der Staatsregierung wurden durch den Regierungsbevollmächtigten, Regierungsrat Tenge, die Wahlakten nebst dem Verzeichnis der Abgeordneten dem Alterspräsidenten übergeben. Bei der Verlesung des Verzeichnisses (Anlage A) wurde festgestellt, daß der Abg. Hollmann entschuldigt fehlte.

Es wurde sodann gemäß § 2 der Geschäftsordnung weiter verfahren. Dabei ergaben sich folgende Abteilungen:

- | | |
|-----------------------------|-----------|
| 1. Abteilung die Wahlkreise | 1 bis 10, |
| 2. " " " | 11 " 20, |
| 3. " " " | 21 " 29. |

Die Abgeordneten der 3 Abteilungen traten darauf zur Prüfung der Wahlakten zusammen.

Nach der Prüfung der Wahlakten beschloßen die Abgeordneten auf Antrag der von jeder Abteilung ernannten Berichterstatter, daß die Wahlen nicht zu beanstanden seien.

Der Regierungsbevollmächtigte hatte mitgeteilt, daß die Eröffnung des Landtags nachmittags um 5 Uhr erfolgen solle. Der Alterspräsident beraumte demgemäß eine neue Sitzung auf diese Stunde an.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 1. Dezember 1911.

Schröder.

Th. J. Lanßen.

U n l a g e A.

Verzeichniss der Abgeordneten zum XXXII. Landtage.

I. Wahlkreis.

1. Tappenbeck, Oberbürgermeister, Oldenburg.
2. Dursthoff, Dr., Professor, Oldenburg.
3. Wessels, Rathsherr, Oldenburg.

II. Wahlkreis.

4. Dannemann, Gemeindevorsteher, Tungenl.
5. Möller, Sattlermeister, Osternburg.

III. Wahlkreis.

6. Kleen, Maurermeister, Donnerschwee.
7. Behrens, Kaufmann, Eversten.

IV. Wahlkreis.

8. Feldhus, Gemeindevorsteher, Zwischenahn.

V. Wahlkreis.

9. Lanje, Gemeindevorsteher, Westerstede.

VI. Wahlkreis.

10. Schmidt, Ziegeleibesitzer, Zetel.
11. Brumund, Ziegeleibesitzer, Varel.

VII. Wahlkreis.

12. Gerdes, Gemeindevorsteher, Neu-Abbikenhausen.
13. Schipper, Landwirt, Langewerth.

VIII. Wahlkreis.

14. Schulz, Parteisekretär, Rüstingen.
15. Meyer, Gewerkschaftsbeamter, Rüstingen.

IX. Wahlkreis.

16. Heitmann, Krankenkassenrendant, Oldenburg.
17. Heller, Paul, Malermeister, Nordenham.

X. Wahlkreis.

18. Tanzen, Gemeindevorsteher, Stollhamm.
19. Tanzen, Th., Landwirt, Heering.

XI. Wahlkreis.

20. Müller, Kaufmann, Brake.
21. Tanzen, R., Landwirt, Rodenkirchen.

XII. Wahlkreis.

22. Schröder, Dekonomierat, Nordermoor.
23. Koopmann, Gemeindevorsteher, Hörspe.

XIII. Wahlkreis.

24. Müller, Gutsbesitzer, Nuzhorn.
25. Plate, Gemeindevorsteher, Hemmelskamp.

XIV. Wahlkreis.

26. Schmidt, Weinküfer, Delmenhorst.

XV. Wahlkreis.

27. Jordan, Expedient, Delmenhorst.

XVI. Wahlkreis.

28. Hollmann, Landwirt, Geveshausen.

XVII. Wahlkreis.

29. v. Fricken, Ed., Gutsbesitzer, Bomhof.
30. Berding, Bürgermeister, Behta.

XVIII. Wahlkreis.

31. Westendorf, W., Zeller, Bünne.
32. Enneking, H., Brennereibesitzer, Borringhausen.

XIX. Wahlkreis.

33. Feigel, Bürgermeister, Cloppenburg.

XX. Wahlkreis.

34. Driver, Dr., Oberverwaltungsgerichtsrat, Oldenburg.

XXI. Wahlkreis.

35. König, Apotheker, Lönning.

XXII. Wahlkreis.

36. Driver, Dr., Geh. Oberregierungsrat 3. D., Oldenburg.

XXIII. Wahlkreis.

37. Steenbock, Bauunternehmer, Cutin.
38. Rebenstorf, Fabrikant, Cutin.

XXIV. Wahlkreis.

39. Fick, Maurer, Stodfeldsdorf.
40. Bull, Gärtner, Ravensbusch.

XXV. Wahlkreis.

41. Henn, Landwirt, Oberhosenbach.

XXVI. Wahlkreis.

42. Hartong, Oberamtsrichter, Birkenfeld.

XXVII. Wahlkreis.

43. Dörr, Rechtsanwalt, Idar.

XXVIII. Wahlkreis.

44. Hug, Buchdruckereibesitzer, Rüstingen.

XXIX. Wahlkreis.

45. Mohr, Landwirt, Bergen.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite vorläufige und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 7. November 1911, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn, dann: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten erschien der Minister Kuhstrat I in Begleitung des Regierungsassessors Hillmer. Er erklärte unter Vorlesung der anliegenden Ansprache (Anlage A) die erste Versammlung des XXXII. Landtags für eröffnet.

Der Abgeordnete Müller (Brake) stellte den folgenden genügend unterstützten Antrag:

„Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:
Präsident und Vizepräsident werden vorläufig auf die Dauer von 4 Wochen gewählt.“

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann wählte der Landtag in geheimer Stimmgebung den Abgeordneten Schröder zum Präsidenten (mit 43 Stimmen) und den Abgeordneten Tanzen zum Vizepräsidenten (mit 41 Stimmen).

Der Präsident übernahm den Vorsitz.

Zu Schriftführern wurden hierauf die Abgeordneten Dörr, Schipper und Tanzen (Heering) gewählt gemäß einem von dem Abgeordneten Feldhus gestellten Antrag.

Es folgte die eidliche Verpflichtung der neuen und die Verpflichtung der alten Abgeordneten mittels Handschlag gemäß Artikel 130 des Staatsgrundgesetzes.

Die sämtlichen Wahlen wurden sodann für gültig erklärt.

Die Abgeordneten Tanzen (Stollhamm), Driver II und Schmidt (Zetel) überreichten die folgenden drei Anträge:

1. „Zur Vorberatung der Vorlagen werden vier Ausschüsse gebildet und zwar

ein Finanzausschuß für die Voranschläge, ein Finanzausschuß, ein Verwaltungsausschuß und ein Eisenbahnausschuß.

Dem Eisenbahnausschusse gehören 9 Mitglieder, den übrigen Ausschüssen je 12 Mitglieder an.

Tanzen (Stollhamm).“

Begründung: Im Interesse einer raschen Erledigung der Landtagsgeschäfte erscheint eine zweckmäßige Arbeitsteilung dringend erwünscht. Eine solche wird sich für die bevorstehende Tagung durch die Bildung von 4 Ausschüssen in befriedigender Weise erreichen lassen.“

2. „Ich beantrage die Bildung von drei Ausschüssen und zwar eines Finanzausschusses, eines Verwaltungsausschusses und eines Eisenbahnausschusses.

Driver II.“

3. „Ich beantrage namentliche Abstimmung über die Anträge Tanzen (Stollhamm) und Driver II zwecks Bildung von vier resp. drei Ausschüssen.

Schmidt (Zetel).“

Der Antrag Schmidt (Zetel) wurde angenommen.

Der Antrag Tanzen (Stollhamm) wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 16 Stimmen bei Stimmenthaltung des Präsidenten abgelehnt.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten Tappenbeck, Dursthoff, Wessels, Möller, Lanje, Schmidt (Zetel), Brumund, Gerdes, Schipper, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Müller (Brake), Tanzen (Rodenkirchen), Feigel, Steenbock, Dörr.



Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten Dannemann, Kleen, Behrens, Feldhus, Meyer, Heitmann, Heller, Koopmann, Müller (Ruzhorn), Plate, Schmidt (Delmenhorst), Jordan, Hollmann, v. Fricken, Berding, Westendorf, Enneking, Driver II, König, Driver I, Nebenstorf, Fick, Bull, Henn, Hartong, Hug, Mohr, Schulz.

Damit war der Antrag des Abgeordneten Driver II angenommen.

Der Abgeordnete Dursthoff stellte darauf folgenden Antrag:

Ich beantrage, folgende Abgeordnete in den Geschäftsverteilungsausschuß zu wählen:

Tappenbeck, Tanzen (Stollhamm), Dörr, Müller (Brake), Enneking, Feigel, von Fricken, Schröder, Feldhus, Hug, Schulz und Meyer.

Der Antrag wurde mit 24 Stimmen angenommen.

Damit der so gebildete Geschäftsverteilungsausschuß zusammentreten konnte, wurde hierauf die Sitzung auf $\frac{1}{2}$ Stunde ausgesetzt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung schlug der Geschäftsverteilungsausschuß vor, die Abgeordneten auf die zu bildenden drei Ausschüsse folgendermaßen zu verteilen:

Eisenbahnausschuß.

1. Müller [Brake], (stellvertr. Vorsitzender),
2. Wessels (Vorsitzender),
3. Lanje,
4. Meyer,
5. Schmidt (Delmenhorst),
6. Kleen,
7. Plate,
8. Westendorf,
9. König,
10. Dannemann,
11. Koopmann.

Finanz-Ausschuß.

1. Tappenbeck (stellvertr. Vorsitzender),
2. Dursthoff,
3. Brumund,
4. Schipper,
5. Tanzen (Vorsitzender),
6. Hug,
7. Jordan,
8. Nebenstorf,
9. Fick,
10. Heller,
11. Hollmann,
12. Feldhus,
13. Schröder (Vorsitzender),
14. Feigel,
15. Driver I,
16. Mohr,
17. Enneking.

Verwaltungsausschuß.

1. Schmidt (Zetel),
2. Dörr,
3. Steenbock,
4. Tanzen (Stollhamm) Vorsitzender),
5. Tanzen (Rodenkirchen),
6. Gerdes,
7. Müller,
8. Schulz,
9. Behrens,
10. Bull,
11. Heitmann,
12. Müller (Ruzhorn),
13. Driver II (stellvertr. Vorsitzender),
14. v. Fricken,
15. Henn,
16. Hartong,
17. Berding.

Ein Antrag des Abg. v. Fricken, den Abgeordneten Dannemann gegen den Abgeordneten Müller auszutauschen, wurde abgelehnt. Es bewendete bei den Vorschlägen des Geschäftsverteilungsausschusses.

Der Präsident verlas sodann und verteilte die Eingänge wie folgt:

A. Verzeichnis der Vorlagen.

1. Schreiben der Staatsregierung, betreffend Erhöhung des Gehalts der Winterschuldirektoren.
Verwaltungsausschuß.
2. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Uebertragung staatlicher Hebungen auf die Gemeinden.
Verwaltungsausschuß.
3. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die zur Beitreibung von Geldbeträgen im Verwaltungszwangsverfahren zuständigen Behörden.
Verwaltungsausschuß.
4. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend das Beitragsverhältnis zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums.
Finanzausschuß.
5. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
6. Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1912.
Eisenbahnausschuß.
7. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes vom 14. Oktober 1849, betreffend die Rechtsverhältnisse der von einem gutsch- oder schutzherrlichen Hörigkeits- oder Untertänigkeitsverbande befreiten Stellen und die Entschädigung wegen der aufgehobenen gutschherrlichen und sonstigen Lasten, sowie zur Abänderung des Gesetzes vom 11. Februar 1851, betreffend die Ablösung der auf Grund und Boden haftenden Lasten und



- eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes vom 15. Mai 1858, betreffend die Ablösung der Weiderechtigkeiten in den Staats- und Privatforsten des Herzogtums Oldenburg, und des Gesetzes vom 22. April 1864, betreffend die Ablösung der Weiderechtigkeiten auf fremden Grundstücken.
Verwaltungsausschuß.
8. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
 9. Mitteilung der Zentral- und Landeskasse- pp. Rechnung für das Jahr 1910.
Finanzausschuß.
 10. Schreiben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
 11. Schreiben, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Ersparungskasse seit 7. Oktober 1910.
Finanzausschuß.
 12. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
 13. Schreiben, betreffend Antrag auf Bewilligung außerregulativmäßiger Zivilstaatsdienerstellen im Bereiche der Staatseisenbahnverwaltung.
Eisenbahnausschuß.
 14. Voranschlag des Eisenbahnaufwands für das Jahr 1912.
Eisenbahnausschuß.
 15. Voranschlag des Landeskulturfonds für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
 16. Schreiben, betreffend die Errichtung eines selbständigen Oberversicherungsamts für das Großherzogtum Oldenburg und Anstellung eines Direktors und eines Registrators im Hauptamte bei demselben.
Verwaltungsausschuß.
 17. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums Oldenburg im Forstbetriebsjahre 1. Juli 1910/11.
Finanzausschuß.
 18. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld im Forstbetriebsjahre 1909/10.
Finanzausschuß.
 19. Schreiben, betreffend Bürgschaftsleistung für Bau- und Meliorationsdarlehen an Kolonisten der Staatlichen Kreditanstalt gegenüber zu Lasten des Kulturfonds.
Finanzausschuß.
 20. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes.
Verwaltungsausschuß.
 21. Schreiben, betreffend Erhöhung des in § 161 des Landeskasse-Voranschlags für das Herzogtum Oldenburg für 1912 als Beihilfen zu den Kosten des jüdischen Kultus eingestellten Betrages von 1800 auf 4000 *M.*
Finanzausschuß.
 22. Schreiben, betreffend den Neubau eines Ministerial- und Landtagsgebäudes.
Finanzausschuß.
 23. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Edewecht, Altenoythe und Böfel.
Verwaltungsausschuß.
 24. Schreiben, betreffend die Ernennung der Regierungsbevollmächtigten.
ad acta generalia.
 25. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Weinkaufskasse.
Verwaltungsausschuß.
 26. Schreiben, betreffend Nachweisung der aus dem Staats- und Krongut zum Zwecke der Gründung behaufter Stellen gegen Grundrente veräußerten Grundstücke.
Finanzausschuß.
 27. Schreiben, betreffend Veräußerung eines Grundstücks aus dem Neuwapeler Baugroden.
Finanzausschuß.
 28. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
- B. Petitionen.
1. Petition des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen in Berlin, betreffend nichtstaatliche technische Schulanstalten.
Verwaltungsausschuß.
 2. Petition der Deutschen konzessionierten Abdeckerei-besitzer in Berlin, betreffend Aenderung des Entwurfes zum Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern.
Verwaltungsausschuß.
 3. Petition des Deutschen Handwerker- und Gewerbetammertage in Hannover, betreffend reichsgesetzliche Regelung des Hufbeschlagwesens.
Verwaltungsausschuß.
 4. Petition der Bürgermeisterei Herrstein, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in Herrstein.
Verwaltungsausschuß.
 5. Petition der Rohsteinversteigerer aus dem Idarer Fabrikbezirk, betreffend Abschaffung der Abgabe für Rohsteinversteigerungen.
Verwaltungsausschuß.
 6. Petition des Vorstandes des Vereins oldenburgischer Bürgerschullehrer in Elsfleth, betreffend die Einstellung von 2000 *M.* in den Voranschlag behufs Unterstützung bei Auslandsaufenthalt zum Zwecke von Sprachstudien.
Finanzausschuß.



7. Petition der Hilfspächter und Kottenarbeiter der I. Bahnmeisterei Delmenhorst, betreffend Lohn-
erhöhung.
Eisenbahnausschuß.
8. Petition des Stadimagistrats Brake, betreffend Her-
stellung einer Ladestraße in Brake.
Eisenbahnausschuß.
9. Petition des Kolonisten Wilhelm Heinrich Delecate
in Streckermoor, betreffend Einweisung der 2. öst-
lichen Hälfte des Kolonats Nr. 15 der Gemeinde
Hatten.
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Vorstandes der Vereinigung der Amts-
boten- und Gerichtsvollziehergehilfen des Herzogtums
Oldenburg, betreffend Gehaltserhöhung bezw. feste
Anstellung mit Pensionsberechtigung.
Finanzausschuß.
11. Petition der Pfortner und Bahnsteigschaffner, be-
treffend Gehaltsaufbesserung.
Eisenbahnausschuß.
12. Petition des Oldenburger Kriegs-Veteranen-Verbandes
der Aemter Wildeshausen und Wechta, betreffend
Steuerermäßigung und Bewilligung eines Ehrensoldes.
Finanzausschuß.

Der Präsident wurde ermächtigt, wie in früheren
Jahren zwei Stenographen zu engagieren. Er erbat sich
ferner das Einverständnis des Landtags zu der herkömm-
lichen Begrüßung des Großherzogs durch den Gesamt-
vorstand.

Die Sitzung wurde um 7³/₄ Uhr geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versamm-
lung, am 1. Dezember 1911.

Schröder.

Th. J. Lanzen.

Anlage A.

Meine hochgeehrten Herren!

Im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Groß-
herzogs habe ich Sie bei Ihrem erstmaligen Zusammen-
tritt freundlich zu begrüßen und willkommen zu heißen.

Die in diesem Jahre Ihnen zugegangenen und zu-
gehenden Vorlagen erreichen zwar nicht die Zahl und
Wichtigkeit derjenigen, welche von den letzten Landtagen
erledigt sind — und nach Ansicht der Staatsregierung
ist bei der großen Menge in letzter Zeit im Reiche und
im Großherzogtum erlassener Gesetze eine zeitweise Ein-
schränkung der gesetzgebenden Tätigkeit ganz erwünscht —
aber es sind immerhin außer den Voranschlägen verschie-
dene eingreifende Entwürfe zu erledigen, wie z. B. die
Regeordnung für das Fürstentum Lübeck, ein Gesetz für
das Fürstentum Birkenfeld über die Anstellung von Schul-
ärzten, ein Ausführungsgesetz zum Reichsviehseuchengesetz
und ein Gesetz wegen Uebertragung staatlicher Hebungen
auf die Gemeinden. Ferner bedarf das Beitragsverhältnis
der drei Landesteile zu den Gesamtausgaben des Groß-
herzogtums der Neuregelung.

Der vor einigen Jahren erfolgte Ankauf eines Bau-
platzes für ein neues Ministerial- und Landtagsgebäude
führt jetzt zu dem Vorschlage, mit dem Neubau zu be-
ginnen, um den zum Teil ganz unwürdigen und für eine
Anzahl Beamten direkt gesundheitschädlichen Verhältnissen
ein Ende zu machen sowie um Räume zu schaffen für
die zum Teil zerstreuten Behörden, deren Vereinigung in
einem Gebäude zur Beschleunigung und Verbilligung
des Geschäftsganges beitragen wird. Die Staatsregie-
rung hat versucht, die Vorlage so zu gestalten, daß eine
fühlbare Belastung des Budgets durch dieselbe vermieden
wird.

Der Bau eines zweiten Schullehrer-Seminars für
die evangelischen Lehrer ist ein Bedürfnis und wird eine
diesen vorbereitende Vorlage von Ihnen zu erledigen sein.

Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß der
Landtag im Einvernehmen mit der Staatsregierung das
Wohl des Landes fördern und die Gesetzesvorlagen zur
Erledigung bringen wird, erkläre ich im Auftrage Seiner
Königlichen Hoheit des Großherzogs die erste Versamm-
lung des XXXII. Landtags für eröffnet.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 1. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Th. Tanzen das Protokoll der beiden vorausgegangenen Sitzungen. Dasselbe wurde genehmigt.

Sodann verlas der Schriftführer Schipper die Eingänge:

1. Vorlage 28 der Staatsregierung, betreffend Voranschlag für das Fürstentum Lübeck für 1912.
Finanzausschuß.
2. Petition des August Seyen hier, betreffend Bekämpfung des Alkohols.
Verwaltungsausschuß.
3. Vorlage 30 der Staatsregierung, betreffend Anleihe für die Landeskasse des Fürstentums Birkenfeld.
Finanzausschuß.
4. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Berne, betreffend Errichtung eines 2. Lehrerseminars in Berne.
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 31 der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden.
Finanzausschuß.
6. Vorlage 32 der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für 1910.
Finanzausschuß.

7. Vorlage 33 der Staatsregierung, betreffend
 1. Geschäftsbericht der Direktion der Staatlichen Kreditanstalt,
 2. Flüssigmachung von weiteren 20 Millionen Mark durch Aufnahme von Vorschüssen und durch Veräußerung von Schulverschreibungen der Staatlichen Kreditanstalt,
 3. Gewährung der Rechte der Zivilstaatsdiener an einen 9. und 10. Beamten der Staatlichen Kreditanstalt.
Finanzausschuß.
8. Vorlage 34 der Staatsregierung, betreffend besondere Begründung zu § 235 des Voranschlags der Ausgaben des Herzogtums für 1912 (Gemeindechauffeen in der Gemeinde Rodenkirchen betr.)
Finanzausschuß.
9. Petition der Stellwerkswärter hiers., betreffend Erhöhung ihres pensionsfähigen Gehalts.
Eisenbahnausschuß.
10. Petition des Vorstandes der Gruppe der Gütervor- und Oberarbeiter hiers., betreffend Stellenvermehrung und Gewährung von Dienstkleidung.
Eisenbahnausschuß.
11. Petition der Einwohner von Kirchhammelwarden, betreffend Einrichtung einer Güterabfertigung mit Ladestrag auf Station Kirchhammelwarden.
Eisenbahnausschuß.



12. Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg, betreffend Ermäßigung der Wirtschaftsrefognition.
Verwaltungsausschuß.
13. Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg, betreffend Abänderung des Abs. 3 des § 11 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage.
Verwaltungsausschuß.
14. Vorlage 35 der Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld wegen Aenderung des Gesetzes, betreffend die Errichtung städtischer Bürgermeistereien.
Verwaltungsausschuß.
15. Vorlage 36 der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1910.
Finanzausschuß.
16. Vorlage 37 der Staatsregierung, betreffend Verzeichnis der in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis dahin 1911 im Bestande des Staats- und Kron-guts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen.
Finanzausschuß.
17. Vorlage 38 der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Verwendung der zu § 8 des Landeskassenvoranschlags des Herzogtums Oldenburg, zu § 5 des Landeskassenvoranschlags des Fürstentums Lübeck und zu § 6 des Landeskassen-voranschlags des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1911 bewilligten Mittel.
Finanzausschuß.
18. Vorlage 40 der Staatsregierung, betreffend gutachtliche Erklärung des Landtags über die Ackerbau-schule in Varel.
Verwaltungsausschuß.
19. Vorlage 41 der Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf einer Begeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
20. Vorlage 42 der Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Großherzogtum Oldenburg zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes.
Verwaltungsausschuß.
21. Vorlage 39 der Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Fälligkeit der Grund- und Gebäudesteuer.
Verwaltungsausschuß.
22. Vorlage 43 der Staatsregierung, betreffend Errichtung eines zweiten Schullehrerseminars in Varel.
Verwaltungsausschuß.
23. Vorlage 44 der Staatsregierung, betreffend Herstellung eines hölzernen Piers vor der Rajemauer zu Glöfleth.
Finanzausschuß.
24. Vorlage 45 der Staatsregierung, betreffend
1. Gewährung einer Beihilfe zu dem Bau einer voll-spurigen Kleinbahn von Becta nach Cloppenburg und
 2. Einstellung von 100 000 *M* in den Voranschlag der Landeskasse des Herzogtums zur Unterstützung einer Kleinbahn von Becta nach Cloppenburg.
Finanzausschuß.
25. Vorlage 46 der Staatsregierung, betreffend Berich-tigung der Eisenbahn-Grundstücks- und Gebäude-Verzeichnisse.
Eisenbahnausschuß.
26. Vorlage 53 der Staatsregierung, betreffend Ver-äußerung von Staatsgut.
Finanzausschuß.
27. Petition der Weichenwärter der Station Bremen-Neustadt, betreffend Erhöhung ihrer Löhne oder Be-willigung einer einmaligen Teuerungszulage.
Eisenbahnausschuß.
28. Petition der Aufseher an den Strafanstalten zu Becta, betreffend Regelung ihrer Gehälter nach dem Dienstatte.
Finanzausschuß.
29. Petition des Stadtmagistrats Sever, betreffend Er-richtung eines Lehrerseminars in Sever.
Verwaltungsausschuß.
30. Petition des Zimmermeisters Johs. Steffen und Konforten in Malente, betreffend Wahl eines Ge-meindevorstehers durch die gesamten stimmberechtigten Gemeindeglieder.
Verwaltungsausschuß.
31. Petition des Zimmermeisters Johs. Steffen und Konforten in Malente, betreffend Wahl des Ge-meindevorstehers lediglich aus der Zahl der stimm-berechtigten Gemeindeglieder.
Verwaltungsausschuß.
32. Petition des früheren Lokomotivheizers Rudolf Ritt-müller in Delmenhorst, betreffend Wiedereinstellung in den Eisenbahndienst.
Eisenbahnausschuß.
33. Petition der Fachgruppe der Güterbodenarbeiter der Oldenburgischen Staatseisenbahnen, betreffend Lohn-erhöhung für die Güterbodenarbeiter.
Eisenbahnausschuß.
34. Vorlage 49 der Staatsregierung, betreffend Kron-gutskasserechnungen der drei Provinzen für 1910.
Finanzausschuß.
35. Vorlage 48 der Staatsregierung, betreffend Landes-kasserechnung des Fürstentums Birkenfeld für 1908.
Finanzausschuß.
36. Petition der Frauenvereine Oldenburgs, betreffend Gewährung des Gemeindebürgerrechts.
Verwaltungsausschuß.

37. Petition der Rottenarbeiter und Hilfspwärter der Bahnmeisterei Gruppenbüthen, betreffend Lohn-erhöhung.
Eisenbahnausschuß.
38. Vorlage 47 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder.
Verwaltungsausschuß.
39. Vorlage 51 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Einführung einer Ziegenbockföderung.
Verwaltungsausschuß.
40. Vorlage 54 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Großherzogtum wegen Abänderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867.
Verwaltungsausschuß.
41. Vorlage 55 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Großherzogtum wegen Abänderung des Gesetzes vom 24. Dezember 1902, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der im öffent-lichen Dienste Angestellten.
Verwaltungsausschuß.
42. Vorlage 56 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Fürstentum Lübeck, betreffend Ab-änderung der Gemeindeordnung.
Verwaltungsausschuß.
43. Vorlage 58 der Staatsregierung, betreffend Ver-äußerung von Staatsgrundstücken an den Ziegelei-besitzer A. Lauw in Bochhorn.
Finanzausschuß.
44. Petition der Witwe des Arbeiters Gerhard Ahrends Ripken in Rüstringen, betreffend Enteignung ihres ganzen Grundstücks.
Verwaltungsausschuß.
45. Petition des Vereins Oldenburg des Bundes deut-scher Militärämter, betreffend Aenderung der Vorschriften über die Anrechnung von Militärdienst-zeit auf das Besoldungsdienstalter der aus dem Militärämterstande hervorgegangenen Beamten.
Verwaltungsausschuß.
46. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Malente zu dem Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Ge-meindeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
47. Vorlage 52 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Großherzogtum wegen Aufhebung des Gesetzes vom 20. Juni 1870, betreffend die Eichungsbehörden und des Gesetzes vom 13. Dezember 1875, betreffend die Kosten der Untersuchung der Maße und Gewichte.
Finanzausschuß.
48. Petition der Gruppenvorstände der Lademeister, Wagenmeister, Pfortner und Bahnsteigschaffner, Bremser, Heizer, Rangierer, Stellwerks- und Weichen-wärter, Boten und Rangierbremser, betreffend Be-seitigung von Ungleichheiten in der Besoldung.
Eisenbahnausschuß.
49. Vorlage 50 der Staatsregierung, betreffend Zu-sammenstellung über die Ergebnisse der Einkommen-steuerschätzung für das Jahr 1910.
Finanzausschuß.
50. Vorlage 57 der Staatsregierung, betreffend Gesetz-entwurf für das Herzogtum Oldenburg und für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Ausmittelung der Ablösungspreise der Naturalien und Dienste.
Verwaltungsausschuß.
51. Petition des Oberförsters Rodenberg in Schwartau, betreffend seine Jurdispositionsstellung.
Finanzausschuß.
52. Petition des Vorstandes des Landeslehrervereins für das Fürstentum Lübeck, betreffend Wiedergewährung des passiven Wahlrechts der Lehrer.
Verwaltungsausschuß.
53. Petition der Fahrbeamten im Eisenbahndienst, be-treffend Herabsetzung der planmäßigen Dienstzeit.
Eisenbahnausschuß.
54. Petition des Handels- und Gewerbe-Vereins Zever, betreffend Errichtung des zweiten Schullehrerseminars in Zever.
Verwaltungsausschuß.
55. Vorlage 59 der Staatsregierung, betreffend Erhö-hung der Vaurate für den Neubau des Amts- und Amtsgerichtsgebäudes in Nordenham um die Minder-verwendungen der ersten und zweiten Vaurate.
Finanzausschuß.
56. Petition des Vereins Oldenburgischer Lademeister, betreffend Gehaltserhöhung und Schaffung von ge-hobenen Stellen.
Eisenbahnausschuß.
57. Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz bei Ahrensböck, betreffend Zwangsbei-treibungsverfahren der Großherzoglichen Regierung in Cutin.
Verwaltungsausschuß.
58. Petition der Fachgruppe der Schaffner und Hilfs-schaffner der oldenburgischen Staatsbahn, betreffend Stellenvermehrung.
Eisenbahnausschuß.
59. Vorlage 60 der Staatsregierung, betreffend Ein-räumung eines Erbbaurechts an die Firma J. Müller in Brake an einer 4750 qm großen Fläche am Braker Pier beim Klippfanner Siel auf 25 Jahre.
Finanzausschuß.
60. Vorlage 61 der Staatsregierung, betreffend Bereit-stellung von 125 000 M zum Ankauf eines Grund-stückes für die staatliche Kreditanstalt.
Finanzausschuß.
61. Petition des Gemeinderats der Gemeinde West-Katekau und der Landgemeinde Cutin, betreffend Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
62. Petition der Eisenbahner von Wilhelmshaven, be-treffend Bewilligung einer Teuerungszulage.
Eisenbahnausschuß.



63. Petition des Gemeindevorstandes Westerstede, betreffend Errichtung eines zweiten Lehrerseminars in Westerstede.

Verwaltungsausschuß.

Mit der Ueberweisung derselben an die Ausschüsse war der Landtag einverstanden mit Ausnahme der Vorlage 45, die auf Antrag des Abgeordneten Müller (Brake) anstatt an den Finanzausschuß an den Eisenbahnausschuß verwiesen wurde.

Der Landtag beschloß die Eingabe des Schlossers H. Brüning in Nordenham auf Vorschlag des Präsidenten ins Archiv des Landtags niederzulegen und die Petition des Diedrich Reinken in Ellwürden zurückzusenden, da der Landtag, weil in dieser Angelegenheit bereits Gerichtsurteile vorliegen, nicht zuständig ist.

Hierauf kündigte der Präsident noch folgende Eingänge an:

A. Selbständige Anträge:

1. des Abg. Behrens:

a) Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, möglichst noch der nächsten Versammlung des gegenwärtigen Landtages einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine allgemeine Revision der Gemeindeordnung für das Herzogtum betrifft, auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für alle mündigen Angehörigen des deutschen Reiches.

b) Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Fabriken und andere gewerbliche Unternehmungen, die Arbeiter im Sinne des § 134a der Gewerbeordnung beschäftigen, mehr wie bisher zu den Gemeindefasten herangezogen werden können.

2. des Abg. Dörr:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, den Entwurf zu einem Gesetze für das Fürstentum Birkenfeld vorzulegen, der die Zusammenlegung von Grundstücken ermöglicht.

3. des Abg. Müller (Nuzhorn):

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß durch verschärften Grenzschutz die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus dem Auslande verhindert wird.

Der Landtag beschloß, diese Anträge in Betracht zu ziehen und dem Verwaltungsausschuße zur Begutachtung zu überweisen.

B. Interpellationen:

1. des Abg. Behrens:

Ist die Regierung bereit, Auskunft darüber zu geben, ob es möglich ist, eine Wiedereröffnung der Vieh- und Schweinemärkte in Oldenburg herbeizuführen?

2. desselben:

Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, Auskunft über den Stand des geplanten Bahnbaues Delmenhorst—Lemwerder zu geben?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und

Begründung dieser Interpellationen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Edewecht, Altenoythe und Bösel. 1. Lesung. (Anlage 23.)

Berichterstatter: Abg. v. Fricken.

Der Ausschufantrag wurde angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, abends 7 Uhr, einzureichen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die zur Beitreibung von Geldbeträgen im Verwaltungsverfahren zuständigen Behörden. 1. Lesung. (Anlage 3.)

Für den beurlaubten Berichterstatter: Abg. Tanzen (Stollhamm).

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, abends 7 Uhr, einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend die Einführung einer Ziegenbockföderung. 1. Lesung. (Anl. 51.)

Für den beurlaubten Berichterstatter: Abg. Tanzen (Stollhamm).

Die Ausschufanträge wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, abends 7 Uhr, einzureichen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Entwürfe

1. eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Abänderung des Entschädigungsgesetzes vom 14. Oktober 1849 und des Ablösungsgesetzes vom 11. Februar 1851 und

2. eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg zur Abänderung der Ablösungsgesetze vom 15. Mai 1858 und vom 22. April 1864. 1. Lesung. (Anlage 7, Nebenanlagen A und B.)

Für den beurlaubten Berichterstatter: Abg. Tanzen (Stollhamm).

Die Ausschufanträge wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, abends 7 Uhr, einzureichen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Errichtung eines selbständigen Oberversicherungsamts für das Großherzogtum. (Anlage 16.)

Berichterstatter: Abg. Driver II.

Die Ausschufanträge wurden angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Antrag der Staatsregierung wegen Erhöhung der Besoldung der Winterschuldirektoren. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Ausschufantrag Nr. 1 wurde abgelehnt.

Der Ausschufantrag Nr. 2 wurde angenommen.

Zu dem Ausschufantrag Nr. 3 stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) den genügend unterstützten Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Ausschußantrag Nr. 3 wurde mit 22 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver I, Driver II, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Müller (Muzhorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Tappenbeck und Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Brumund, Bull, Dursthoff, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen) und Wessels.

Es fehlten die Abgeordneten Behrens, Dörr, Henn und Steenbock.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des August Seyen, Oldenburg, Bockstraße 39, betreffend

1. Aufhebung der Wirtschaftskonzessionen, die in andere Hände übergehen und dadurch frei werden,
2. Verbot an die Wirte, nach 10 Uhr abends geistige Getränke an ihre Gäste nicht mehr zu verabfolgen.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg um Abänderung des Absatz 3 des § 11 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Zu Antrag 1 stellte Abg. Schulz den genügend unterstützten Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag 1 wurde mit 24 gegen 12 Stimmen angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 15. Dezember 1911.

Schröder.

Th. J. Tanzen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Brumund, Bull, Dannemann, Dursthoff, Feldhus, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen) und Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Berding, Driver I, Driver II, Feigel, v. Fricken, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Müller (Muzhorn), Plate und Westendorf.

Es fehlten bei der Abstimmung die Abgeordneten Behrens, Dörr, Enneking, Henn, Lanje, Mohr, Müller (Brake), Steenbock und Tappenbeck.

Darnach war Antrag 2 erledigt.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Paragraphen 4 und 5 der Ausgaben im Vorausschlag des Eisenbahnaufwands für 1912. (Anlage 14, Nebenanlage D, Seite 3).

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Bürgschaftsleistung des Landeskulturfonds für Bau- und Meliorationsdarlehen der Staatlichen Kreditanstalt an Kolonisten. (Anlage 19.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

11. Wahl des Präsidiums.

Es erfolgte die Wahl durch Stimmzettel.

Zum Präsidenten wurde der Abg. Schröder einstimmig mit 39 Stimmen gewählt. Abg. Tanzen (Stollhamm) wurde mit 35 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt.

Schluß der Sitzung nachmittags 1 Uhr 25 Min.

3. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 15. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Der Schriftführer Tanzen verliest das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Präsident schlägt vor, daß die selbständigen Anträge Sug:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß dieser angesichts der herrschenden und im Hinblick auf die im Frühjahr wahrscheinlich noch in verstärktem Maße auftretenden Teuerung Maßnahmen trifft, die geeignet sind, derselben entgegenzuwirken.

Als geeignete Maßnahmen sind anzusehen:

1. die Abschaffung der Futtermittelzölle,
2. Herabsetzung der Zölle auf Brotgetreide, Hülsenfrüchte und Gemüse,
3. die Aenderung des Einfuhrsystems,
4. die Erleichterung der Einfuhr tierischer Nahrungsmittel,
5. die Herabsetzung der Zölle auf Fleisch und lebendes Schlachtvieh.

und Tappenbed:

Ich beantrage, der Landtag wolle folgendem Gesetzesentwurf zustimmen:

Entwurf

eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Herzogtum.

Artikel 40 § 4 der Gemeindeordnung für das

Herzogtum Oldenburg erhält folgende Fassung:

§ 4. Der Gemeinderrechnungsführer und andere Gemeindehilfsbeamte, die eine Gemeinde- oder örtliche Stiftungskasse verwalten, haben eine von der Gemeindevertretung zu bestimmende Sicherheit zu leisten. Die Gemeindevertretung kann aber beschließen, daß von einer Sicherheitsleistung abzusehen ist.

nicht im Ausschuß, sondern im Plenum zur Besprechung gelangen. Der Landtag ist einverstanden. Der Präsident teilt mit, daß der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins seine Unterschrift unter der Petition, betreffend Frauenstimmrecht, zurückgezogen hat.

Alsdann verliest der Abgeordnete Schipper die Eingänge:

1. Vorlage 62 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Bewilligung eines Zuschusses bis zu 5000 *M* zur Förderung der Vorarbeiten für einen Moorkanal in den linksweserischen Sielachten.

Finanzausschuß.

2. Vorlage 63 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Bewilligung einer Unfallrente an den Fischereiaufseher in Brake.

Finanzausschuß.

3. Petition des Eisenbahnrevisors Koch hier selbst, betreffend Gehaltsausgleich in Folge Ueberholung durch jüngere Kollegen.

Eisenbahnausschuß.



4. Petition des Handelsvereins Nordenham, betreffend zweigleisigen Ausbau der Strecke Blexen—Brake.
Eisenbahnausschuß.
 5. Petition des Vorstandes des Ganderkeseeer Bürgervereins, betreffend Neubau eines Regierungs- und Landtagsgebäudes.
Finanzausschuß.
 6. Petition des Vereins Maschinenhaus hier selbst, betreffend Aenderung der Lohnzulagefristen.
Eisenbahnausschuß.
 7. Petition des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Cloppenburg, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage.
Verwaltungsausschuß.
 8. Petition der Streckenarbeiter der Strecke Leminghausen—Essen, betreffend Gleichstellung im Lohn mit den Streckenarbeitern der Strecke Essen—Quakenbrück.
Eisenbahnausschuß.
 9. Petition des Freiherrn von Hammerstein in Abentheuer, betreffend Zusammenlegung von Grundstücken im Fürstentum Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.
 10. Petition des Gemeinderats der Landgemeinde Ahrensböck zum Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
 11. Petition des Schulvorstandes der Realschule und des Stadtmagistrats in Brake, betreffend Erhöhung des Staatszuschusses für die Realschule in Brake.
Finanzausschuß.
 12. Petition des Bürgervereins der Stadt Cutin zum Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
 13. Petition des Magistrats, Stadtrats und Handelsvereins in Cloppenburg, betreffend Errichtung eines Eichamts in der Stadt Cloppenburg.
Finanzausschuß.
 14. Petition des Gefangenausschüßers Kühling und Genossen hier selbst, betreffend Ausgleich von Gehaltsüberholungen.
Verwaltungsausschuß.
 15. Petition des Vereins Oldenburger Bürgerschullehrer, betreffend Besoldung der Lehrer an den Vorschulen höherer und mittlerer Lehranstalten.
Verwaltungsausschuß.
 16. Petition der Vereine der Haus- und Grundbesitzer der Stadt Cutin, der Gemeinden Schwartau und Ahrensböck zu dem Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
 17. Petition des Vorstandes der Fleckengemeinde Schwartau, betreffend desgleichen.
Verwaltungsausschuß.
 18. Vorlage 64 der Staatsregierung, betreffend abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck, unterm 29./30. September 1878 abgeschlossenen Vertrage.
Verwaltungsausschuß.
 19. Petition der Unterbeamten und Stationsarbeiter in Tever, betreffend Versetzung in eine andere Steuerungsklasse.
Eisenbahnausschuß.
 20. Petition der Bürger der zur Gemeinde Emstedeck gehörigen Bauerschaften Drantum, Westeremstedeck, Höltinghausen, Halen und Bühren, betreffend Ablehnung des zum Bahnbau Cloppenburg—Beckta verlangten Staatszuschusses.
Eisenbahnausschuß.
 21. Petition des Gerhard Sanders in Petersfehn, betreffend Schadenersatz wegen des Eisenbahnunfalls im Reiherholz am 24. Juli 1908.
Eisenbahnausschuß.
 22. Vorlage 65 der Staatsregierung, betreffend Herstellung von 20 Hengstbozen beim Neuen Hause hier selbst.
Finanzausschuß.
 23. Petition der Hülfswärter und Rottenarbeiter der 24. Bahnmeisterei zu Wildeshausen, betreffend Erhöhung ihres Arbeitslohnes.
Eisenbahnausschuß.
 24. Vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 6. Dezember 1911.
Finanzausschuß.
 25. Petition des Bundes der Festbesoldeten (Ortsgruppe Oldenburg), betreffend Erhöhung der oldenburgischen Beamtengehälter durch Bewilligung eines Wohnungsgeldzuschusses.
Finanzausschuß.
- Mit der Ueberweisung der Eingänge an die genannten Ausschüsse erklärte sich der Landtag einverstanden.
- Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und wie folgt verhandelt.
1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Edewecht, Altenoythe und Böfel. (2. Lesung. Anlage 23.)
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.
 2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Entwürfe
 1. eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Abänderung des Entschädigungsgesetzes vom 14. Oktober 1849 und des Ablösungsgesetzes vom 11. Februar 1851,



2. eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg zur Abänderung der Ablösungsgesetze vom 15. Mai 1858 und 22. April 1864. (2. Lesung. Anlage 7.)

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend die Einführung einer Ziegenbockföhrung. (2. Lesung. Anlage 51.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die zur Beitreibung von Geldbeträgen im Verwaltungs-zwangsverfahren zuständigen Behörden. (2. Lesung. Anlage 3.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Interpellation des Abgeordneten Behrens: „Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, Auskunft über den Stand des geplanten Bahnbau des Delmenhorst—Lemwerder zu geben?“

Die Interpellation wird durch den Abg. Behrens begründet und von dem Finanzrat Stein wie folgt beantwortet:

„Bei Erledigung des Eisenbahnbaufonds im Jahre 1903 hat der Landtag die Staatsregierung ersucht, sobald ein Kommunalverband den Bau der Bahn Delmenhorst—Lemwerder beschlossen habe, auf Grund des Bahngesetzes von 1902 den Bau freizugeben und durch einen angemessenen Zuschuß zu unterstützen. Die Staatsregierung hat keine Gelegenheit gehabt, diesem Ersuchen zu entsprechen, da bisher kein Kommunalverband den vorgesehenen Beschluß gefaßt hat. Auch konnte der Ausbau der Strecke als Staatsbahn jedenfalls solange nicht in Frage kommen, als die Eisenbahnbauverwaltung durch die Ausführung der im Jahre 1903 gesetzlich vorgesehenen Neubautrecken vollständig in Anspruch genommen war. Indessen ist bei allen Plänen und Maßnahmen, bei denen die Linie der Bahn von Delmenhorst nach Lemwerder berührt wurde, Sorge getragen, alles zu vermeiden, was deren Ausbau erschweren könnte. Nachdem das im Jahre 1903 festgestellte Bauprogramm nunmehr seinem Abschluß nahegebracht ist, wird die Staatsregierung in Erwägungen eintreten, ob die mehrerwähnte Strecke nunmehr als staatliche Nebenbahn ausgeführt werden kann. Voraussetzung hierfür wird aber auf alle Fälle sein müssen, daß die nächstbeteiligten dieselben Leistungen (Stellung des Grunderwerbs und Zuschuß von einem Zehntel der Baukosten) übernehmen, die zu den anderen in der letzten Zeit gebauten Staatsbahnen gewährt sind.“

Darauf fand die Besprechung der Interpellation auf Antrag des Abgeordneten Behrens statt.

6. Interpellation des Abgeordneten Behrens: „Ist die Regierung bereit, Auskunft darüber zu geben, ob es möglich ist, eine Wiedereröffnung der Vieh- und Schweinemärkte in Oldenburg herbeizuführen?“

Die Interpellation wird von dem Abg. Behrens begründet und von dem Minister Scheer wie folgt beantwortet:

„Zunächst möchte ich Verwahrung einlegen gegen die Schlusßworte des Herrn Interpellanten. Es ist m. E. durch nichts gerechtfertigt, einer Beamtenklasse, die in schwerer Seuchenzeit aufopfernd gewirkt hat, den Vorwurf zu machen, daß sie bei Ausübung ihrer amtlichen Pflichten sich von Privatinteressen leiten lasse. W. S.! Das ist nicht zutreffend.“

Nun komme ich zur Beantwortung der Interpellation.

Seit Oktober d. J. hat das Ministerium des Innern aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen die Abhaltung von Viehmärkten in solchen Amtsbezirken, in denen die Maul- und Klauenseuche erloschen oder dem Erlöschen nahe war, unter bestimmten Bedingungen, als da sind: Einfriedigung der Marktplätze, amtstierärztliche Untersuchung des zum Auftrieb gelangenden Viehs und Beibringung von Bescheinigungen über die Seuchefreiheit des Herkunftsgehöfts, zugelassen. Aus dieser Zulassung sind Unzuträglichkeiten nicht entstanden. Im Laufe des Herbst wurde die Stadtgemeinde Oldenburg seuchefrei und in der Zeit vom 21. November bis 4. Dezember fanden im Amte Oldenburg wenig neue Ausbrüche statt, die Zahl der verseuchten Gehöfte sank von 49 am 21. November auf 17 am 4. Dezember. Die Abnahme betrug also 32 Gehöfte. Bei dieser Sachlage entschloß das Ministerium des Innern sich, in der Stadt Oldenburg die Viehmärkte unter den angegebenen Vorsichtsmaßregeln wieder zuzulassen und ebenso die Schweinemärkte unter der Bedingung, daß die Plätze in ganz derselben Weise einzufriedigen seien, wie die Marktplätze für Großvieh.

Leider hat sich nun in der letzten Woche die Situation insofern verschlimmert, als aus den Gemeinden Wardenburg und Rastede neue Seuchenfälle gemeldet sind. Ob deshalb die Zulassung der Märkte auch für die Folge beibehalten werden kann, muß erwogen werden. Jedenfalls wird es nötig sein, bis zum Frühjahr mit energischen Mitteln dahin zu streben, daß die Seuche im Lande getilgt wird. Es ist auf alle Fälle erforderlich, daß das Land beim Beginn der nächsten Weidezeit seuchefrei ist. Ich bin überzeugt, daß die Regierung, auch wenn sie zu rigorosen Maßregeln schreitet, sich eins weiß mit dem Lande.“

7. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1912. (Anlage 12.)

Die Anträge werden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen der drei Landesteile des Großherzogtums für das Jahr 1912. (Anlage 12.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betreffend Veräußerung von Staatsgut. (Anlage 53.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über das Gesetz, betreffend die Festsetzung des Beitragsverhältnisses der drei Landesteile des Großherzogtums zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums. (1. Lesung. Anlage 4.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1912. (Anlagen 5 und 31.)

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Fälligkeit der Grund- und Gebäudesteuer. (1. Lesung. Anlage 39.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Weinkaufskasse. (1. Lesung. Anlage 25.)

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen. Damit ist Antrag 3 erledigt.

Die Anträge 4 bis 6 werden angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. (1. Lesung. Anlage 20.)

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, be-

treffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder. (1. Lesung. Anlage 47.)

Der Antrag 1 wird mit 29 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird mit 28 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 3 wird mit 28 gegen 13 Stimmen angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Zivilstaatsdienergesetz vom 28. März 1867. (1. Lesung. Anlage 54.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Uebertragung staatlicher Hebungen auf die Gemeinden. (1. Lesung. Anlage 2.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der Präsident teilt alsdann noch die Tagesordnung der am Montag, den 18. Dezember d. J., stattfindenden nächsten Sitzung mit und schließt die Versammlung um 1³/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 18. Dezember 1911.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 18. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und teilt zunächst mit, daß die fehlenden Abgeordneten Müller (Nuthorn) und Hug verhindert sind, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Sodann verliest der Schriftführer, Abg. Schipper, das Protokoll der 3. Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Der Schriftführer, Abg. Tanzen, teilt die Eingänge mit:

1. Petition des Pastor W. H. Dittmer in Gniffau, betreffend authentische Interpretation des § 15 1d des Schulgesetzes für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
2. Vorlage 66 der Staatsregierung, betreffend Gesetzesentwurf für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe.
Finanzausschuß.
3. Vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 15. Dezember 1911.
Finanzausschuß.
4. Petition des Stadtmagistrats zu Tever, betreffend Errichtung des 2. Lehrerseminars in Tever.
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 67 der Staatsregierung, betreffend Uebertragung von 3300 *M* auf 1912 zur Anschaffung einer Waschmaschine im Weibergefängnis zu Wechta.
Finanzausschuß.

6. Petition des Schiffszreeders C. Krimpe in Lübeck, betreffend jährliche Beihilfe von 4000 *M* für die Jahre 1912—14 zur Unterhaltung der Dampferverbindung zwischen Travemünde und den oldenburgischen Ostseebädern.

Finanzausschuß.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1912. (Anlage 8.)

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag 1, betreffend Annahme der §§ 1 bis 9, wird angenommen.

Der Antrag 2, betreffend Annahme der §§ 10 bis 25, wird angenommen.

Der Antrag 3:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, baldmöglichst dem Landtage einen neuen Entwurf eines Einkommen- und Vermögenssteuergesetzes vorzulegen,

wird angenommen.

Der Antrag 4, betreffend Erhöhung der eingestellten Summe um 100 000 *M* auf 3 040 000 *M* wird mit 29 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der Antrag 5, betreffend Annahme der §§ 26 bis 33, wird angenommen.

Der Antrag 6, betreffend Annahme der §§ 34 bis 38, wird angenommen.

Der Antrag 7, betreffend Erhöhung des Betrages um 85 000 *M* auf 285 000 *M*, wird angenommen.

Zum Antrag 8 bringt der Abg. Müller (Brafé) folgenden Antrag ein:

Sch beantrage, die Worte: unter gleichzeitiger Men-

derung der Worte „aus dem Eisenbahnbaufonds“ dann zu streichen.

Dieser Antrag 8 wird mit 23 Stimmen angenommen.

Der so veränderte Antrag ist angenommen.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 19. Dezember, vormittags 10 Uhr, an und gibt deren Tagesordnung bekannt.

Schluß der Sitzung 2¹/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 19. Dezember 1911.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 19. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer, Abg. Schipper, das Protokoll über die vorausgegangene Sitzung. Erinnerungen gegen dasselbe wurden nicht vorgebracht.

Der Präsident verlas folgende Eingänge:

1. Petition der Dorfschaft Haffkrug, betreffend Belassung der Kurtaxe auf der bisherigen Höhe.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz bei Ahrensböf, betreffend Streichung eines Teils seiner Erbpacht aus dem Grundbuch.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Joh. Focken und Genossen in Delmenhorst, betreffend Herstellung eines Weges.
Eisenbahnausschuß.

und erbat sich die Zustimmung des Landtags zur Abklärung der von ihm zu bestimmenden Fristen für die Einbringung von Anträgen zur 2. Lesung.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Einnahmen und Ausgaben des Voranschlags des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1912. — Ausgaben. — (Anlage 8.)

Angenommen wurden die Anträge 1, 2, 3; abgelehnt der Antrag 4; angenommen die Anträge 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 11a, 12, 13, 14, 15, 16 (und dadurch 17 erledigt), 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25 (in der Fassung „Annahme der §§ 92, 93 und 94“), 26 (in der Fassung „Annahme des § 95, gleichzeitig wolle sich der Landtag damit einverstanden erklären, daß im Jahre 1912 bis zu 6000 M aus den im § 95 der Ausgaben des Voranschlags der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg vorgesehenen Zwecken verwendet werden, falls die zu diesem Paragraphen ausgeworfenen Mittel sich als nicht ausreichend erweisen“), 27, 28; ferner ein Antrag 28a folgender Fassung: „Ablehnung des geforderten Betrags von 6000 M für eine Klinkerpflasterung der Zufuhrstraße zum Männergefängnis“ und ein Antrag 28b folgender Fassung: „Ablehnung der geforderten 1700 M als Kostenaufwand für ein Pferd“; endlich die Anträge 29, 30 und 31.

Der Präsident beraumte die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 20. Dezember, vormittags 10 Uhr, an und gab deren Tagesordnung bekannt.

Schluß der Sitzung 2,10 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 20. Dezember 1911.

Schröder.

Dörr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 20. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung, der Schriftführer, Abg. Dörr, verliest das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Daraufhin wird in die Tagesordnung eingetreten und in der Weiterberatung des Stats wie folgt verhandelt:

Der Antrag 32, betreffend die Annahme der §§ 112 und 113 des Ausschusses, wird angenommen.

Der Antrag 33, betreffend: „Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, der nächsten Versammlung des Landtages eine neue Fassung der Grundsätze über die Berechnung der Beihilfen zu den Lehrerbefoldungen vorzulegen“, wird angenommen.

Der Antrag 34, betreffend „Beihilfen für Schulgemeinden zu den Kosten der Schulhausneubauten“, wird angenommen.

Der Antrag 35, betreffend „Beihilfen zu den Kosten des Handarbeitsunterrichts“, wird angenommen.

Der Antrag 36, betreffend Annahme des § 116, wird angenommen.

Der Antrag 36a, betreffend Annahme der §§ 117 bis 122 einschließlich, wird angenommen.

Der Antrag 37, betreffend Annahme der §§ 123 bis 134, wird angenommen.

Der Antrag 37a wird angenommen.

Der Antrag 38, betreffend: „Der Landtag wolle die

Petition des Vereins oldenburgischer Bürgerschullehrer, betreffend Bewilligung von Mitteln zur Förderung des fremdsprachlichen Unterrichts, der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen“, wird mit 31 gegen 7 Stimmen angenommen.

Die Anträge 39 bis 43, betreffend die Annahme der §§ 135 bis 161 einschließlich, werden angenommen.

Der Antrag 43a, betreffend Annahme der Vorlage 21, wird mit 28 gegen 10 Stimmen angenommen.

Durch Annahme dieses Antrages ist der Antrag 44 erledigt.

Der Antrag 45, betreffend Annahme der §§ 162 bis 174 einschließlich, wird angenommen.

Zu § 175 beantragt die Staatsregierung Herabsetzung der eingestellten Summe um 700 *M* auf 1100 *M*.

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 46 bis 58, umfassend die §§ 176 bis 208, werden angenommen.

Der Antrag 59, betreffend Beschaffung eines Kraftwagens, wird angenommen.

Die Anträge 60 bis 88, betreffend Annahme der §§ 210 bis 260, werden angenommen.

Der Antrag 89, betreffend Bemerkungen 1 und 2, wird angenommen.



Damit ist der Etat des Voranschlags für das Herzogtum erledigt und wird nunmehr zur Beratung des Voranschlags für das Fürstentum Lübeck übergegangen. (Anlage 28.)

Die Anträge 1 bis 9 werden angenommen.

Der Präsident verkündet die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Fortsetzung nachmittags 4 Uhr.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und schlägt zunächst vor, daß ein selbständiger Antrag — Dursthoff — nicht dem Verwaltungsausschuß, sondern dem Eisenbahnausschuß überwiesen wird.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1912.

Die Anträge 1 bis 15, umfassend die §§ 1 bis 28 der Einnahmen, sowie die §§ 1 bis 56 der Ausgaben, werden angenommen.

Der Antrag 16, betreffend Unterstützung für einzelne jüdische Gemeinden, wird angenommen.

Der Antrag 17 wird abgelehnt.

Die Anträge 18 bis 22, umfassend die §§ 57 bis 78 sowie die Ziffern 1, 2 und 3 der Bemerkungen, werden angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Einwohner von Kirchhammelwarden um Errichtung einer Güterabfertigung mit Ladestrang auf der Station Kirchhammelwarden.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Stellwerkswärter um Erhöhung ihres pensionsfähigen Gehalts.

Der Antrag des Ausschusses, sowie der verbesserte Antrag der Staatsregierung werden angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Bittgesuch des Eisenbahndirektors Koch um Gehaltsausgleich infolge Ueberholung durch jüngere Kollegen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Pfortner und Bahnsteigschaffner um eine außergewöhnliche Gehaltsaufbesserung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bahn Cloppenburg—Behta betreffend.

Der Ausschußantrag wird angenommen. Damit sind die Petitionen der Interessenten der zur Gemeinde Emstef gehörenden Bauerschaften Drantum u. erledigt.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1912.

Der Abg. Feldhus stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

Ich beantrage zum § 4 der Ausgaben im Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1912 anstatt 127 000 *M* die Summe von 137 000 *M* einzustellen und unter Ziffer 12 der Begründungen zu diesem Paragraphen anstatt 8000 *M* 18 000 *M* zu setzen.

Die Anträge des Ausschusses und der Antrag Feldhus werden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für 1910.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1912. (Anlage 10.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend nachträgliche Zustimmung zur Aufnahme einer vorübergehenden Anleihe für das Fürstentum Birkenfeld im Betrage von 75 000 *M* bei der Oldenburgischen Landesbank im Jahre 1911. (Anlage 30.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung über die Erträge der Staatsforsten für das Forstrechnungsjahr 1909/10.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betreffend Vorlegung der Landeskasserechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1908. (Anlage 48.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Ersparungskasse seit 7. Oktober 1910. (Anlage 11.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der



Staatsregierung, betreffend Veräußerung von Grundflächen im Neu-Wapeler Baugroden. (Anlage 27.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Veräußerung von Staatsgrundstücken bei Dothorn. (Anlage 58.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Gesetz vom 24. Dezember 1902, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der im öffentlichen Dienste Angestellten. 1. Lesung. (Anlage 55.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 7¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 22. Dezember 1911.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 22. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Schipper die Protokolle der beiden letzten Sitzungen, gegen welche Einwendungen nicht erhoben werden. Der Abg. Tanzen verliest die Eingänge:

1. Selbständiger Antrag des Abg. Feldhus folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, der Landtag wolle zu nachstehendem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben.

Gesetz
für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 12. Mai 1906.

Einziger Artikel.

§ 1.

Die Ziffer 4 des Artikels 1 erhält hinter den Worten „eingetragene Genossenschaften“ folgenden Zusatz:

„Die unter a und b aufgeführten Gesellschaften und Genossenschaften jedoch nur mit dem durch ihre Jahresbilanz nachgewiesenen Reingewinn.“

§ 2.

Dies Gesetz tritt sofort in Kraft.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und ihn zur Vorberatung dem Finanzausschuß zu überweisen.

2. Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz und des Landmanns Hans Drückhammer in Ahrensböck um gesetzliche Regelung des Verfahrens bei der Beitreibung privatrechtlicher Staatseinkünfte.

Verwaltungsausschuß.

3. Petition des Landwirts Herm. Martens in Achternholt, betr. Entschädigung für Wildschaden.

Verwaltungsausschuß.

Der Präsident gab die Allerhöchste Verfügung bekannt:

Wir Friedrich August usw.

verordnen, was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags wird bis zum 24. Februar 1912 verlängert. Zugleich wird der Landtag mit meinem Einverständnis vom 24. d. M. bis zum 6. Februar l. J. vertagt.

Urkundlich unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedruckten Großherzoglichen Insignis.

Gegeben Oldenburg, den 21. Dezember 1911.

Friedrich August.

Alsdann wird mitgeteilt, daß eine Petition des Amtsverbandes Jeber, betreffend Errichtung eines Lehrerseminars

in Feber eingegangen sei. Auf Vorschlag wird die Petition bei Gelegenheit der Beratung des Seminars verhandelt und dem betr. Berichterstatter: Abg. Tanzen (Kobdenkirchen), übergeben.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Abschluß und Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse. (Anlage 6, sowie Nebenanlagen A. B. C. D. E. und F.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Die Anträge 1 bis 4 einschl. werden angenommen. Der Minderheitsantrag 5a wird mit 28 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Mehrheitsantrag 5b wird einstimmig angenommen.

Die jetzt folgenden Anträge 6, 7, 8, 9, 10, 11 Ziffer 1 und 2, 12, 13, 14, 11 Ziffer 3, 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 21 des Ausschusses werden angenommen.

Die Petitionen 1 bis 13 sind durch Annahme des Antrags 3 des Ausschusses als erledigt anzusehen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 17. Oktober 1911, betreffend

- I. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1910,
- II. eine Nachweisung über die Verwendung der für Grunderwerb für das Jahr 1909 bewilligten Mittel,
- III. eine Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel in den Buchungen der Eisenbahndirektion auf das Jahr 1911 übertragen sind,
- IV. den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1912. (Anlage 14.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Sämtliche Anträge des Ausschusses werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Zivilstaatsdienergesetz vom 28. März 1867. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Driver II.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Gesetz vom 24. Dezember 1902, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der im öffentlichen Dienst Angestellten. 2. Lesung. (Anlage 55.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über das Beitragsverhältnis der drei Landesteile des Großherzogtums zu den

Gesamtausgaben des Großherzogtums für die Periode von 1912 bis 1917. 2. Lesung. (Anlage 4.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Uebertragung staatlicher Gebungen auf die Gemeinden. (Anlage 2.)

Berichterstatter: Abg. Verding.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Fälligkeit der Grund- und Gebäudesteuer. (Anlage 39.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 2. Lesung. (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 1. Lesung. (Anlage 66.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1912 anzulegenden Voranschläge, sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. 1. Lesung.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Ankauf eines Grundstücks für die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 61.)

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 65 der Staatsregierung, betreffend Errichtung von Hengstböden beim „Neuen Hause“.

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag der Staatsregierung wird mit 21 gegen 14 Stimmen angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der aus dem Staats- und Krongut zum Zwecke der Gründung behaufter



Stellen gegen Grundrente veräußerten Grundstücke. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Herstellung

eines hölzernen Piers vor der Kajemauer in Glsfleth. (Anlage 44.)

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 6. Februar 1912.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente (Nachmittags-) Sitzung.

Oldenburg, den 22. Dezember 1911, nachmittags 4¹/₂ Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Erledigung zweier vertraulicher Vorlagen der Staatsregierung wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und in der Tagesordnung, wie folgt, fortgefahren:

12. Bericht des Verwaltungsausschusses zu der Vorlage über die Reform der Landwirtschaftsschule in Barel. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag 1 des Ausschusses wurde abgelehnt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 13 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Gerdes, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Müller (Brake), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels, Westendorf, Verding, Brumund, Dannemann, Dörr, Driver I und II und Dursthoff.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Rebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Tanzen (Heering), Behrens und Bull.

Die Abgeordneten Henn und Mohr fehlten bei der Abstimmung. Der Abg. Müller (Nuhhorn) war beurlaubt.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Errichtung eines zweiten Schullehrerfeminars. (Anlage 43.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Rodenkirchen).

1. Der Abg. Lanje stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, den Ort Westerstede für den Bau des zweiten Seminars zu wählen.

2. Der Abg. Dursthoff stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

Die Staatsregierung wird ersucht, für die Errichtung des zweiten Seminars die Stadt Oldenburg zu wählen.

3. Der Abg. Schipper stellte folgenden Eventualantrag, der genügend unterstützt ist:

Falls der Antrag der Staatsregierung in der Anlage 43 sowie der Antrag Driver (Ausschufsantrag 2) abgelehnt werden, beantrage ich:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Sever für die Errichtung eines zweiten Seminars zu wählen.

4. Der Abg. Koopmann stellte folgenden ebenfalls genügend unterstützten Antrag:

Der Landtag wolle als Ort für die Errichtung eines 2. Seminars Berne wählen.

Der Abg. Gerdes zieht seinen Antrag (Ausschufsantrag 3) zurück, den der Abg. Schipper in folgender Form wieder aufnimmt:

Falls der Antrag der Staatsregierung in der Anlage 43 sowie der Antrag der Mehrheit abgelehnt werden, beantrage ich:



Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Sever für die Errichtung eines zweiten Lehrerseminars zu wählen.

Die Anträge Lanje und Koopmann werden zurückgezogen.

Der Abg. Schmidt (Zetel) stellte sodann noch folgenden genügend unterstützten Antrag:

Ich beantrage, die Verhandlung über die Anlage 43 bis zum Zusammentritt des Landtags im Februar 1912 zu vertagen.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Antrag 1 des Ausschusses wurde angenommen.

Der Antrag Dursthoff wurde mit 24 gegen 18 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Feldhus, Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Tappenbeck, Wessels, Behrens, Bull und Dursthoff.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Feigel, v. Fricken, Gerdes, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Müller (Brafe), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Westendorf, Verding, Brumund, Dannemann, Dörr, Driver I und II und Enneking.

Die Abgeordneten Henn und Mohr fehlten bei der Abstimmung; der Abg. Müller (Nuzhorn) war beurlaubt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung ebenfalls mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Gerdes, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Plate, Schipper, Westendorf, Verding, Dannemann, Driver I und II, Dursthoff, Feigel, Feldhus und v. Fricken.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Müller (Brafe), Nebenstorf, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmen-

horst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels, Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Enneking und Fick.

Die Abgeordneten Henn und Mohr fehlten bei der Abstimmung; der Abg. Müller (Nuzhorn) war beurlaubt.

Der Antrag 4 des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Heitmann, Heller, Hug, Kleen, Meyer, Müller (Brafe), Nebenstorf, Schmidt (Zetel), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Behrens, Brumund, Bull, Dörr und Fick.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Hartong, Hollmann, Jordan, König, Koopmann, Lanje, Möller, Plate, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Tappenbeck, Wessels, Westendorf, Verding, Dannemann, Driver I und II, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken und Gerdes.

Der Abg. Schröder enthielt sich der Stimme; die Abgeordneten Henn und Mohr fehlten bei der Abstimmung und der Abg. Müller (Nuzhorn) war beurlaubt.

Der Antrag Schipper wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 5 des Ausschusses wurde angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 2. Lesung. (Anlage 66.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

20. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1912.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung 6. Februar 1912. Schluß der Sitzung 8 Uhr 25 Min. abends.

Genehmigt und unterschrieben vom Gesamtvorstande.

Schröder.

Tanzen (Stollhamm).

Dörr.

Schipper.

Tanzen (Heering).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 6. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem die Sitzung eröffnet, verliest der Abgeordnete Schipper das Protokoll der vorigen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Darauf verliest der Abg. Tanzen (Heering) die Eingänge:

1. Petition des Zellers Heinrich Kuller in Böen, betreffend Erwirkung einer Bauerlaubnis an der Amtsverbandschauffee Lönigen—Böen—Menslage. Verwaltungsausschuß.
2. Petition der Wegewärter des Baubezirks Sever um Erhöhung ihres Arbeitslohnes. Finanzausschuß.
3. Petition des Stadtmagistrats Rüstingen, betreffend Errichtung eines Eichamts in Rüstingen. Finanzausschuß.
4. Vorlage 67 der Staatsregierung, betreffend Uebertragung von 2936,03 M auf 1912 zur Anschaffung einer Waschmaschine im Weibergefängnis in Wechta. Finanzausschuß.
5. Vorlage 76 der Staatsregierung, betreffend Gesetzesentwurf für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer. Finanzausschuß.
6. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Hude, betreffend Erteilung der Konzession zu einer Apotheke in Hude. Verwaltungsausschuß.
8. Petition des Stadtmagistrats Rüstingen, betreffend

Errichtung einer staatlichen höheren Lehranstalt in Rüstingen.

Verwaltungsausschuß.

9. Petition der Hilfswärter und Rottenarbeiter der 16. Bahnmeisterei in Cloppenburg, betreffend Gleichstellung im täglichen Verdienst mit den Arbeitern der 17. Bahnmeisterei. Eisenbahnausschuß.
10. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Rensfeld, betreffend Abänderung der rev. Gemeindeordnung für das Fürstentum Lüneburg. Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz, betreffend Auslegung des Gesetzes vom 14. April 1882, betreffend Beitreibung von Geldforderungen, und Artikel 48 des St.G.G. nebst Anhang. Verwaltungsausschuß.
12. Petition des Erbpächters E. Drückhammer zu Spechserholz, betreffend Nachtrag zu seiner Petition vom 19. Dezember 1911, betreffend gesetzliche Regelung des Verfahrens bei der Beitreibung privatrechtlicher Staatseinkünfte. Verwaltungsausschuß.
13. Petition des Stammparzellisten Friedr. Wilh. Drückhammer zu Ahrensböcker-Hof
 1. um baldige Bekanntgabe und Aussonderung der noch vorhandenen dänischen Steuern in den Abgaben der Grundbesitzer des vorm. Amtes Ahrensböck und deren Tilgung im Grundbuch,

Protokolle. XXXII. Landtag, 1. Versammlung.

4



2. baldige Zurückzahlung der seit 1872 nach der Regierungserklärung zu viel bezahlten dänischen Steuern,
3. Siftierung der Zwangsvollstreckungen für den privatrechtlichen Teil,
4. Eintreten für eine Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens in der Strassache seiner Söhne. Verwaltungsausschuß.

14. Vorlage 78 der Staatsregierung, betreffend Bau eines Ministerial- und Landtagsgebäudes. Finanzausschuß.

15. Vorlage 79 der Staatsregierung, betreffend Bewilligung eines Betrages bis zu 35 500 *M* aus der Landeskasse für Korrektionsarbeiten und Uferbefestigungen an der Hase. Finanzausschuß.

16. Vorlage 82 der Staatsregierung, betreffend Beschaffung von 2 Stück gekuppelten Tenderlokomotiven. Eisenbahnausschuß.

Sodann teilt der Präsident mit, daß der Kriegsveteran Franz Gehring aus Wildeshausen seine Petition zurückgezogen hat. Ferner wird mitgeteilt, daß die Abgeordneten Müller, Müller (Nuzhorn) und Müller (Brafe) wegen Krankheit verhindert sind und in den nächsten Tagen nicht an den Verhandlungen teilnehmen können.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie Hansestadt Lübeck und das Groß-

herzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1878 abgeschlossenen Vertrage. 1. Lesung. (Anlage 64.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag 1 wird abgelehnt; die Anträge 2, 3 und 4 werden angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Hug, betreffend die Teuerung.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 16 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Für den Antrag stimmen die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Dursthoff, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen), Tanzen (Heering), Tappenbeck und Wessels.

Dagegen stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver I, Driver II, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Mohr, Plate und Westendorf.

Die Abgeordneten Schröder und Enneling enthalten sich der Stimme.

3. Selbständiger Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Herzogtum.

Der Antragsteller zieht seinen Antrag als Gesekentwurf zurück. Dagegen bringt er den betreffenden Antrag, um ihn der Regierung zur Prüfung zu überweisen, wieder ein.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Februar 1912.

9. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 7. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Schipper das Protokoll über die 8. Sitzung, gegen welches Bedenken nicht erhoben wurden. Es folgte die Verlesung folgender Eingänge:

1. Petition des Hans Friedr. Drückhammer in Ahrensböck und des Erbpächters Ernst Drückhammer in Spechserholz, betreffend Ueberweisung ihrer Strafsachen wegen öffentlicher Beleidigung an ein nicht interessiertes außeroldenburgisches Gericht.
Verwaltungsausschuß.
2. Vorlage 80 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend
 1. Herstellung eines Anlegers in Dedesdorf,
 2. Uebernahme der Landungsanlagen der Fähre in Kleinenfiel.Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Kolonisten Lübben als Vorsitzenden der Hinterwiefengenossenschaft Südmoslesfehn, betreffend Aufhebung der Genossenschaft resp. Uebernahme der Herstellungs- und Unterhaltungskosten dieser Wieke auf die Staatskasse.
Finanzausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck. 1. Lesung. (Anlage 41.)

Die Ausschufsanträge wurden angenommen mit Ausnahme der Anträge 6, 7 und 15, die abgelehnt wurden. Im Antrag 32 wurden im Einverständnis des Landtags die

Worte „aber gleichlautenden“ gestrichen und hinter dem Wort „Gemeinden“ in der letzten Zeile die Worte „Vereinen, Korporationen usw.“ eingefügt.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis zum 10. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

Die dem Bericht beigefügte Anlage wurde im Einverständnis des Landtags von dem Abg. Steenbock als selbständiger Antrag eingebracht, der angenommen wurde unter Hinzufügung der Worte „Abs. 2“ hinter „§ 15“. — Anträge zur 2. Lesung bis zum 12. Februar, vormittags 9¹/₂ Uhr.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Abänderung der Gemeindeordnung. 1. Lesung. (Anlage 56.)

Die Ausschufsanträge wurden angenommen, Antrag 2 mit 21 gegen 16 Stimmen und unter Hinzufügung der Worte „unter b“ hinter „Art. 12“, Antrag 3 erledigte sich dadurch.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis zum 10. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über

1. die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909. 1. Lesung. (Anlage 42.)
2. den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Heering).

Die Ausschufsanträge wurden angenommen bis auf den Antrag 8, der abgelehnt wurde.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis 10. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

Sodann wurde die Tagesordnung abgebrochen. Der Präsident stellte die Frage der geschäftlichen Behandlung der Anlagen 81 und 77 und der Petition älterer Lehrer zur Debatte und teilte mit, daß ein Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm) dazu:

Sch beantrage:

Zur Vorberatung der Anlage 81 wird ein besonderer Ausschuß gebildet, in den 10 Mitglieder des Finanzausschusses und 6 Mitglieder des Eisenbahnausschusses gewählt werden. Neben diesem

Ausschüsse bleiben der Finanzausschuß und der Eisenbahnausschuß unverändert bestehen eingegangen sei.

Der Landtag beschloß zur Vorberatung der 3 Gegenstände einen vierten Ausschuß zu bilden, neben dem die 3 vorhandenen Ausschüsse in vollem Umfang bestehen sollten. Er überwies die weitere Behandlung der Sache dem Geschäftsverteilungsausschuß.

Neue Sitzung zur Fortsetzung der abgebrochenen Tagesordnung und zur Bildung des 4. Ausschusses beramte der Präsident auf Donnerstag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, an.

Schluß der Sitzung 2,15 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 8. Februar 1912.

Schröder.

Dörr.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 8. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung. Der Abgeordnete Dörr verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Darauf teilt der Präsident den Eingang der Anlage 83, betreffend Übernahme von drei Grabstellen auf dem Gertrudenkirchhof und der Petition der Gemeinde Damme, betreffend Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Damme, sowie die Zusammensetzung des neuen Besoldungsausschusses mit. Der Geschäftsverteilungsausschuß wählte folgende Abgeordnete: Dursthoff, Feldhus, Feigel, Hollmann, Jordan, Mohr, Hug, Tanzen (Heering), Verding, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Meyer, Müller (Brake), Wesfels, Dannemann, König. Der Landtag ist einverstanden.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lüneburg, betreffend die Ausmittlung der Ablösungspreise der Naturalien und Dienste. 1. Lesung. (Anlage 57.)

Berichterstatter: Abg. Verding.

Die Anträge 1 bis 6 werden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen

Abänderung des Gesetzes, betreffend die Errichtung städtischer Bürgermeistereien. (Anlage 35.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag 1 wird abgelehnt; die Anträge 2, 3 und 4 werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag Dörr, die Staatsregierung zu ersuchen, den Entwurf zu einem Gesetze für das Fürstentum Birkenfeld vorzulegen, das die Zusammenlegung von Grundstücken ermöglicht.

Der Antrag 1 wird abgelehnt; die Anträge 2 und 3 angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Kohsteinversteigerer aus dem Idarer Fabrikbezirk, betreffend Aufhebung der Abgabe von dem Erlös der Kohsteinversteigerungen.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Die beiden Anträge des Ausschusses werden angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Behrens, betreffend Revision der Gemeindeordnung.

Berichterstatter: Abg. Behrens.



Der Antrag 2 ist mit 27 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dadurch ist Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 4 wird mit 22 gegen 19 Stimmen angenommen. Der Antrag 1 ist damit erledigt.

Nächste Sitzung Freitag, den 9. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

(Schluß 2 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 9. Februar 1912.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 9. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem die Versammlung eröffnet, verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Darauf teilt der Präsident die Eingänge mit:

1. Petition des Ernst Stegelmann, Buchdrucker und Zeitungsverleger, Malente, betreffend Reform des Bekanntmachungswesens und Vergabung von Buchdruckerarbeiten seitens der Großherzoglichen Regierung in Cutin.

Verwaltungsausschuß.

2. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Stockelsdorf, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung.

Verwaltungsausschuß.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag Behrens, betreffend stärkere Heranziehung der Fabriken zu den Gemeindelasten.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag 2 wird gegen 13 Stimmen abgelehnt. Der Antrag 3 wird mit 22 Stimmen angenommen. Der Antrag 1 ist dadurch erledigt.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Wirtvereinigung des Großherzogtums Oldenburg, betreffend Ermäßigung der Wirtschaftskreognition.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag 2 wird mit 21 gegen 19 Stimmen abgelehnt; der Antrag 1 mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgermeistereirats Herrstein, betreffend Einrichtung eines Amtsgerichts in Herrstein.

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Antrag 1 wird mit 23 Stimmen angenommen; der Antrag 2 ist damit erledigt.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Kolonisten Wilhelm Heinrich Delelate in Streckermoor, betreffend Einweisung der 2. restlichen Hälfte des Kolonats Nr. 15, Flur 2, Gemeinde Hatten, Parzelle Nr. 121/43.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag 2 wird mit 24 gegen 14 Stimmen angenommen. Der Antrag 1 ist damit erledigt.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz bei Ahrensböck.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Auf Antrag des Berichterstatters wird dieser Punkt zurückgesetzt.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Amtsvorstandes von Cloppenburg, betreffend Aenderung der Bestimmung des § 6 des Gesetzes, betreffend die Sonn- und Feiertage, vom 16. März 1908.

Berichterstatter: Abg. v. Fricke.



Der Antrag 1 wird abgelehnt; der Antrag 2 angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Pastor W. H. Dittmer in Gniffau, betreffend authentische Interpretation des Schulgesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 4. April 1911 sub 1 d.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Weinkaufskasse. 2. Lesung. (Anlage 35.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1910/11. (Anlage 17, Nebenanlagen A—D.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Art. 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1910:

1. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse,

2. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse im Vergleich mit dem Voranschlag,
3. das Hauptbuch über die Einnahmen der Landeskasse,
4. die Zusammenstellung der Ausgaben der Landeskasse,
5. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Landeskasse im Vergleich mit dem Voranschlag,
6. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds,
7. desgleichen des Stadländer Kanalbaudepots,
8. desgleichen des Weiserbaufonds. (Anlage 9.)

Berichterstatter: Die Abgg. Enneking, Brumund und Heller.

Die Anträge a und b des Ausschusses werden angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Kronguts-Kasse-Rechnungen. (Anlage 49.)

Berichterstatter: Die Abgg. Enneking, Brumund und Heller.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen, betreffend Grundzüge für die Beurteilung des Fachschulwesens für technische Schulen.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 22. Februar 1912.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 22. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem die Sitzung eröffnet ist, verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Alsdann werden die Eingänge mitgeteilt:

1. Petition der Hauptagentur der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Birkenfeld, betreffend Erlaß von Stempelbeträgen.
Finanzausschuß.
2. Vorlage 84 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes in der Fassung vom 9. April 1906.
Verwaltungsausschuß.
3. Vorlage 85 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Anbau einer Leichenhalle und Abbruch des Eiskellers beim Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital.
Finanzausschuß.
4. Petition des Aufseher-Vereins der Großherzoglichen Strafanstalten in Wechta, betreffend Dienst erleichterung.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Fr. Stührenberg in Rastede i. A. von 14 Elektrizitätswerken des Herzogtums Oldenburg, betreffend Ueberlandzentrale.
Verwaltungsausschuß.
6. Petition der Werkmeister-Aufseher an den Strafanstalten in Wechta, betreffend Besserstellung im Gehalte.
Verwaltungsausschuß.

7. Vorlage 86 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Erweiterung des rechteckigen Lokomotivschuppens auf dem Bahnhofe Oldenburg.
Eisenbahnausschuß.
8. Petition des Ministerial-Registrators Mönlich hierf., betreffend authentische Interpretation des § 34 des Besoldungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 10. April 1911.
Verwaltungsausschuß.
9. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Malente, betreffend Erhöhung der Kurtaxe im Kurorte Malente-Gremsmühlen.
Zurückgezogen.
10. Petition des Stadtmagistrats Varel, betreffend Verlegung des Eichamts von Varel nach Rüsstringen.
Finanzausschuß.
11. Petition des H. Detken in Delmenhorst, betreffend Erbauung eines schiffbaren Kanals von Delmenhorst zur Weser.
Finanzausschuß.
12. Petition des Gemeindevorstandes Tossens, betreffend Beihilfe aus Staatsmitteln zur Erhaltung und Verbesserung des Nordseebades Tossens.
Finanzausschuß.
13. Petition der Mandatäre Friedrich Kaber in Oberstein und Karl Maercker, jetzt Bureauvorsteher in Baumholder, betreffend ihre Bestrafung.
Verwaltungsausschuß.



14. Petition des Oldenburger Beamten-Vereins, betreffend Resolution zu Vorlage 81.
Besoldungsausschuß.
15. Petition des Schulvorstandes und Gemeinderats der Gemeinden Großenmeer, Neuenbrock, Verne, betreffend Befreiung der konfirmierten Kinder von dem Besuch der Schule vom Tage der Konfirmation bis zum Schluß des Schuljahres.
Verwaltungsausschuß.
16. Vorlage 87 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Herstellung eines Uebergabe- und Sammelgleises auf dem Güterbahnhof Oldenburg.
Eisenbahnausschuß.
17. Petition des Schulvorstandes der Volksschule zu Esfleth, betreffend Befreiung der konfirmierten Kinder von der Schulpflicht.
Verwaltungsausschuß.
18. Petition des Bürgervereins Brake-Süd, betreffend Sicherung des Wahlheimnisses bei den Landtags- und Kommunalwahlen.
Verwaltungsausschuß.
19. Petition des Stadtbürgermeisters Idar, betreffend Beschluß des Gemeinderats zur Besoldungsvorlage.
Besoldungsausschuß.
20. Petition der Vereine der Haus- und Grundbesitzer der Stadt Cutin, der Gemeinde Schwartau und der Gemeinde Ahrensböck, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung.
Verwaltungsausschuß.
21. Petition der Interessenten von Gruppenbühen, betreffend Herstellung einer Wegunterführung in der Flucht des alten Weges von Neuenlande nach Ganderkesee.
Eisenbahnausschuß.
22. Petition des Hans Hormann, Herausgeber der Ahrensböcker Nachrichten, betreffend Veröffentlichung der Bekanntmachungen der Großherzoglichen Regierung in Cutin.
Finanzausschuß.
23. Vorlage 88 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Staatliche Kreditanstalt.
Verwaltungsausschuß.
24. Petition des Landwirts R. Neumann zu Tossens, betreffend Verpachtung einer zum Krongut gehörenden Weide.
Zurückgegeben.
25. Petition der Einwohner von Loher-Ostermark, Godensholt und Lohe um Errichtung einer Haltestelle bei der Kolonie Lohe-Ostermark.
Eisenbahnausschuß.

Ferner teilt der Präsident mit, daß die Abgeordneten Müller (Mughorn), v. Fricke und Möller beurlaubt sind.

Durch höchste Verfügung wird die Dauer des gegenwärtigen Landtags bis zum 8. März d. J. verlängert.

Nunmehr wird in die Verhandlungen eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über ein Schreiben der Staatsregierung vom 27. Januar 1912, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer. 1. Lesung. (Anlage 76.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend das Gichwesen. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Driver I.

Die Anträge 1—3 werden angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Bewilligung einer Rente im Falle eines Unfalles an den Fischereiaufseher in Brake. (Anlage 63.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Feldhus, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Dagegen stimmen die Abgeordneten Brumund, Bull, Dörr, Enneking, Feldhus, Fick, Heitmann, Heller, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, Koopmann, Lanje, Meyer, Mohr, Rebenstorf, Schipper, Schmidt (Betel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen).

Für den Antrag stimmen die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver I, Driver II, Dursthoff, Feigel, Gerdes, Hartong, König, Müller (Brake), Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Die Anträge 1, 3 und 4 werden angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über ein Bittgesuch

1. der Gefängnisaufseher Kühling, Gode, Köhne-
mann und Pannemann zu Oldenburg,
2. von 15 Gefängnisaufsehern in Wehla,
um Ausgleich von Gehaltsüberholungen.

Berichterstatter: Abg. Driver II.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bundes Deutscher Militärärzte, betreffend Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemein-



schaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1878 abgeschlossenen Vertrage. (Anlage 64. Nebenanlagen A und B.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Die Anträge 1—4 werden angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinde Damme, betreffend Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Damme.

Berichterstatter: Abg. Driver II.

Der Antrag des Ausschusses wird einstimmig angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages über die Einführung einer reichsgesetzlichen Regelung des Hufbeschlagwesens.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag 2 wird angenommen. Dadurch ist der Antrag 1 erledigt.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Ausmittelung der Ablösungspreise der Naturalien und Dienste. 2. Lesung. (Anlage 57.)

Berichterstatter: Abg. Verding.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte von Frauenvereinen Oldenburgs um Gewährung des Gemeindegewerberechts.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag 2 wird mit 15 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 1 wird mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 23. Februar 1912.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 23. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Präsident teilt mit, daß die Anlage 81 der Staatsregierung zurückgezogen ist.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Errichtung städtischer Bürgermeistereien. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Abänderung der Gemeindeordnung. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 14 Stimmen angenommen.

Dafür stimmen die Abgeordneten Verding, Danne-
mann, Driver I, Driver II, Feigel, Feldhus,
Gerdes, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koop-
mann, Lanje, Mohr, Müller (Brafe), Plate,
Schröder, Tappenbeck, Wessels und Westendorf.

Dagegen stimmen die Abgeordneten Brumund,
Bull, Heitmann, Jordan, Kleen, Nebenstorf,
Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst),

Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen
(Nodenkirchen), Tanzen (Heering).

Damit ist Antrag 1 erledigt.

Die Anträge 3 bis 7 werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der deutschen konzessionierten Abdeckereibesitzer um Aenderung des Entwurfs zum Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Stollhamm).

Die Anträge 1 bis 3 werden angenommen; der Antrag 4 mit 20 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn), betreffend verstärkten Grenzschutz gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus dem Auslande.

Berichterstatter: Abg. Driver II.

Der Antrag 2 wird mit 21 gegen 14 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag 1 erledigt.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck. 2. Lesung. (Anlage 41.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die beiden Anträge des Ausschusses werden angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem selbständigen Antrag des Abg. Steenbock, betreffend Aenderung

des Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 9. Mai 1906, betreffend die Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die beiden Anträge des Ausschusses werden angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909. 2. Lesung. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Rodenkirchen).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder. 2. Lesung. (Anlage 47, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Abg. Tappenbeck stellt zum Antrag 3 einen Verbesserungsantrag:

Annahme des Abs. 2 mit folgendem Wortlaut:

Schülerinnen, die über 14 Jahre alt sind, unterliegen nicht dem Untersuchungszwang.

Der Antrag 1 wird mit 20 gegen 16 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 3 wird abgelehnt. Die Anträge 4 und 5 werden angenommen. Der Antrag 6 wird vom Ausschuss zurückgezogen. Die Anträge 7 bis 9 werden angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bittschrift der Witwe des Arbeiters Gerhard Ahrens Ripken in Nüstringen.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Vorarbeiten für einen Moorkanal in den linksweiserischen Sielachten. (Anlage 62.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Korrekionsarbeiten und Uferbefestigungen an der Haase. (Anlage 79.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Kolonisten Lübbers als Vorsitzender der Hinterwiekengenossenschaft Südmoslessehn um Aufhebung der Genossen-

schaft resp. um Uebernahme der Herstellungs- und Unterhaltungskosten dieser Weide auf den Staat.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis dahin 1911 im Bestande des Staats- und Kronguts vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 37.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Uebernahme von drei Grabstellen auf dem Gertrudenkirchhof in Oldenburg (Denkmal des ersten Landtagspräsidenten, Hofrat Völkers). (Anlage 83.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1910. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung sowie ein nachträgliches Schreiben des zuständigen Regierungsbevollmächtigten, betreffend nachträgliche Uebertragungen auf das Finanzjahr 1912 zu § 106 des Voranschlags der Ausgaben des Herzogtums. (Anlage 67.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 33, betreffend die staatliche Kreditanstalt.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

18. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 60.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Ausbau einer Leichenhalle und Abbruch eines Eiskellers beim Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital in Oldenburg. (Anlage 85.)

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 29. Februar 1912.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 29. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abgeordnete Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Abg. Tanzen (Heering) teilt die Eingänge mit:

1. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, der Stadtmagistrate Rühringen und Wildeshausen und des Amtes Wildeshausen, betreffend das zweite Lehrerseminar.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition der Stadtbürgermeisterei Oberstein, betreffend Teuerungszulage für Beamte, Lehrer usw.
Besoldungsausschuß.
3. Vorlage 89 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen Abänderung des Vertrages vom 20. Juli 1853, betreffend die Uebernahme des maritimen Schutzes des Oldenburgischen Seehandels und der Oldenburgischen Seeschifffahrt durch Preußen und die dagegen von Oldenburg an Preußen geleistete Abtretung zweier Gebietsteile am Jadebusen zur Anlage eines Kriegshafens.
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Packmeisters a. D. A. Huster hier selbst, betreffend Doppelrechnung der in außerheimischen Gewässern zugebrachte Marinedienstzeit.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins von 1840, betreffend Verwahrung gegen die Steuerfreiheit eingetragener Genossenschaften.
Finanzausschuß.

6. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Steuerfreiheit der Konsumvereine.
Finanzausschuß.
7. Petition des Handels- und Gewerbevereins Sever und 7 andere Feversche Vereine und Innungen, betreffend Resolution gegen die Annahme des Antrages des Abgeordneten Feldhus, betreffend Steuerfreiheit der eingetragenen Genossenschaften.
Finanzausschuß.
8. Petition des Braker Handelsvereins und 6 andere Braker Vereine und Innungen, betreffend Aufhebung des in 1. Lesung angenommenen Beschlusses, betreffend Steuerfreiheit der eingetragenen Genossenschaften.
Finanzausschuß.
9. Petition der Handwerkskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend desgleichen.
Finanzausschuß.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Besoldungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Besoldungsgesetzes vom 10. April 1911. 1. Lesung. (Anlage 77.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Anschaffung von 2 Stück $\frac{1}{4}$ gekuppelter Tenderlokomotiven. (Anlage 82.)

Berichterstatter: Abg. König.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Nordenhamer Handelsvereins um zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Blexen—Brake.

Berichterstatter: Abg. Dannemann.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Johann Focke und Genossen in Delmenhorst in Bezug auf die Anlegung und Verbreiterung eines Weges.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Delmenhorst).
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Gerhard Sanders zu Petersfehn.

Berichterstatter: Abg. Plate.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Anlegevorrichtung in Dedesdorf und Kleinensiel.

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Hilfswärter und Kottenarbeiter der 16. Bahnmeisterei um Gleichstellung im täglichen Verdienst mit den Arbeitern der 17. Bahnmeisterei.

Berichterstatter: Abg. Westendorf.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch des Vorstandes der Vereinigung der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehilfen des Herzogtums Oldenburg, betreffend Gehaltserhöhung resp. feste Anstellung mit Pensionsberechtigung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Bittschrift des Schiffreeders Krimpe (Lübeck) als Inhaber des „Dfseebäderdienstes“.

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. Sitzung der 1. Versammlung des XXXII. Landtags am 5. März 1912.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Dorfschaft Hafftrug um Belassung der Kuttage auf der bisherigen Höhe.

Berichterstatter: Abg. Bull.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes in der Fassung vom 9. April 1906. 1. Lesung. (Anlage 84.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodentkirchen).
Der Antrag 1 wird mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt; der Antrag 2 mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats Rüstringen, betreffend Errichtung einer staatlichen höheren Lehranstalt daselbst.

Berichterstatter: Abg. Schulz.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Vereins oldenburgischer Bürgereschullehrer, betreffend Befoldung der Lehrer an den Vorschulen höherer und mittlerer Lehranstalten.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodentkirchen).
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Zellers Heinrich Kuller in Böen bei Lönningen, betreffend Erwirkung einer Bauerlaubnis an der Amtsverbandschauffee Lönningen—Böen—Menslage.

Berichterstatter: Abg. Driver II.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Wegewärter des Baubezirks Jeber um Erhöhung ihres Arbeitslohnes.

Berichterstatter: Abg. Hug.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Feuerversicherungs-Agentur Böllner in Birkenfeld.

Berichterstatter: Abg. Mohr.
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 5. März 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Der Abg. Tanzen (Heering) teilt die Eingänge mit:

1. Petition des Handels- und Gewerbevereins und der Handwerker-Innung in Lönigen, betreffend Besteuerung der eingetragenen Genossenschaften.
Finanzausschuß.
2. Petition des kaufmännischen Vereins in Idar, betreffend Ablehnung des in 1. Lesung angenommenen Antrages Feldhus (Steuerfreiheit der eingetragenen Genossenschaften betreffend.)
Finanzausschuß.
3. Petition des Vereins selbständiger Kaufleute und der Kolonialwarenhändler in Delmenhorst, betreffend desgleichen.
Finanzausschuß.
4. Petition des Großherzoglichen Amtes Esfleth, betreffend Befürwortung der Petition des Gemeindevorstandes von Berne, betreffend die Errichtung eines zweiten Lehrerseminars.
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 90 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Wahl eines Mitgliedes für die verstärkte Obererfaktkommission für das Herzogtum Oldenburg und die eines Stellvertreters.
Plenum.

6. Petition des Gemeindevorstandes der Landgemeinde Varel, betreffend die Ablehnung des selbständigen Antrages Brumund auf Abänderung des § 89 Absatz 1 des Schulgesetzes.
Verwaltungsausschuß.

Der Präsident teilt mit, daß die Petition Rodenberg vom Petenten zurückgezogen ist.

Kunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Mündlicher Bericht des Besoldungsausschusses zu dem Gesuche des Bundes der Festbesoldeten (Ortsgruppe Oldenburg) um Erhöhung der oldenburgischen Beamtengehälter.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag 1 wird mit 18 gegen 24 Stimmen abgelehnt; der Antrag 2 mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen.

2. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition älterer Lehrer um eine Gehaltszulage.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Betel).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Besoldungsausschusses über folgende Eingaben:

1. der Stadtbürgermeisterei Oberstein, betreffend die Teuerungszulage für Beamte, Lehrer u.,
2. der Stadtbürgermeisterei Idar, betreffend denselben Gegenstand,



3. des Oldenburger Beamtenvereins, betreffend denselben Gegenstand.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Besoldungsausschusses über das Gesuch der Werkmeister-Ausseher an den Strafanstalten in Behta, betreffend Besserstellung im Gehalte.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Lokomotivheizers Rudolf Rittmüller in Delmenhorst um Wiedereinstellung in den Eisenbahndienst.

Berichterstatter: Abg. Kleen.

Der Antrag 1 wird angenommen; damit ist der Antrag 2 erledigt.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betreffend Erweiterung des rechteckigen Lokomotivschuppens auf dem Bahnhof Oldenburg. (Anlage 86.)

Berichterstatter: Abg. Kleen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Anlage 87, betreffend Herstellung eines Uebergabe- und Sammelgleises auf dem Güterbahnhof Oldenburg nebst den zugehörigen Gleisänderungen.

Berichterstatter: Abg. Dannemann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Hilfswärter und Rottenarbeiter der 24. Bahnmeisterei Wildeshausen um Erhöhung des Arbeitslohnes.

Berichterstatter: Abg. Dannemann.

Zu dieser Petition ist ein Verbesserungsantrag des Abg. Müller (Nuzhorn) eingegangen folgenden Wortlauts:

Der Landtag wolle beschließen: Die Petition der Hilfswärter und Rottenarbeiter der 24. Bahnmeisterei Wildeshausen um Erhöhung des Arbeitslohnes wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag Müller (Nuzhorn) wird gegen 17 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Ausschusses wird mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend das Gesuch der Unterbeamten und Stationsarbeiter in Tever um Versetzung in eine andere Feuerungsklasse.

Berichterstatter: Abg. Koopmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Eisenbahnausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff, betreffend Regelung des Verfahrens bei Vergabung von Leistungen und Lieferungen.

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Schmidt (Zetel), betreffend Lehrerbefoldungsgesetze vom 20. April 1911. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Protokolle. XXXII. Landtag, 1. Versammlung.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Mandatars Friedrich Haber zu Oberstein und des Bureauvorstehers, früheren Mandatars Karl Maerker in Baumholder.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetze für das Herzogtum Oldenburg vom 10. Februar 1906, betreffend die staatliche Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 88.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend den Erlaß einer Landesbauordnung, sowie die Einrichtung einer Landesbauberatungsstelle und einer Landes-Wohnungsinspektion.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Landwirts Hermann Martens in Achternholt, betreffend Entschädigung für Wildschaden.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz bei Ahrensböck.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz bei Ahrensböck vom 16. Dezember 1911.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stammparzellisten Friedrich Wilhelm Drückhammer zu Ahrensböcker Hof.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

19. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte des Landmanns Hans Friedrich Drückhammer in Ahrensböck und des Erbpächters Ernst Drückhammer in Spechserholz um Ueberweisung ihrer Strafsache wegen öffentlicher Beleidigung an ein nicht interessiertes außeroldenburgisches Gericht.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

20. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Spechserholz und des Landmanns Hans Drückhammer in Ahrensböck um gesetzliche Regelung des Verfahrens bei der Beitreibung privatrechtlicher Staatseinkünfte (vom 19. Dezember 1911) nebst Nachtragspetition vom 25. Januar 1912, sowie die



Petition des Erbpächters G. Drückhammer, betreffend Auslegung des Gesetzes vom 14. April 1882, betreffend Beitreibung von Geldforderungen, und Art. 48 St. G. G. (vom 2. Januar 1912).

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

21. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Elektrizitätswerkbesizers Fr. Stührenberg-Kastede und Genossen, betreffend Ueberlandzentrale.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

22. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Reichsviehseuchengesetzes in der Fassung vom 9. April 1906. 2. Lesung. (Anlage 84.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Kodenkirchen).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

23. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Bestätigung eines Vertrages zwischen Oldenburg und Preußen als Abänderung des Staatsvertrages vom 20. Juli 1853. (Anlage 89.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Betel).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

24. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgervereins Brake-Süd, betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Landtags- und Kommunalwahlen.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

25. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Gemeindevorstandes von Tossens, betreffend Beihilfen aus Staatsmitteln zur Erhaltung und Ausbesserung des Nordseebades Tossens.

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Antrag 2 wird mit 20 gegen 16 Stimmen abgelehnt; der Antrag 1 mit 21 gegen 16 Stimmen angenommen.

26. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs für das Großherzogtum Oldenburg vom 20. Juni 1870, betreffend die Eichungsbehörden, und des Gesetzes für das Großherzogtum vom 13. Dezember 1875, betreffend die Kosten der Untersuchungen der Maße und Gewichte. (Nebenanlage B zur Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Driver I.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. Sitzung der 1. Versammlung des XXXII. Landtags am 7. März 1912.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 7. März 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung. Der Schriftführer Abg. Schipper verlas das Protokoll der letzten Sitzung.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag Brumund, betreffend Aenderung des ersten Absatzes des § 89 des Schulgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Ausschußantrag wurde angenommen; die Eingabe der Landgemeinde Varel für erledigt erklärt.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag Schulz, betreffend Aenderung des § 8 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Herzogtum, die Dauer der Schulpflicht betreffend.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Antrag 2 und 3 wurde im Einverständnis des Landtags vom Berichterstatter anders gefaßt und zwar:

Antrag 2:

Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Schulgesetzes.

Im § 10 Abs. 1 des Schulgesetzes vom 4. Februar 1910 werden die Worte „in besonderen Ausnahmefällen“ gestrichen.

Anträge 3:

Annahme des selbständigen Antrags Schulz mit folgendem Wortlaut:

Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Schulgesetzes.

Einziger Artikel.

Dem § 8 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Herzogtum ist folgende Fassung zu geben:

3. Die Schulpflicht dauert bis zum Beginn der Osterferien des Schuljahres, in dem das Kind sein 14. Lebensjahr vollendet hat.

Die Staatsregierung zog ihren ursprünglichen Antrag zurück, wodurch Antrag 1 des Ausschusses gegenstandslos wurde. Die Staatsregierung stellte sodann folgenden Verbesserungsantrag zu Antrag 3:

Gesetz für das Großherzogtum Oldenburg.

Einziger Artikel.

Im § 8 des Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg und im § 6 des Schulgesetzes für die Fürstentümer werden die Worte „bis zum Schlusse des Schuljahres“ ersetzt durch die Worte „bis zum Beginn der Osterferien des Schuljahres“.

6*



Antrag 2 wurde abgelehnt; der Verbesserungsantrag der Staatsregierung wurde angenommen und damit Antrag 3 erledigt. Antrag 4 wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung bis heute nachmittag 4 Uhr.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm).

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Der Abg. Dursthoff stellte folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, daß zunächst über den Antrag 1, das Seminar nach Verne zu legen, dann über den Antrag 4, das Seminar nach Wildeshausen zu legen, abgestimmt werde.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Antrag 1 wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt, der Antrag 3 in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 17 Stimmen angenommen.

Für den Antrag 3 stimmten die Abgeordneten Behrens, Bull, Dannemann, Driver I, Dursthoff, Feldhus, Fick, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, Koopmann, Lanje, Meyer, Müller, Mohr, Plate, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Tappenbeck, Wessels.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten Berding, Brumund, Dörr, Driver II, Enneking, Feigel, König, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen) und Westendorf.

Damit waren die Anträge 2, 4 und 5 erledigt. Antrag 6 wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Feldhus, betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend Besteuerung der eingetragenen Genossenschaften.

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Punkt 4 und 5 wurden zusammen zur Beratung gestellt.

Der Abg. Tappenbeck stellt zu seinem selbständigen Antrag folgenden Verbesserungsantrag:

Die Staatsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob nicht die Wirkung einer Doppelbesteuerung, die sich aus der Besteuerung der eingetragenen Genossenschaften ergibt, dadurch zu beseitigen ist, daß

a) bei den Konsumvereinen alles, was die Genossen an hauswirtschaftlichen Vorteilen erlangen, ein-

schließlich Rabatt und Dividende, bei der Genossenschaft steuerpflichtig ist, dagegen bei den Genossen frei bleibt,

b) bei den übrigen Genossenschaften alles, was die Genossen infolge ihrer Zugehörigkeit zur Genossenschaft an Betriebserleichterungen, Ersparnissen und Vorteilen irgend welcher Art in ihrem gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebe erlangen, bei der Genossenschaft steuerfrei, dagegen bei den einzelnen Genossen steuerpflichtig ist.

Die Verhandlung wurde um 1 Uhr vom Präsidenten im Einverständnis des Landtags bis nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr ausgesetzt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde mit der Tagesordnung fortgefahren.

Fortsetzung der Verhandlung über Punkt 4 und 5 der Tagesordnung.

Der Abgeordnete Müller (Nughorn) stellte den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag des Abg. Driver I (Antrag 2 des Ausschusses, richtiger Antrag 1). Der Antrag Driver I wurde mit 26 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver I, Driver II, Dursthoff, Feigel, Henn, König, Koopmann, Müller, Müller (Nughorn) Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Enneking, Feldhus, Fick, Heitmann, Heller, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Mohr, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering).

Die Anträge 2 und 3 wurden in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 9 und 23 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag 3 stimmten die Abgeordneten Behrens, Bull, Enneking, Feldhus, Fick, Heitmann, Heller, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Meyer, Mohr, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten Berding, Brumund, Dannemann, Dörr, Driver I, Driver II, Dursthoff, Feigel, Henn, Koopmann, Lanje, Müller, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Für den Antrag 2 stimmten die Abgeordneten Bru-



mund, Dörr, Lanje, Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering).

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten Behrens, Berding, Bull, Dannemann, Driver I, Driver II, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, Fid, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Koopmann, Meyer, Möller, Mohr, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Nebenstorf,

Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Der Antrag 4 wurde angenommen; der Antrag Tappenbeck (Punkt 5 der Tagesordnung) mit 23 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident beraumte eine neue Sitzung auf Freitag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, an, die Tagesordnung sei schon bekannt gegeben.

Schluß der Sitzung abends 7 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. Sitzung des XXXII. Landtags, 1. Versammlung, am 8. März 1912.

Schröder.

Dörr.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 8. März 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem die Sitzung eröffnet ist, verliest der Abg. Dörr das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über ein Schreiben der Staatsregierung vom 27. Januar 1912, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer. 2. Lesung. (Anlage 76.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Besoldungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Besoldungsgesetzes vom 10. April 1911. 2. Lesung. (Anlage 77.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetze für das Herzogtum Oldenburg vom 10. Februar 1906, betreffend die Staatliche Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. 2. Lesung. (Anlage 88.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbst-

ständigen Antrag des Abg. Schmidt (Zetel), betreffend Lehrerbefoldungsgesetze vom 20. April 1911. 2. Lesung.

Berichterstatter Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag Schulz, betreffend Aenderung des § 8 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Herzogtum, die Dauer der Schulpflicht betreffend. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses, betreffend Grundsätze für die Bemessung der staatlichen Beihilfen zu den Oberrealschulen, den höheren Mädchenschulen, den Realschulen und den höheren Bürgerschulen.

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses wird mit 40 gegen 3 Stimmen angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlagen, betreffend den Neubau eines Ministerial- und Landtagsgebäudes. (Anlagen 22 und 78.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag 1a wird in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 25 Stimmen abgelehnt.



Für den Antrag stimmen die Abgeordneten Verding, Driver I, Driver II, Dursthoff, Enneking, Feigel, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Müller (Nuhhorn), Plate, Schipper, Schmidt (Betel), Westendorf.

Gegen den Antrag stimmen die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Feldhus, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Lanje, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Weffels.

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 17 Stimmen angenommen.

Für den Antrag stimmen die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Feldhus, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Lanje, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Weffels.

Gegen den Antrag stimmen die Abgeordneten Verding, Driver I, Driver II, Dursthoff, Enneking, Feigel, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Müller (Nuhhorn), Plate, Schipper, Schmidt (Betel), Westendorf.

Der Antrag 2 wird mit 40 gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Antrag 5 wird gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 4 wird mit 33 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der Antrag 3 wird mit 29 gegen 13 Stimmen angenommen.

Der Antrag 6 wird mit 31 gegen 11 Stimmen angenommen.

Der Antrag 7 wird mit 34 gegen 8 Stimmen angenommen.

Der Antrag 8 wird mit 30 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Anträge 9 bis 12 werden angenommen.

Zum Antrag 11 schlägt der Abgeordnete Hollmann als Ausschussmitglieder die Abgeordneten Schröder, Hug und Tappenbeck vor. Die Wahl wird sofort vorgenommen und der Vorschlag des Abg. Hollmann angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Ministerialregistrator's Mönning zu Oldenburg um eine authentische Interpretation des § 34 des Besoldungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 10. April 1911.

Berichterstatter: Abg. Driver II.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Bittgesuch des Backmeisters a. D. A. Hüster zu Oldenburg um

Doppelrechnung der in außerheimischen Gewässern zugebrachten Dienstzeit.

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte des Aufsehervereins der Großherzoglichen Strafankalten zu Behta um Dienstleistung.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Buchdruckers Ernst Stegelmann zu Malente und des Buchdruckers Hans Hornmann zu Ahrensböck, betreffend Reform des Bekanntmachungswesens und Vergebung von Buchdruckerarbeiten seitens der Großherzoglichen Regierung in Gutin.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag 2 wird abgelehnt; der Antrag 1 angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Hude, betreffend Konzessionierung einer Apotheke.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Abg. Müller (Brake) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag 1 wird mit 22 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Anträge 2 und 3 werden mit 22 gegen 16 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag 4 erledigt.

13. Wahl eines Mitgliedes der Obererfaktkommission und eines Stellvertreters.

Auf Vorschlag des Abg. Tappenbeck werden die Herren Kentner Adolf Cornelius, Oldenburg, als Mitglied und Kentner Hermann Stöver, Oldenburg, als Ersatzmann wiedergewählt.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des H. Detken in Delmenhorst, betreffend die Erbauung eines schiffbaren Kanals von Delmenhorst zur Weser in Erwägung zu ziehen und für denselben, wenn irgend möglich, schon jetzt Mittel zur Verfügung zu stellen.

Berichterstatter: Abg. Jordan.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Landwirts Hnr. Eggers zu Neuenlande und 41 Genossen, betreffend Herstellung einer Wegunterführung in der Flucht des alten Weges von Neuenlande nach Ganderlessee.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Einwohner von Loher-Ostmark, Godensholt und Lohe,



**betreffend die Errichtung einer Haltestelle bei der Kolonie
Loher-Ostmark.**

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Darauf gab der Präsident folgende Uebersicht über die
in der Session erledigten Gegenstände:

In 17 Plenarsitzungen wurden erledigt:

- 32 Gesetzentwürfe,
- 51 andere Regierungsvorlagen,
- 15 selbständige Anträge,

2 Interpellationen,
127 Petitionen.

Auf Ersuchen des Präsidenten erklärte der Minister,
Exzellenz Scheer, im Namen des Großherzogs den Landtag
für geschlossen. In das vom Präsidenten darauf ausge-
brachte Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog
stimmte der Landtag begeistert ein. Hierauf dankte der
Abg. Feigel im Namen des Landtags dem Präsidenten für
die unparteiische Leitung und brachte ein Hoch auf den-
selben aus.

Schluß 1 $\frac{1}{2}$ Uhr mittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXII. Landtags,
1. Versammlung, am 9. März 1912.

Schröder.

Lanzen (Stollhamm).

Dörr.

Schipper.

Th. J. Lanzen.



Protokolle

über die

Verhandlungen der 2. Versammlung

des

XXXII. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1913.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 5. November 1912, vormittags 11¹/₂ Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn.

Der Abgeordnete Henn übernimmt als ältester den Vorsitz und ernimmt zu Schriftführern die Abgg. Tangen (Heering) und Dörr.

Seitens der Staatsregierung werden durch den Regierungsvertreter die Wahlakten übergeben.

Bei der Verlesung des Verzeichnisses der Abgeordneten wird festgestellt, daß der Abg. Brumund entschuldigt fehlt.

Es wird nunmehr in die Prüfung der Wahlakten eingetreten und deshalb die Sitzung auf 5 Minuten ausgesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 22. November 1912.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite vorläufige und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 5. November 1912, vormittags 11³/₄ Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn, dann: Präsident Schröder.

Der Alterspräsident eröffnet die Sitzung. Es wurde nun in die Prüfung der Wahllisten eingetreten. Der Berichtserstatter hat nichts Wesentliches zu bemerken und wird daher die Wahl des Abg. Pekeler für nicht beanstandet erklärt. Darauf eröffnet Minister Ruhrstrat I im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die zweite Versammlung des 32. Landtages. Der Alterspräsident bringt auf Seine Königliche Hoheit ein dreimaliges Hoch aus, in das der Landtag einstimmt.

Nunmehr wird zur Präsidentenwahl geschritten. Gewählt wird einstimmig der Abg. Schröder und zwar auf Antrag des Abg. Müller (Brake) auf die Dauer von zunächst vier Wochen. Zum Vizepräsidenten wird der Abgeordnete Tanzen (Stollhamm) mit 41 Stimmen gewählt. Zu Schriftführern werden auf Antrag des Abg. Schmidt (Zetel) die Abgg. Dannemann, Pekeler und Schipper gewählt. Sämtliche Gewählte nehmen die Wahl an.

Es erfolgt nun die Vereidigung des neugewählten Abg. Pekeler.

Abg. Tanzen (Stollhamm) bringt folgenden genügend unterstützten Antrag ein:

Ich beantrage:

I.

zur Vorberatung der Vorlagen werden vier Ausschüsse gebildet und zwar

- ein Finanzausschuß,
- ein Eisenbahnausschuß,
- ein Verwaltungsausschuß und
- ein Besoldungsausschuß.

Begründung: Im Interesse einer raschen Erledigung der Landtagsgeschäfte ist eine zweckmäßige Arbeitsteilung dringend erwünscht. Eine solche wird sich durch die Bildung von vier Ausschüssen in befriedigender Weise erreichen lassen.

II.

Im Falle der Ablehnung des Antrages unter I beantrage ich:

Zur Vorberatung der Vorlagen werden dieselben drei Ausschüsse gebildet, die bei dem Zusammentritt des Landtags im Vorjahre gewählt worden sind. Für den ausgeschiedenen Abg. Driver I tritt der Abg. Pekeler ein.

Außerdem wird zur Vorberatung der Besoldungsvorlage (Anlage 26) ein besonderer vierter Ausschuß gebildet. In diesen treten dieselben Abgeordneten ein, die im Vorjahre dem für die Beratung der Besoldungsvorlage (Anlage 81) gebildeten Ausschusse angehört haben.

Begründung: Sollte der Antrag unter I abgelehnt werden, so würde die unter II vorgeschlagene Beordnung eine immer noch bessere Verteilung der Geschäfte ermöglichen, als wenn die Vorberatung der Vorlage 26 dem Finanzausschusse oder dem Eisenbahnausschusse neben ihren sonstigen Aufgaben zugewiesen würde.

Abg. Driver bringt folgenden Antrag ein:

Ich beantrage die Wahl von drei Ausschüssen, eines

Finanz-, Verwaltungs- und Eisenbahnausschusses und die Besoldungsvorlage dem Verwaltungsausschuß zu überweisen.

Der Antrag Driver wird mit 34 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der erste Teil des Antrages Tanzen (Stollhamm) wird mit 26 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Der zweite Teil, der Eventualantrag, des Abg. Tanzen (Stollhamm) wird mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen.

Sodann wurde das Verzeichnis der Vorlagen und der eingegangenen Petitionen verlesen:

A. Verzeichnis der Vorlagen.

1. Schreiben, betreffend die Verleihung der Zivilstaatsdienerereignis an Beamte der Gewerbeinspektion.
2. Desgleichen, betreffend die Bervollkommenung des Gläflether Tidehafens.
3. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Esenshamm und Dedesdorf.
4. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1913.
5. Mitteilung der Zentral- und Landeskasse pp. Rechnung für das Jahr 1911.
6. Schreiben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1913.
7. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für das Jahr 1913.
8. Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1913.
9. Schreiben, betreffend Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und zweier Stellvertreter.
10. Schreiben, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Ersparungskasse seit 11. Oktober 1911.
11. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Grenze zwischen den Gemeinden Brake und Holzwarden.
12. Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1913.
13. Nachweisung über die Verwendung der zu § 8 des Landeskassenvoranschlags des Herzogtums Oldenburg, zu § 5 des Landeskassenvoranschlags des Fürstentums Lübeck und zu § 6 des Landeskassenvoranschlags des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1912 bewilligten Mittel (Unterstützungen an Zivilstaatsdiener pp., die vor 1903 gestorben sind).
14. Schreiben, betreffend Anstellung eines weiteren Gerichtsaktuars beim Landgericht Oldenburg.
15. Schreiben, betreffend Ankauf eines Gebäudes von den Gebrüdern Diekmann in Schweiburgerfiel für Grenzaufseherwohnungen.
16. Schreiben, betreffend die Ernennung der Regierungsbevollmächtigten.
ad acta.
17. Schreiben, betreffend den Geschäftsbericht der Staat-

lichen Kreditanstalt für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1911.

18. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Damme.
19. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911.
20. Schreiben, betreffend Ankauf eines Bauplatzes für das Ministerial- und Landtagsgebäude und Aufbringung der Mittel zum Neubau.
21. Vorlegung der Krongutscafferechnungen für 1911.
22. Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1911.
23. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1913.
24. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1913.
25. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aufhebung des § 16 der Regierungsbekanntmachung vom 2. Februar 1846, betreffend das Wirtschaftsgewerbe usw.
26. Gesetzentwurf, betreffend Erhöhung des Dienstfommens der im Staatsdienste beschäftigten Beamten und Arbeiter sowie der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
27. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 8. März 1876, betreffend die Unterstützungsanstalt für die Witwen und Waisen der evangelischen Volksschullehrer.

B. Petitionen.

1. Petition des Allgemeinen Deutschen Schriftvereins in Berlin, betreffend die Erhaltung der deutschen Schreib- und Druckschrift.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Ausschusses der Schornsteinfegergesellen für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend alleiniges Anstellungsrecht des Staatsministeriums für Schornsteinfegermeister und Weiterführung des Geschäfts durch die Schornsteinfegerwitwen.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Vereins der Stationspfortner und Bahnsteigschaffner hierselbst, betreffend Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Gehaltszulage von 100 M.
Besoldungsausschuß.
4. Petition des Schulvorstandes der Realschule in Brake, betreffend Aenderung der Grundsätze für die Bemessung des Staatszuschusses zu den Oberrealschulen, den höheren Mädchenschulen, den Realschulen und den höheren Bürgerschulen.
Finanzausschuß.
5. Petition der Witwe Heinrich Beckmann in Garthe, betreffend Ueberwegung über den Bahnkörper Schneiderkrug—Ahlhorn.
Eisenbahnausschuß.



6. Petition des Landwirts Anton Wilhelm Willms zu Ahndreich bei Stollhamm, betreffend Verkauf von Ackerland im Augustgroden.
Finanzausschuß.
7. Petition der Einwohner der Bauerschaft Lintel und der Ortschaften hinterm Reiherholz und Pfahlhausen, betreffend Einrichtung einer Eisenbahnhaltestelle am Reiherholz beim Wärterposten Nr. 16.
Eisenbahnausschuß.

Dem Finanzausschuß werden überwiesen die Vorlagen 2, 4, 5, 6, 7, 13, 15, 17, 20 bis 24; dem Verwaltungsausschuß die Vorlagen 1, 3, 11, 14, 18, 19, 25, 27; dem Eisenbahnausschuß die Vorlagen 8, 12 und dem Besoldungsausschuß die Vorlage 26.

Darauf teilt der Präsident den Eingang folgender drei Interpellationen mit:

1. die Interpellation des Abg. Tangen (Heering):
Die Großherzogliche Staatsregierung wird gebeten, Auskunft darüber zu geben, ob die durch die Presse verbreitete Mitteilung auf Wahrheit beruht, daß die Ausführung des oldenburgischen Bahnhofsbauwes wegen ungenau aufgestellter Pläne wider Willen verzögert worden ist.
2. die Interpellation des Abg. Tangen (Heering):
Ist die Großherzogliche Staatsregierung bereit, Auskunft darüber zu geben,

- a) in welcher Art und in welchem Umfange die von der Königlich Preussischen Staatsregierung zur Bekämpfung der herrschenden Fleischnot am 28. September 1912 bekanntgegebenen Entschliefungen auch für das oldenburgische Staatsgebiet zugelassen und in Anwendung gebracht sind?
- b) ob sie im Bundesrat für weitere Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere für die Aufhebung der Futtermittelzölle, eintreten wird?
- c) ob sie die innere Kolonisation durch Abteilung von Nebländereien und Domänen weiter energisch fördern und erhöhte Staatsmittel zur Förderung der Rindvieh-, Schweine-, Ziegen- und Geflügelzucht bereitstellen wird?

3. die Interpellation des Abg. Müller (Brake):
Welche Maßnahmen beabsichtigt die Staatsregierung angesichts der Tatsache, daß Schüler, welche die Realschulen im Herzogtum durchgemacht haben, in den höheren Klassen der Oberrealschule in Oldenburg keinen Platz finden können, in Bezug auf den weiteren Ausbau des höheren Schulwesens im Herzogtum zu ergreifen?

Sämtliche drei Interpellationen sollen auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 22. November 1912.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 22. November 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Schipper die Protokolle der beiden vorausgegangenen Sitzungen. Dieselben wurden genehmigt.

Sodann verlas der Schriftführer Dannemann die Eingänge.

1. Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Landesparkasse in Oldenburg. (Vorlage 32.)

Verwaltungsausschuß.

2. Petition des Apothekers W. Budelmann in Dresden-Loschwitz, betreffend Errichtung einer Apotheke in der Landgemeinde Oldenburg und in Delmenhorst.

Verwaltungsausschuß.

3. Petition des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften hierselbst und sechs anderer Vereine, betreffend Steuerangelegenheiten.

Finanzausschuß.

4. Petition des Gemeinderats der Stadtgemeinde Oberstein, betreffend Errichtung einer Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld mit dem Sitze in Oberstein.

Verwaltungsausschuß.

5. Petition des Direktors der Taubstummenanstalt in Wildeshausen, betreffend Gleichstellung im Gehalt mit den Kreischulinspektoren.

Besoldungsausschuß.

6. Petition verschiedener Beamtenwitwen, betreffend Erhöhung des Witwengeldes.

Besoldungsausschuß.

7. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Golzwarden, betreffend Ablehnung der Vorlage der Staatsregierung, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Brake und Golzwarden. (Anlage 11.)

Verwaltungsausschuß.

8. Petition des Jagdschutzvereins Oldenburg, betreffend Revision der Jagdgesetzgebung für das Herzogtum Oldenburg.

Verwaltungsausschuß.

9. Petition des August Seyen hierselbst, betreffend

1. Ermäßigung von Steuern für erkrankte Personen über 50 Jahre alt,

2. Einführung des Reformationsfestes als gesetzlichen Feiertag,

3. Verbot der Verabreichung geistiger Getränke an Kinder unter 15 Jahre alt.

Verwaltungsausschuß.

10. Petition des Emil Brenner in Dienstweiler bei Birkenfeld, betreffend

1. Schätzung des steuerfähigen Einkommens bei land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken,

2. Berechnung des Ertragswertes land- und forstwirtschaftlich benutzter Grundstücke von Roherträgen.

Finanzausschuß.

11. Petition des Vorstandes der Vereinigung der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehilfen des Herzogtums Oldenburg, betreffend Gehaltserhöhung.

Besoldungsausschuß.



12. Gesetzentwurf für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags. (Vorlage 37.)
Finanzausschuß.
13. Petition des Stadtmagistrats Brake, betreffend Genehmigung der Vorlage 11, betreffend die Aenderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Brake und Holzwarden.
Verwaltungsausschuß.
14. Beschwerde des Bauervogts E. Jakobsen in Siblin, betreffend Einstellung der Chausseearbeiten und haltlose Zustände der Dorfstraße in Siblin.
Verwaltungsausschuß.
15. Petition des Stationsarbeiters Johann Sandstedt in Delmenhorst, betreffend seine Anstellung.
Eisenbahnausschuß.
16. Petition von 50 oldenburgischen Beamten- und Lehrervereinen, betreffend Gehaltsvorlage.
Besoldungsausschuß.
17. Petition des katholischen Lehrerinnenvereins Oldenburg, betreffend Abänderung der Besoldungsvorlage.
Besoldungsausschuß.
18. Petition des Hauptlehrers Gravemann in Neuende, betreffend sein Dienst Einkommen.
Verwaltungsausschuß.
19. Vorlage 28 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der beiden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld im Forstjahre 1910/11.
Finanzausschuß.
20. Vorlage 29 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Voranschlag der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1913.
Finanzausschuß.
21. Vorlage 30 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Voranschlag des Landeskulturfonds für 1913.
Finanzausschuß.
22. Vorlage 31 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Beilegung der Rechte eines Zivilstaatsdieners für die Stelle des Verwalters und eines weiteren Beamten der Ersparungskasse in Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.
23. Vorlage 33 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Berichtigung der Eisenbahn-Grundsteuer- und Gebäudeverzeichnisse der Landtagsregistratur für 1912.
Eisenbahnausschuß.
24. Vorlage 34 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Uebernahme einer Bürgschaft zu Lasten des Landeskulturfonds für Bau- und Meliorationsdarlehen an Kolonisten der Staatlichen Kreditanstalt gegenüber.
Finanzausschuß.
25. Vorlage 35 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums Oldenburg im Forstbetriebsjahr 1911/12.
Finanzausschuß.
26. Vorlage 36 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein und die Erbauung einer Dienstwohnung für einen Amtsrichter.
Finanzausschuß.
27. Vorlage 38 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Landeskasserechnung des Fürstentums Birkenfeld für 1909.
Finanzausschuß.
28. Petition des Vereins oldenburgischer Bürgerschullehrer zur Besoldungsvorlage.
Besoldungsausschuß.
29. Petition der Witwe des Arbeiters Gerh. Ahrens Ripken, jetzt Ehefrau Oskar Richter in Rüstingen, wegen Entschädigung.
Verwaltungsausschuß.
30. Petition der vereinigten Wirtevereine von Idar und Oberstein, betreffend Erhebung einer Abgabe vom Wirtschaftsbetriebe und Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus.
Verwaltungsausschuß.
31. Petition des August Seyen in Oldenburg, betreffend Erlaß von Bestimmungen gegen das schnelle Fahren der Kraftwagen.
Verwaltungsausschuß.
32. Petition des Stadtmagistrats und Stadtrats zu Wildeshausen, betreffend wilde Kaninchen.
Verwaltungsausschuß.

Mit der Ueberweisung derselben an die Ausschüsse erklärte sich der Landtag einverstanden mit Ausnahme der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf zur Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags, die an den Verwaltungsausschuß, in welchem gemäß § 35 der Geschäftsordnung der Landtagspräsident den Vorsitz zu führen hat, verwiesen wurde.

Hierauf kündigte der Präsident noch folgende Eingänge an:

1. Interpellation des Abg. Feigel:

Welche Maßnahmen gedenkt die Großherzogliche Staatsregierung zu ergreifen, um das höhere Schulwesen im Münsterlande zu fördern?

2. Interpellation des Abg. Tanzen (Rodenkirchen):

Ist die Staatsregierung in der Lage und bereit, dem Landtage schon jetzt über das Ergebnis der im Landtagsabschiede für die 1. Versammlung des 32. Landtags in Aussicht gestellten erneuten Prüfung der Errichtung eines zweiten evangelischen Seminars nähere Mitteilungen zu machen?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und Begründung dieser Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

3. Selbständiger Antrag des Abg. Steenbock.

Ich beantrage:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, baldmöglichst für das Fürstentum Lübeck durch Gesetz oder Verordnung eine Baupolizeiverordnung einzuführen.



Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Verwaltungsausschuß zur Begutachtung zu überweisen.

Ferner teilte der Präsident mit, daß vom Vorsitzenden des evangelischen Bundes hier selbst eine Petition mit 28814 Unterschriften, betreffend Wiederverleihung des staatlichen Schutzes für das Reformationsfest, eingegangen wäre. Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß der Landtag, diese Petition dem Verwaltungsausschuß zur Vorberatung zu überweisen und den Punkt 8, soweit er das Reformationsfest betrifft, von der Tagesordnung abzusetzen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Genshamm und Dedesdorf. 1. Lesung. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Muzhorn).

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, einzureichen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911. 1. Lesung. (Anlage 19.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, Anlage 18, betreffend die Wieder-einrichtung des Amtsgerichts Damme. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Dr. Driver.

Die Ausschüßanträge wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, einzureichen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums, betreffend Ueberweisung von Ueberschüssen der Ersparungskasse. (Anlage 10.)

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Ausschüßantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Anstellung eines Gerichtsaktuars beim Landgericht in Oldenburg. (Anlage 14.)

Berichterstatter: Abg. v. Fricke.

Der Ausschüßantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesetz der Schornsteinfegergesellen.

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Ausschüßantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Apothekers W. Budelmann in Dresden-Loschwitz um Errichtung je einer neuen Apotheke in der Stadt Oldenburg und in der Stadt Delmenhorst.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Ausschüßantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des August Seyen, Oldenburg, Vockstraße 34, betreffend

1. Aenderung des Einkommensteuergesetzes,
2. Erklärung des Reformationsfestes als gesetzlichen Feiertag,
3. Verbot an die Wirte, an Kinder unter fünfzehn Jahren keine geistigen Getränke zu verabfolgen.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschüßantrag 1 wurde angenommen.

Die Beratung und Abstimmung über die Anträge 2 und 3 wurden ausgesetzt infolge der eingangs erwähnten Petition des evangelischen Bundes.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Allgemeinen Deutschen Schrifvereins, betreffend Erhaltung der deutschen Schreib- und Druckschrift.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschüßantrag Nr. 1 wurde angenommen.

Der Ausschüßantrag Nr. 2 wurde abgelehnt.

10. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Paragraphen 4 und 5 der Ausgaben im Vorausschlag des Eisenbahnbauaufonds für das Jahr 1913. (Anlage 12.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Die Ausschüßanträge:

Antrag 1:

Der Landtag wolle zu § 4 der Ausgaben im Vorausschlag des Eisenbahnbauaufonds für 1913 die Summe von 2 474 000 M bewilligen und sich damit einverstanden erklären, daß etwaige Ersparnisse bei den für die Beschaffung von Personen- und / oder Güter- und Gepäckwagen vorgesehenen Mitteln zur Beschaffung weiterer Personen- und / oder Güter- und Gepäckwagen verwendet werden können.

und

Antrag 2:

Der Landtag wolle zu § 3 der Ausgaben im Vorausschlag des Eisenbahnbauaufonds für 1913 die Summe von 2 041 000 M bewilligen.

wurden angenommen.

11. Interpellation des Abg. Tanzen (Heering), betreffend Bahnhofsbau in Oldenburg.

Die Interpellation wurde durch den Interpellanten, Abg. Tanzen (Heering), begründet und durch den Minister, Erzellenz Ruhstrat I, wie folgt, beantwortet:

Die durch die Presse verbreitete Mitteilung, daß die Ausführung des Bahnhofsumbaues in Oldenburg wegen ungenau aufgestellter Pläne verzögert worden ist, entspricht nicht der Wahrheit.

Ebenfalls entbehren die in den Zeitungen aufgetauchten Gerüchte von Absteckungsfehlern beim Bau des Empfangsgebäudes jeglicher Begründung, wie seinerzeit bereits amtlich bekanntgegeben ist.

Im übrigen ist der Bau soweit vorgeschritten, daß die Inbetriebnahme des neuen Empfangsgebäudes und eines Teils der Bahnsteiganlagen in der in Aussicht genommenen Bauzeit von 3 Jahren nach Inbetriebnahme des Verschiebebahnhofs erfolgen wird, vorausgesetzt, daß



der Fortgang der Arbeiten nicht durch unvorherzusehende Ereignisse gestört wird.

Eine Besprechung der Interpellation fand nicht statt.

12. Interpellation des Abg. Müller (Brake), betreffend das höhere Schulwesen.

Die Interpellation wurde durch den Abg. Müller (Brake) begründet und von dem Minister, Excellenz Ruchstrat II, mündlich beantwortet (s. den diesbezüglichen stenographischen Bericht).

Darauf fand eine Besprechung der Interpellation auf Antrag des Abg. Müller (Brake) statt.

13. Interpellation des Abg. Tanzen (Heering), betreffend Bekämpfung der herrschenden Fleischnot und Aufhebung der Futtermittelzölle.

Die Interpellation wurde vom Abg. Tanzen (Heering) begründet und vom Minister Excellenz Scheer mündlich beantwortet (s. den diesbezüglichen stenographischen Bericht).

Darauf fand die Besprechung der Interpellation auf Antrag des Abg. Hug statt.

Sodann teilte der Präsident noch folgende Eingänge mit:

1. Interpellation des Abg. Meyer:

Ist die Staatsregierung bereit, dem Landtage über das Ergebnis der im Landtagsabschiede für die 1. Versammlung des 32. Landtags in Aussicht ge-

stellten Prüfung des Landtagsbeschlusses, betreffend Aufhebung des Tanzverbots an Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen, nähere Mitteilung zu machen?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und Begründung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Brumund:

Der Landtag ersucht die Staatsregierung, die Brandkassenverwaltung anzuweisen:

1. kleinere Nebengebäude, wie Gartenhäuser, Hühnerhäuser, Holzschuppen, Wagenremisen, Regalbahnen, Pavillons und dergl., sofern dieselben eine Feuerstelle nicht enthalten und keinen zuschlagspflichtigen Inhalt haben, nicht der Gefahrenklasse § 61 A 3 zuzuweisen, sondern als zuschlagsfrei zu behandeln,
2. die auf demselben Grundstücke stehenden Hauptgebäude und die den unter 1 bezeichneten Nebengebäuden benachbarten Gebäude gleichfalls als zuschlagsfrei zu behandeln.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Verwaltungsausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Nachdem der Präsident noch die Tagesordnung für die nächste, am 29. d. Mts. stattfindende Plenarsitzung bekanntgegeben hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 29. November 1912.

Schröder.

Dannemann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 29. November 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. Dannemann das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben wurden.

Sodann verlas der Schriftführer Abg. Bekeler die Eingänge:

1. Petition des Arbeiters Conr. Friedr. Bögemann in Oldenburg, betreffend Befristung mit der Herstellung eines Moorweges bis zum Jahre 1915.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Vorstandes der Gruppe der Gütervorarbeiter hierselbst, betreffend Stellenvermehrung und Gewährung von Dienstkleidern.
Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Jugendausschusses für die arbeitende Jugend in Osternburg, betreffend Fahrpreisermäßigung.
Eisenbahnausschuß.
4. Petition des Stadtmagistrats Rüstingen, betreffend Aenderung der Grundsätze für die Berechnung der staatlichen Zuschüsse für die Oberrealschulen, die höheren Mädchenschulen, Realschulen und die höheren Bürgerschulen im Herzogtum Oldenburg.
Finanzausschuß.
5. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld wegen Erhebung einer Abgabe vom Wirtschaftsbetriebe und Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus. (Vorlage 39.)
Verwaltungsausschuß.
6. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, be-

treffend Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1910/11 und der Gemeinden der Fürstentümer für 1910. (Vorlage 40.)
Finanzausschuß.

7. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Landesfasserrechnung für das Fürstentum Lübeck für 1909, Rechnung des Ostseebäderfonds, des Kurfonds für die Kurorte Schwartau und Malente-Gremsmühlen für 1909. (Vorlage 42.)
Finanzausschuß.
8. Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes vom 11. Januar 1910. (Vorlage 43.)
Finanzausschuß.
9. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Errichtung einer höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt im Herbst 1914 in der Stadt Oldenburg. (Vorlage 44.)
Verwaltungsausschuß.
10. Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Beitreibung rückständiger Beiträge und Aufnahmekosten der Schleswig-Holsteinischen Landesbrandkasse im Verwaltungswege. (Vorlage 45.)
Verwaltungsausschuß.
11. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend den Bau einer Nebenbahn von Delmenhorst nach Lemwerder. (Vorlage 49.)
Eisenbahnausschuß.

12. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend die Anstellung eines Registratur- und Revisionsgehilfen bei der Großherzoglichen Regierung in Birkenfeld als Zivilstaatsdiener. (Vorlage 50.)
Verwaltungsausschuß.
13. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Nachbewilligung für den Umbau und Erweiterungsbaue des katholischen Seminars zu Bichtha. (Vorlage 51.)
Finanzausschuß.
14. Gesetzentwürfe für das Fürstentum Birkenfeld:
 1. betreffend Handelskammergesetz,
 2. betreffend Aufhebung des Gewerberats und der Abgabe von den Steinversteigerungen. (Vorlage 41.)
Verwaltungsausschuß.
15. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Verhütung von Hochwassergefahren. (Vorlage 46.)
Verwaltungsausschuß.
16. Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder nebst Ausführungsvorschriften. (Vorlage 47.)
Verwaltungsausschuß.
17. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis dahin 1912 im Bestande des Staats- und Kronbuts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen. (Vorlage 48.)
Finanzausschuß.
18. Petition des Molkereibesizers Carl Frels in Steinfimmen, betreffend Inangriffnahme von Vorarbeiten zu einer Bahn Hude-Zimmer.
Eisenbahnausschuß.
19. Petition der Werkstättenarbeiter hierselbst, betreffend Erhöhung der Stunden- und Affordlöhne.
Besoldungsausschuß.
20. Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Schulbuches bei der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. (Vorlage 52.)
Verwaltungsausschuß.
21. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Bildung von Kommissionen zur Abschätzung von Grundstücken. (Vorlage 53.)
Verwaltungsausschuß.
22. Petition von Hauptlehrern in Rüstringen, betreffend städtische Zulagen.
Besoldungsausschuß.
23. Petition der Werkmeister-Aufseher an den Straf-anstalten in Bichtha, betreffend Besserstellung im Gehalt.
Besoldungsausschuß.
24. Petition der Kohlenarbeiter der oldenburgischen Eisenbahnen, betreffend Erhöhung der Affordlöhne und Gewährung von Stundenlöhnen für die affordfreie Arbeitszeit.
Eisenbahnausschuß.

25. Petition des stud. hist. Fritz Strahlmann in Berlin-Charlottenburg, betreffend Turmuhr der Alexanderkirche in Wildeshausen.

Finanzausschuß.

Auf Antrag des Abg. Schmidt (Zetel) wurde die Petition Gravemann anstatt an den Verwaltungsausschuß an den Besoldungsausschuß verwiesen.

A. Selbständiger Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn):
Der Landtag wolle beschließen, die Großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Haftpflicht für Sachschäden bei dem Eisenbahnbetriebe geregelt wird.

Der Landtag beschloß, den selbständigen Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn) auf die heutige Tagesordnung zu stellen.

Darauf nahm der Abg. Müller seinen Antrag zurück.

B. Interpellation des Abg. Heitmann:

Ist die Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, ob sie beabsichtigt, dem Landtage eine Vorlage zu machen, nach welcher von dem § 227 des dritten Abschnitts der Reichsversicherungsordnung Gebrauch gemacht und auf die Errichtung von Landfrankenassen verzichtet werden soll?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und Begründung auf die heutige Tagesordnung unter der Voraussetzung, daß der Regierungsvertreter die Interpellation beantworten wird.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung eines Gesetzentwurfs, betreffend Aenderung der Grenzen der Gemeinden Genshamm und Dedesdorf. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuzhorn).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend die Errichtung des Amtsgerichts Damme. (Anlage 18)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 8. März 1876, die Unterstützungsanstalt für die Witwen und Waisen der evangelischen Volksschullehrer betreffend.

1. Lesung. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Landesparakasse zu Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 32.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Ausschußantrag 1 wurde angenommen.

Ausschußantrag 2 wurde wie folgt angenommen:

Annahme des § 4 mit der Aenderung, daß nachgefügt wird:

Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird im Einverständnis mit dem Landtage festgesetzt.

Ausschußanträge 3—17 wurden angenommen.



5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke. (Anlage 33.)

Berichterstatter: Abg. Dannemann.
Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Interpellation des Abg. Feigel, betreffend das höhere Schulwesen im Münsterlande.

Die Interpellation wird durch den Abg. Feigel begründet und von Minister Kuhstrat II beantwortet (siehe stenographischen Bericht).

Darauf fand die Besprechung der Interpellation auf Antrag des Abg. Driver statt.

7. Interpellation des Abg. Tanzen (Kodentkirchen), betreffend das Ergebnis der Prüfung über die Errichtung eines zweiten evangelischen Seminars.

Die Interpellation wird vom Abg. Tanzen begründet und vom Geh. Oberregierungsrat v. Finckh wie folgt beantwortet:

Die Staatsregierung ist nach wie vor der Meinung, daß überwiegende Gründe für die Errichtung des zweiten evangelischen Seminars in Barel sprechen. Da aber z. B. keine Aussicht dafür vorhanden ist, daß der Landtag einer dahingehenden Vorlage zustimmen wird, so sieht die Staatsregierung von der erneuten Einbringung der Vorlage vorläufig ab. Es haben sich auch in der letzten Zeit geeignete nicht-oldenburgische Lehrer in nicht geringer Zahl zum Eintritt in den hiesigen Schuldienst gemeldet, sodaß dem Bedürfnis genügt ist. Die Staatsregierung wird die weitere Entwicklung der Verhältnisse abwarten und erforderlichenfalls mit neuen Anträgen an den Landtag herantreten.

Darauf fand die Besprechung auf Antrag des Abg. Tanzen (Heering) statt.

8. Interpellation des Abg. Meyer, betreffend Aufhebung des Tanzverbots an Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen.

Die Interpellation wurde durch den Abg. Meyer begründet und vom Minister Scheer beantwortet (s. stenographischen Bericht).

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 12. Dezember 1912.

Schröder.

Peteler.

Darauf fand die Besprechung auf Antrag des Abg. Hug statt.

9. Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und dessen Stellvertreter. (Anlage 9.)

Punkt 9 der Tagesordnung wurde auf Antrag des Abg. Tappenbeck zurückgesetzt.

Punkt 10. Wahl des Präsidiums.

Zum Präsidenten wurde der Abg. Schröder mit 39 Stimmen gewählt. Abg. Tanzen (Stollhamm) wurde mit 36 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt.

Punkt 11. Interpellation des Abg. Heitmann.

Die Interpellation wurde durch den Abg. Heitmann begründet und vom Regierungsrat Tenge wie folgt beantwortet:

Die Staatsregierung hat im vorigen Jahre, als geprüft wurde, ob gesetzliche Maßnahmen zur Ausführung der Reichsversicherungsordnung erforderlich seien, auch erwogen, ob gemäß § 227 der R. V. O. die Landfrankenkassen neben den allgemeinen Ortsfrankenkassen auszuschließen seien; ist dabei aber zu dem Ergebnis gekommen, daß von einer Gesetzesvorlage abzusehen sei.

Wenn auch die Ortsfrankenkassen gewisse Vorzüge vor den Landfrankenkassen besitzen und wenn auch eine Zusammenfassung des Krankenkassenwesens eines Bezirks in mancher Beziehung als wünschenswert angesehen werden mag, so hat doch andererseits die Landfrankenkasse in ihrer einfacheren Verfassung, die den ländlichen Verhältnissen angepaßt ist, durchaus Existenzberechtigung.

Es erschien daher der Staatsregierung nicht angezeigt, der Beschlußfassung der Gemeindeverbände vorzugreifen, zumal nach § 229 R. V. O. die Errichtung einer Landfrankenkasse mit Genehmigung des Oberversicherungsamts unterbleiben kann, wo der Beschlußauschuß des Versicherungsamts nach Anhören beteiligter Arbeitgeber und Versicherungspflichtiger das Bedürfnis verneint.

Darauf fand die Besprechung auf Antrag des Abg. Schulz statt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Min.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 12. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Bekeler das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Abg. Schipper verliest die Eingänge:

1. Petition von Bürgern aus Hettenrodt, Kirschweiler usw., betreffend Neubau des Amtsgerichtsgebäudes für Oberstein.
Finanzausschuß.
2. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für 1911. (Vorlage 54.)
Finanzausschuß.
3. Gesetzentwurf, betreffend Emeritierungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche des Fürstentums Lübeck, betreffend die Besoldungsordnung für die Pfarrer. (Vorlage 55.)
Verwaltungsausschuß.
4. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Zuschuß zum Bau von Gemeindechauffeen vom Ende des Augustfehnkanals bis zur Moorburger Chauffee und bis zur Amtsverbandschauffee in Thorst. (Vorlage 56.)
Finanzausschuß.
5. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Uebernahme des Landesgewerbemuseums und Uebernahme des sogenannten naturhistorischen Museums auf den Staat. (Vorlage 58)
Finanzausschuß.
6. Gesetzentwurf, betreffend Verordnung, betr. Aende-

rung des Artikels 28 des Hausgesetzes für das Großherzogliche Haus vom 1. September 1872. (Vorlage 59.)

Finanzausschuß.

7. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Errichtung einer höheren Lehranstalt für Knaben in Müstringen und Gesetzentwurf, betreffend Gesetz für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung. (Vorlage 60.)
Verwaltungsausschuß.
8. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie Bestand der Staatsgutskapitalien für das Jahr 1911. (Vorlage 57.)
Finanzausschuß.
9. Petition des Wirtevereins für das Fürstentum Lübeck, betreffend Selbstbestimmung der Tanzsonntage.
Verwaltungsausschuß.
10. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Vergrößerung des Sitzungszimmers beim Amtsgericht in Lönningen. (Vorlage 61.)
Finanzausschuß.
11. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Neubau von zwei Zollobuden beim Pier zu Brake. (Vorlage 62.)
Finanzausschuß.
12. Petition des Oberförsters z. D. Rodenberg in Friedrichshöhe bei Detmold, betreffend seine gesetzwidrige Jurdispositionsstellung.
Finanzausschuß.



13. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Ergänzungsbauten auf der Strecke Delmenhorst—Bramsche und den Bahnhöfen Oldenburg und Cloppenburg. (Vorlage 63.)
Eisenbahnausschuß.
14. Petition des Landeslehrervereins für das Fürstentum Lüneburg und des Bundes der Festbesoldeten, Ortsgruppe Cutin, zur Gehaltsvorlage.
Besoldungsausschuß.
15. Petition der Witwe des Stationsassistenten Grote-Lüschchen in Delmenhorst, betreffend Erhöhung des Witwengeldes.
Verwaltungsausschuß.
16. Petition des Vorstandes des nationalliberalen Vereins hier selbst, betreffend Resolution zur Gehaltsvorlage.
Besoldungsausschuß.
17. Petitionen der Stadtbürgermeisterei Ibar, betreffend
1. Umbau des Amtsgerichts Osterstein und Errichtung eines Dienstgebäudes für einen Amtsrichter daselbst,
Finanzausschuß.
 2. Festsetzung der Stadt Ibar als Sitz der neu zu errichtenden Handelskammer.
Verwaltungsausschuß.
18. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins hier selbst zum Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die ärztliche Ueberwachung der Schulkinder.
Verwaltungsausschuß.
19. Petition des Verbandes der oldenburgischen Nordseebäder und Luftkurorte um finanzielle Unterstützung.
Finanzausschuß.
20. Petition des Signers Joh. Heinr. Heyer in Cloppenburg, betreffend Bewilligung einer Veteranenbeihilfe.
Verwaltungsausschuß.
21. Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Besoldungsausschuß.
22. Petition der Arbeiter der Delmenhorster Wagenfabrik Carl Tönjes, A.-G., Delmenhorst, betreffend Einlegung eines Personenzuges zwischen Oldenburg und Bremen.
Eisenbahnausschuß.
23. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Erweiterung und Umbau des Gymnasiums zu Cutin. (Vorlage 65.)
Finanzausschuß.
24. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Neubau des Amtsgerichtsgebäudes zu Cutin. (Vorlage 66.)
Finanzausschuß.
25. Gesetzentwurf zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. (Vorlage 67.)
Verwaltungsausschuß.
26. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Bestands- und Aufwandsordnung für die Gendarmerie im Herzogtum Oldenburg und im Fürstentum Lüneburg. (Vorlage 68.)
Finanzausschuß.
27. Petition der Hilfspächter und Rottenarbeiter der 23. Bahnmeisterei um Aufbesserung in ihren Löhnungs- pp. Verhältnissen.
Eisenbahnausschuß.
28. Petition des Landwirts Joh. Müller zu Süderschwei, betreffend die Gewährung von Darlehen durch die Staatliche Kreditanstalt.
Finanzausschuß.

Darauf teilt der Präsident noch verschiedene Eingänge mit:

1. Petition des Gemeindevorstandes in Osterburg, betreffend Uebertragung der Hebung der Staatssteuer auf die Gemeinde Osterburg.

2. Antrag Dursthoff:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage sobald wie möglich eine Vorlage zu machen, betreffend Einführung des Notariats.

2. Antrag Dannemann:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Aenderung der Wegeordnung für das Herzogtum Oldenburg in dem Sinne vorsieht, daß

1. die bestehenden Weggeldhebestellen auf den Gemeinde- und Amtsverbandsschauffeen aufgehoben werden,
2. industrielle und sonstige gewerbliche Unternehmungen entsprechend der Benutzung der Wege und Schauffeen zu den Anlage- und Unterhaltungskosten herangezogen werden können.

4. Antrag Tanzen (Nodenkirchen):

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, noch der gegenwärtigen, zweiten Versammlung des 32. Landtages eine Vorlage zu unterbreiten, betreffend Errichtung eines evangelischen Volksschullehrerseminars in Barel.

Dieser Antrag wird auf Antrag Tanzen (Heering) sofort im Plenum verhandelt werden.

Die Vorlage 46 wird von der Regierung zurückgezogen. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend

1. die Nachweisung über den Abschluß der Eisenbahnbetriebskasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1911 (Anlage 8, Nebenanlagen A, B, C, D),
2. den Vorausschlag derselben Kasse für das Jahr 1913 (Anlage 8, Nebenanlagen E und F).

Berichterstatter: Abg. Weffels und Abg. Meyer für die Vorausschlagspositionen 45 bis 46.

Die Anträge 1 bis 18 des Ausschusses sowie die Verbesserungsanträge der Staatsregierung zu 3 und 4:

Antrag 3.

Der Landtag wolle die Vermehrung der Zivilstaatsdienerstellen der Ordnungsnummer 8 der Eisenbahngelhaltsordnung (Beamte zweiter Klasse des Büro- und Kassendienstes) um 3 genehmigen.



Antrag 4.

Der Landtag wolle die Vermehrung der Zivilstaatsdienerstellen zur Ordnungsnummer 9 (Beamte dritter Klasse des Büro- und Kassendienstes) um 8 und zu Ordnungsnummer 36 (Beamte dritter Klasse des mittleren Stationsdienstes) um 12 genehmigen, werden angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 15. Oktober 1912, enthaltend

1. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1911,
2. eine Nachweisung über die Verwendung der für Grunderwerb für das Jahr 1910 bewilligten Mittel,
3. eine Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel auf das Jahr 1912 übertragen sind,
4. den Vorschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1913. (Anlage 12.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Die Anträge 1 bis 6 des Ausschusses werden angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition mehrerer Einwohner der Bauerschaft Vintel und der Ortschaften hinterm Reiherholz und Pfahlhausen, betreffend Einrichtung einer Eisenbahnhaltestelle am Reiherholz, beim Wärterposten Nr. 10.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bittschrift der Witwe Heinrich Beckmann in Garthe um Ueberwegung über den Bahntörper Schneiderkrug—Ahlhorn.

Berichterstatter: Abg. König.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Stationsarbeiters Joh. Sandstedt (Delmenhorst) um Anrechnung von Dienstjahren.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Delmenhorst).

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911. 2. Lesung. (Anlage 19.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aufhebung des § 16 der Regierungsbekanntmachung vom 2. Februar 1846, betreffend das Wirtschaftsgewerbe usw. 1. Lesung. (Anlage 25.)

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Abg. Tappenbeck stellt einen Verbesserungsantrag zum Antrag 1:

Der § 16 der Regierungsbekanntmachung vom 2. Februar 1846, betreffend das Wirtschaftsgewerbe usw., erhält folgende Fassung:

Das Amt (der Magistrat) kann die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften regeln.

Die Ausführung einer getroffenen Anordnung wird durch Erhebung der Beschwerde oder Klage nicht gehemmt.

Der Verbesserungsantrag Tappenbeck ist gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 1 mit 25 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag 2 erledigt.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend den Antrag der Staatsregierung wegen Verleihung der Zivilstaatsdienerereignis an den Verwalter und einen weiteren Beamten der Ersparungskasse in Birkenfeld. (Anlage 31.)

Berichterstatter: Abg. Hartung.

Der Antrag 1 des Ausschusses ist angenommen, der Antrag 2 ist mit 25 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag 3 erledigt.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Beschwerde der Dorfschaft Siblin wegen Einstellung der Chauffierungsarbeiten der Dorfstraße Siblin.

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Hauptvereins Oldenburg des evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen um baldmöglichste Anerkennung des Reformationsfestes als gesetzlichen Feiertag.

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuzhorn).

Auf Vorschlag des Präsidenten wird den beiden Ausschussanträgen der Zusatz angehängt: „Die Petition August Seyen (Oldenburg) wird damit für erledigt erklärt“. Der Abg. Tanzen (Heering) stellt zwei Verbesserungsanträge:

Der Landtag wolle den Antrag 1 ablehnen und die Petition der Regierung als Material überweisen.

Der Landtag wolle den Antrag 1 ablehnen und beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß der Bußtag für die evangelischen Landesteile auf einen Sonntag verlegt und dafür das Reformationsfest als gesetzlicher Feiertag anerkannt werde.

Die beiden Anträge Tanzen (Heering) werden abgelehnt.

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgg.: Berding, Dörr, Driver, Enneking, Feigel, von Frieden, Gerdes, Hartong, König, Möller, Müller (Brake), Pefeler, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen), Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgg.: Brumund, Danneemann, Dursthoff, Feldhus, Henn, Hollmann, Koopmann, Lanje, Mohr, Müller (Nuzhorn), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Tanzen (Heering), Tappenbeck, Wessels.

Der Stimme enthielten sich die Abgg.: Behrens, Bull, Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Rebenstorf, Schulz.

Der Antrag 2 des Ausschusses wird in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 15 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgg.: Brumund, Danne-
mann, Dursthoff, Feldhus, Henn, Hollmann,
Koppmann, Lanje, Mohr, Müller (Nuthorn), Plate,
Schipper, Schmidt (Betel), Schröder, Tanzen
(Heering), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgg.: Berding, Dörr,
Driver, Enneking, Feigel, von Fricken, Gerdes,
Hartong, König, Müller (Brake), Pefeler, Steen-
bock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen),
Westendorf.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgg.: Behrens,
Bull, Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan,
Kleen, Meyer, Möller, Rebenstorf, Schmidt
(Delmenhorst), Schulz.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Ein-
gabe des Stadtmagistrats und Stadtrats zu Wildeshausen,
betreffend wilde Kaninchen.

Berichterstatter: Abg. Berding.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses zum selbstän-
digen Antrag des Abg. Brumund, betreffend eine ander-
weitige Regelung der Zuschläge zur Brandstammumlage für
kleinere Nebengebäude und für benachbarte Hauptgebäude.

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuthorn).

Die beiden Anträge des Ausschusses werden an-
genommen.

13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die

Vorlage der Staatsregierung, betreffend Vervollständigung
des Lidehafens zu Elsfleth. (Anlage 2.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 15
der Staatsregierung, Bewilligung von 8200 Mk. zum An-
kauf einer Grenzaufseherwohnung in Ellenferdamm betreffend.

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition
des Arbeiters Conrad Friedrich Bögemann zu Oldenburg
um Befristung zur Herstellung eines Moorwegs im Eversten-
moor.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition
Seyen auf Erlass eines Gesetzes zur Regelung der Fahr-
geschwindigkeit der Kraftwagen.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstän-
digen Antrag des Abg. Steenbock. (Baupolizeiordnung betr.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte
um Rechtsschutz der Witwe des Arbeiters Gerhard Ahrens
Ripken, jetzt Ehefrau Oskar Richter zu Rühringen.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versamm-
lung, am 16. Dezember 1912.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 16. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und teilt zunächst mit, daß die fehlenden Abgeordneten von Frieden und Koopmann beurlaubt sind.

Sodann verliest der Schriftführer Abg. Schipper das Protokoll der voraufgegangenen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht gemacht werden. Der Schriftführer Abg. Dannemann teilt folgende Eingänge mit:

1. Petition des G. Sanders in Petersehn, betreffend Eisenbahnunfall im Reierholz.
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des August Seyen in Oldenburg, betreffend Errichtung eines Denkmals für Seine Königliche Hoheit den Hochseligen Großherzog Nicolaus Friedrich Peter von Oldenburg vor dem neuen Bahnhofgebäude in Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.
3. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Veräußerung einer Fläche des staatlichen Außengrodens beim Bahnhof Blexen an die Benzinlagerungsgesellschaft. (Vorlage 69.)
Finanzausschuß.
4. Petition verschiedener Einwohner der Bauerschaften Holzwarden und Schmalenfleth, betreffend die Braker-Holzwarder Eingemeindungs-Angelegenheit.
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Bewilligung von 162 000 M zum Ankauf von Landflächen bei Barschlüte.
Finanzausschuß.

Mit der Ueberweisung der Eingänge an die genannten Ausschüsse erklärte sich der Landtag einverstanden mit Ausnahme von Punkt 2, Petition des August Seyen in Oldenburg, betreffend Errichtung eines Denkmals, die dem Finanzausschuß überwiesen wird. Außerdem wurde auf Antrag des Abg. Müller (Brake) die Petition der Hilfswärter und Rottenarbeiter der 23. Bahnmeisterei dem Besoldungsausschuß überwiesen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und wie folgt verhandelt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1913. (Anlage 4.)

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Die Anträge 1 bis 4, 5 bis 6, 7, 8 bis 9 werden angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg im Jahre 1913. (Anlage 7.)

Die Anträge 1, 4, 2 bis 3, 5 bis 8 der Einnahmen werden angenommen.

Die Anträge 1 bis 2 der Ausgaben werden angenommen.

Zu Antrag 3 stellte der Regierungsvertreter folgenden Antrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle sich zu § 13 damit einverstanden erklären, daß die wieder zur Erstattung

kommende Summe von 3000 M auf das Jahr 1913 übertragen wird und verausgabt werden kann.

Dieser Antrag und der Ausschußantrag 3 werden angenommen.

Die Beratung über die §§ 17 bis 96 wird ausgesetzt.

Die Anträge 36 bis 38, 39 bis 40, 43, 41 bis 42 werden angenommen.

Antrag 46 wird zurückgezogen.

Zu § 2b der Grundsätze (Zuschüsse für Oberrealschulen) stellte der Abg. Tanzen (Stollhamm) folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage:

Dem § 2b der Grundsätze für die Berechnung der staatlichen Zuschüsse für die Oberrealschulen usw.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 17. Dezember 1912.

Schröder.

Dannemann.

wird unter Ersetzung des hinter dem Worte „Schule“ befindlichen Kommas durch einen Punkt der folgende Satz nachgefügt:

„Dazu gehören jedoch nicht diejenigen Einkünfte aus dem örtlichen Stiftungsvermögen, welche nach den Stiftungsurkunden den Zwecken des Schulwesens über die Aufwendungen des Staates hinaus zugute kommen sollen.“

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag 45 wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Antrag 44 mit 25 Stimmen angenommen.

Anträge 47 bis 50, 51 bis 52 wurden angenommen.

Darauf wurde die Sitzung auf Dienstagmorgen 10 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 2,30 Uhr nachmittags.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Dannemann das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Sodann wurden vom Präsidenten folgende Eingänge bekanntgegeben:

1. Petition des Pachmeisters a. D. Huster hier selbst um Doppelrechnung der in außerheimischen Gewässern zugebrachten Marinedienstzeit bezw. Beilegung rückwirkender Kraft dem Gesetz vom 6. Januar 1912. Verwaltungsausschuß.
2. Petition des August Seyen, betreffend Anerkennung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag.

Auf Antrag des Abg. Tappenbeck beschließt der Landtag einstimmig, die Petition Seyen und eine früher von demselben überreichte Petition auf Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Großherzog Nikolaus Friedrich Peter sofort in Beratung zu ziehen und über beide Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

3. Selbständiger Antrag des Abg. Müller (Brake):
Ich beantrage:
Der Landtag wolle auf Grund des Artikels 136 des Staatsgrundgesetzes eine authentische Auslegung des § 92 des Schulgesetzes vom 4. Februar 1910 vornehmen.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und zur Vorberatung dem Verwaltungsausschuß zu überweisen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Finanzausschusses über die Ausgaben des Voranschlags des Herzogtums für 1913. (Anlage 7.)

Die Anträge 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, und 21, 22, 23 werden angenommen.

Sodann wurde die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr vertagt. Schluß 1 Uhr 5 Min. nachmittags.

Die Sitzung wurde nachmittags 4 Uhr fortgesetzt.

Mit der Beratung wurde wie folgt fortgefahren:

Die Anträge 24, 25, 26, 27, 28 und 29, 30, 31 und 32, 33, 34, 35, 53, 54 und 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65 und 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76 werden angenommen.

Antrag 68:

Zu § 225 wurde folgender Antrag vom Abg. Dr. Driver eingereicht:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie die Prozentsätze der Staatszuschüsse, die zu den Gemeindehaushalten in den Gemeinden Crapendorf, Cappeln, Lastrup und Stadtgemeinde Cloppenburg in Aussicht genommen sind,

dem Landtage zur zweiten Lesung des Voranschlags zur Genehmigung vorlegen möge, aber sofort zurückgenommen.

Die Anträge 77 bis 79 werden angenommen.

Der § 239 wird in der neuen von der Regierung verfaßten Anlage angenommen.

Antrag 80 (Minderheitsantrag) wurde mit 36 Stimmen angenommen.

Antrag 81 (Mehrheitsantrag) wurde mit 9 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 81a wird angenommen.

Die Anträge 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89 bis 92 werden angenommen.

Der Antrag 88 wird abgelehnt.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für 1913. (Anlage 24.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 18. Dezember 1912.

Schröder.

Bekeler.

Die Anträge

1 und 2 der Einnahmen,

3 bis 10 der Ausgaben und

11 bis 12 der außerordentlichen Ausgaben

werden angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für 1913. (Anlage 23.)

Die Anträge

1 bis 5 der Einnahmen und

6 bis 16 der Ausgaben

werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung für sämtliche Voranschläge sind bis morgen abend 5 Uhr einzureichen.

Schluß der Sitzung 7,20 Uhr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 18. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Pefeler das Protokoll der vorherigen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Alsdann teilt der Präsident die Eingänge mit:

1. Petition der Handelskammer zu Saarbrücken zum Gesetzentwurf, betreffend Errichtung einer Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Stadtmagistrats zu Nordenham, betreffend Uebernahme der Realschule auf den Staat.
Finanzausschuß.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Besoldungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung des Dienst Einkommens der im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Arbeiter, sowie der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Berding, Enneking, Feigel, Henn, König, Mohr, Pefeler, Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Bull, Dannemann, Dörr, Dursthoff, Felbhus, Fid, Hartong, Heitmann, Heller, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, Koopmann, Meyer, Möller, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Plate,

Rebenstorf, Schipper, Schmidt (Betel), Schmidt (Delmenhorst) Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Die Abgeordneten Driver, v. Fricken, Gerdes und Lanje fehlten bei der Abstimmung.

Der Antrag 2 wird gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 3 wird mit 27 gegen 18 Stimmen angenommen.

Damit ist der Antrag 4 erledigt.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Der Antrag 6 wird gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge 7 und 8 werden angenommen.

Der Antrag 9 wird mit 23 gegen 18 Stimmen angenommen.

Damit wird der Antrag 10 erledigt.

Der Antrag 12 wird mit 24 Stimmen angenommen.

Der Abg. Schulz stellt den Antrag:

Der Landtag wolle die Abstimmung wiederholen mit der Maßgabe, daß zunächst über den Antrag 11 abgestimmt wird und die bereits erfolgte Abstimmung über den Antrag 12 für ungültig erklären.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag 11 (Bedigenabzug) wird mit 24 Stimmen angenommen.

Damit ist der Antrag 12 erledigt.

Der Antrag 13 wird gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 14 wird angenommen.

Der Antrag 15 fällt aus, weil doppelt gestellt (s. Antrag 16).

Der Antrag 15a wird mit 21 gegen 14 Stimmen angenommen.

Damit ist der Antrag 16 erledigt.

Die Anträge 17, 18 und 19 werden angenommen.

Der Antrag 20 wird in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Brumund, Dannemann, Dursthoff, Hartong, Henn, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Schipper, Schmidt (Zetel), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Berding, Bull, Dörr, Enneking, Feigel, Feldhus, Fick, Heitmann, Heller, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Lanje, Meyer, Pefeler, Plate, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Tanzen (Rodenkirchen), Westendorf.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten Driver, v. Fricke und Gerdes.

Der Antrag 21 wird angenommen.

Der Vizepräsident Tanzen (Stollhamm) übernimmt den Vorsitz.

2. Selbständiger Antrag Tanzen (Rodenkirchen), betreffend Errichtung eines evangelischen Schullehrerfeminars in Barel.

Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 5 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Dursthoff, Feigel, Feldhus, Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, König, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Dannemann, Henn, Hollmann, Mohr, Plate.

Der Abg. Müller (Nuzhorn) enthält sich der Stimme.

3. Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und dessen Stellvertreter. (Anlage 9.)

Gewählt wird als ständiges Mitglied Abg. Müller (Brake) (23 Stimmen), als erstes stellvertretendes Mitglied Abg. Feigel mit 24 Stimmen, als zweites stellvertretendes Mitglied der Eisendreher Bakenhus, Oldenburg, mit 19 Stimmen.

Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Anstellung von Beamten der Gewerbeinspektion als Zivildienstleistungen und Bewilligung der Mittel. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen. Der Antrag 3 wird abgelehnt.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachbewilligung der beim Erweiterungs- und Umbau des Gymnasiums in Cutin entstandenen Ueberschreitungen und Einstellung einer Summe in den Voranschlag der Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1913. (Anlage 65.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachbewilligung und Einstellung von 10367 M zum Voranschlag der ordentlichen Ausgaben des Fürstentums Lübeck. (Anlage 66.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 20. Dezember 1912.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 20. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird vom Minister Ruhsrat II folgende Erklärung, betreffend Beschwerden über die Zustände am Gymnasium in Oldenburg, abgegeben:

M. H.! Herr Abg. Tansen (Heering) hat neulich heftige Vorwürfe gegen das hiesige Gymnasium und gegen die Schulverwaltung erhoben. Er stützte sich dabei auf angebliche Tatsachen, die ihm von anderer Seite mitgeteilt sind, und die, wenn sie wahr wären, seine Angriffe vielleicht rechtfertigen könnten. Sie sind aber größtenteils nicht wahr, der Herr Abgeordnete ist getäuscht worden. Im Interesse der angegriffenen Stellen hielt ich mich für verpflichtet, möglichst bald die Sache aufzuklären, zumal auch ein hiesiges Blatt die Sache schon in gewohnter Weise sensationell ausgeschlachtet hat.

Im einzelnen ist folgendes zu sagen:

Es ist nicht wahr, daß Primaner des Gymnasiums nachts in angetrunkenem Zustande arretiert und dann auf Veranlassung des Oberschulkollegiums ganz milde bestraft worden sind, obwohl das Lehrerkollegium eine strenge Bestrafung vorgesehen hatte. Weder der Leiter der städtischen Polizei, den wir um eine Äußerung ersucht haben, noch das Lehrerkollegium des Gymnasiums, noch das Oberschulkollegium wissen etwas von einem solchen Vorkommnis. Seitens der Polizei sind überhaupt

in den letzten Jahren Ausschreitungen von Schülern nicht wahrgenommen worden, was um so bemerkenswerter ist, als fast jede Nacht von jungen Leuten verübte Ruhestörungen zur Anzeige kommen.

Der einzige Fall in den letzten sieben Jahren, in dem das Oberschulkollegium eine vom Lehrerkollegium erkannte Schulstrafe gemildert hat, war ganz anders geartet. Es waren im vorigen Jahre auf dem Schulhof des Gymnasiums in der Pause in einer Gruppe von Schülern einer mittleren Klasse Feuerwerkskörper, sog. Schwärmer, abgebrannt worden. Die eigentlichen Täter konnten nicht ermittelt werden; da bestrafte die Schule alle Beteiligten mit Karzerstrafe und Androhung der Verweisung. Auf Beschwerde zweier Väter hat dann das Oberschulkollegium eine neue Untersuchung angeordnet, und schließlich, weil eben die eigentlichen Täter nicht festzustellen waren, erkannt, daß nur die Karzerstrafe bestehen bleibe, die Androhung der Verweisung aber aufzuheben sei. Meines Erachtens mit vollem Recht. Abgesehen von diesem im geordneten Beschwerdeverfahren erlebigen Fall ist ein Eingriff in die Disziplinarbefugnisse der Schule nicht vorgekommen.

Davon, daß Schüler des Gymnasiums vor dem Hause des Direktors nächtliche Ruhestörungen veranstaltet haben sollen, hat weder der Direktor noch die Polizei etwas bemerkt.

Es ist nicht richtig, daß das Verbindungswesen am Gymnasium in voller Blüte stehe. Seitens der Schule sind irgend welche Anzeichen für das Fortbestehen solcher

Verbindungen mit regelrechten Aneiptagen jedenfalls nicht beobachtet worden, so z. B. keine Minderung der Arbeitsfähigkeit und keine Verschlechterung der sittlichen Haltung der Schüler. Die Primaner sowohl wie ihre Eltern wissen, daß jede entdeckte Beteiligung an einer nicht erlaubten Verbindung mit sofortiger Entfernung von der Anstalt bestraft wird, und sie mögen sich nochmal gefagt sein lassen, daß damit unerbittlich Ernst gemacht werden wird. Wenn diese Verbindungen dennoch in irgend einer Form heimlich weiterbestehen trotz der für die Schüler damit verbundenen großen Gefahr, so ist das sehr bedauerlich, aber man kann den Lehrern nicht zumuten, danach geradezu zu spionieren.

Es ist endlich auch nicht wahr, daß einer der Religionslehrer den leidenschaftigen Teufel sozusagen an die Wand male und daß er einen Schüler, der nicht daran glaube, nachsichtigen lasse. Genau das Gegenteil ist richtig: der betr. Lehrer hat den Teufel selbstverständlich stets als einen bösen Geist bezeichnet und jede Vorstellung von einer Leiblichkeit desselben als abergläubisch abgewiesen. Und er bezeichnet es als eine haltlose Verdächtigung, daß er Schüler, die seine Ueberzeugung nicht teilten und dies zum Ausdruck brachten, deshalb habe nachsichtigen lassen.

In einem Punkte aber hat Herr Abg. Tanzen leider recht, nämlich darin, daß bei einzelnen Lehrern die Klassendisziplin zu wünschen übrig läßt. Das habe ich auch neulich schon als mir bekannt bezeichnet. Die Schulverwaltung ist selbstverständlich schon immer bemüht gewesen, hier Wandel zu schaffen, und wird das auch hinfort in jeder Weise durchzuführen bestrebt sein. Man muß aber auch bedenken, daß es wohl wenig größere Schulen geben wird, an denen sich lauter Lehrer befinden, die gute Disziplin zu halten verstehen, und daß die Schüler bei einem geistvollen Lehrer mit schwächerer Disziplin unter Umständen mehr lernen können, als bei einem langweiligen mit straffer Disziplin.

Sodann teilt der Präsident eine Verordnung mit, wonach die gegenwärtige Versammlung des Landtags bis zum 8. März 1913 verlängert ist und die Verhandlungen desselben bis zum 10. Februar 1913 vertagt werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Landesparkasse zu Oldenburg. 2. Lesung. (Anlage 32.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag 1 wird abgelehnt, wodurch sich der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

Der Antrag 4 wird angenommen.

Der Antrag 4a des Abg. Dörr zu § 22 wird angenommen, damit erledigt sich der Antrag 5.

Der Antrag 6 wird angenommen, damit erledigt sich der Antrag 7.

Der Antrag 8 wird mit 24 Stimmen angenommen, wodurch sich der Antrag 9 erledigt.

Der Antrag 10 wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Emeritierungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche des Fürstentums Lübeck und die Besoldungsordnung für die Pfarrer. 1. Lesung. (Anlage 55.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Dadurch erledigen sich die Anträge 2 und 3.

Anträge auf 2. Lesung sind bis zum 10. Februar n. Js., abends 7 Uhr, einzubringen.

3. Dringlicher selbständiger Antrag des Abg. Tanzen (Heering) über die Zustände am Gymnasium in Oldenburg:

Ich beantrage Besprechung der Erklärung des Ministers Ruhstrat II über die Zustände am Gymnasium.

Dieser Antrag wird sofort verhandelt.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Erhebung einer Abgabe vom Wirtschaftsbetriebe und Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus. (Anlage 39.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Damit erledigen sich die Anträge 2 bis 8.

Anträge zur 2. Lesung des Entwurfs sind bis zum 10. Februar 1913, abends 10 Uhr, zu stellen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Aenderung der Grenze zwischen den Gemeinden Brake und Holzwarden. 1. Lesung. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Rodenkirchen).

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 20. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, zu stellen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1911. (Anlage 22.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betreffend Veräußerung einer Fläche staatlichen Außengrödens beim Bahnhof Blexen. (Anlage 69.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag wird angenommen.

Die Punkte 7 und 8 der Tagesordnung werden hinter Punkt 9 zurückgestellt.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für 1911, nebst Anlage. (Anlage 54, Nebenanlagen A und B.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag wird angenommen.



9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Bürgschaftsleistung des Landeskulturfonds für Bau- und Meliorations-Darlehen an Kolonisten. (Anlage 34.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1913. (Anlage 30.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge 1 bis 5 werden angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1913. (Anlage 6.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betreffend Vorlegung

- a) der Landeskasserechnung,
- b) der Rechnung des Ostseebäderfonds,
- c) der Rechnung des Kurfonds für den Kurort Schwartau,
- d) der Rechnung des Kurfonds für den Kurort Malente-Gremzmühlen des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1909. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betreffend Vorlegung der Landeskasserechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1909. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Schulbuches der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Die Ausschußanträge 1 bis 6 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 10. Februar 1913, abends 7 Uhr, einzubringen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Antrag der Staatsregierung wegen Anstellung eines dritten

Registratur- und Revisionsgehilfen bei der Großherzoglichen Regierung in Birkenfeld. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der vom Abg. Hartong eingereichte Verbesserungsantrag:

Sch beantrage Ablehnung des Ausschußantrages und Annahme des Antrages der Staatsregierung wird angenommen.

Dadurch erledigt sich der Antrag des Ausschusses.

16. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend Nachbewilligung zum § 93a der Ausgaben des Voranschlags der Eisenbahnbetriebskasse. (Anlage 63.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bitte des Mollereibesizers Carl Frels, die Regierung zu veranlassen, die Vorarbeiten für die Erbauung einer Bahn Hude-Zimmer in Angriff zu nehmen.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Gütervorarbeiter um Vermehrung der etatsmäßigen Stellen und Gewährung freier Dienstkleidung.

Berichterstatter: Abg. Dannemann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

19. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Jugendausschusses für die arbeitende Jugend um Fahrpreisermäßigung.

Berichterstatter: Abg. Kleen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der Abg. Meyer stellte sodann folgenden selbständigen Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, noch der gegenwärtigen Tagung des Landtages einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, nach welchem der Absatz 3 des § 11 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage, aufgehoben wird.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und ihn zur Vorberatung dem Verwaltungsausschuß zu überweisen.

Sodann erbat sich der Präsident die Ermächtigung zur Abkürzung der nach § 51 der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen.

Der Landtag erklärte sich einverstanden.

Schluß der Sitzung 1,20 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 21. Dezember 1912.

Schröder.

Dannemann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abgeordnete Dannemann das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwände nicht erhoben werden.

Der Präsident verlas folgenden Eingang:

Eingabe der Ärztekammer des Herzogtums Oldenburg zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. ärztliche Ueberwachung der Schulkinder.

Mit der Ueberweisung derselben an den Verwaltungsausschuß erklärte sich der Landtag einverstanden.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867.

1. Lesung. (Anlage 67.)

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb 5 Minuten einzubringen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Bau von Chauffeen im Lengener Moor in der Gemeinde Westerstede. (Anlage 56.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb 5 Minuten einzubringen.

3. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung der dem Finanzgesetze für das Jahr 1913 anzulegenden

Protokolle. XXXII. Landtag, 2. Versammlung.

Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes.
1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Der Antrag 3 des Ausschusses wird wie folgt angenommen:

Dem § 5 der Grundsätze ist ein Absatz nachzuführen folgenden Wortlauts:

„Jede Schule erhält jedoch mindestens den gleichen Zuschuß wie im Jahre 1912.“

und

„Zu § 126 der Ausgaben des Voranschlags des Herzogtums für 1913 ist die Summe von 9000 *M* auf 11 000 *M* zu erhöhen.“

Der Antrag 4 wird angenommen. Dadurch erledigt sich der Antrag 5.

Die Anträge 6 bis 9 werden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes sind innerhalb 5 Minuten zu stellen.

4. Bericht des Besoldungsausschusses zur zweiten Lesung der Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Erhöhung des Dienst Einkommens der im Staatsdienste beschäftigten Beamten und Arbeiter sowie der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Antrag 2.

Zu § 8 ist folgender Verbesserungsantrag der Staatsregierung angenommen:

Ich beantrage, dem § 8 folgenden Absatz hinzuzufügen:

Diese Zulage fällt im Fürstentum Birkenfeld der Staatskasse zur Last.

Der Antrag 3 wird angenommen.

Der Antrag 4 wird angenommen.

Zu § 9 wird der Verbesserungsantrag des Abgeordneten Tanzen (Stollhamm) zu dem Antrage der Regierung:

Die Staatsregierung wird ersucht zu prüfen, ob es sich rechtfertigt, in die in Aussicht gestellte Novelle zum Einkommensteuergesetz eine allgemeine Ledigensteuer aufzunehmen und dafür den § 9 des vorliegenden Besoldungsgesetzes mit dem Inkrafttreten jener Novelle außer Kraft zu setzen.

angenommen.

Dadurch erledigen sich die Anträge 5 und 6.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Antrag 8 ist damit erledigt.

Der Antrag 10 wird abgelehnt. Dadurch erledigt sich der Antrag 9.

Der Antrag 11 wird angenommen. Dadurch erledigt sich der Antrag 12.

Der Antrag 13 wird in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 14 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Bull, Dannemann, Dörr, Dursthoff, Fid, Gerdes, Hartong, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Berding, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Friden, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Müller (Nuzhorn), Bekeler, Plate, Westendorf.

Der Antrag 14 wird angenommen.

Ein vom Abg. Hug gestellter Antrag wird von diesem wieder zurückgezogen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 8. März

1876, betreffend die Unterstützungsanstalt für die Witwen und Waisen der evangelischen Volksschullehrer. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1913. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Die Anträge 1 bis 4 des Ausschusses werden angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. 2. Lesung. (Anlage 67.)

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1913.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Auf Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn) erfolgt namentliche Abstimmung über den Ausschussantrag und wird dieser mit 31 gegen 11 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Berding, Brumund, Dannemann, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Friden, Gerdes, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Bekeler, Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen), Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Bull, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Schulz.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Aenderung der Grenze zwischen den Gemeinden Brake und Holzwarden. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Februar 1913.

Schröder.

Bekeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Behnte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Schriftführer Abg. Pefeler verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Darnach teilt der Abg. Schipper folgende Eingänge mit:

1. Eingabe des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten in Leipzig auf Anordnung der Nachprüfung der Werkkassen seitens des Staatsministeriums.
ad acta.
2. Eingabe des Stadtmagistrats Schwartau, betr. Vertretung jeder Gemeinde im Landesauschuß nach Verhältnis ihrer Einwohnerzahl und Wahl von sechs Mitgliedern in den Landesvorstand.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition von Einwohnern von Dchtum und Deichhausen um Errichtung einer Bahnstation in der Nähe der Deichhauser Mühle an der projektierten Eisenbahnlinie Delmenhorst-Lemwerder.
Eisenbahnausschuß.
4. Petition der Bürgermeisterei Idar (Land) um Bestimmung von Idar als Sitz der zu errichtenden Handelskammer.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition der Eheleute Köper im Hamburg-Eimsbüttel, Henriettenstraße 55, betr. Wirtschaftskonzessionsentziehung.
Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Magistrats und Gemeinderats der Stadt Gutin, betr. Aenderung der Zusammensetzung

des Provinzialrats und Landesauschusses des Fürstentums Lübeck.

Verwaltungsausschuß.

7. Petition des Stadtmagistrats Rüstingen um Beilegung oder Milde rung der für Rüstingen aus dem Brandkassengesetz in Aussicht stehenden schweren Schädigung.
Verwaltungsausschuß.
8. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Uebertragung von 2936,03 M auf 1913 für eine Waschmaschine und Bewilligung von 9063,97 M zur Herstellung einer vollständigen Wäschereianlage für die Strafanstalten zu Bechta. (Vorlage 71.)
Finanzausschuß.
9. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Verzeichnis über die staatlichen Beihilfen zu Schulhausbauten.
Finanzausschuß.
10. Petition des Vereins der Viehhändler im Herzogtum Oldenburg, betr. Körungsweisen im Severschen Herdbuchverein.
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Landmanns Hans Drückhammer in Ahrensböck um Nachprüfung der Rechtsbeständigkeit des Artikels 19 des Kieler Vertrages vom 28. Februar 1867 gemäß Artikel 141 St.G.G. und Artikels 13 § 1 des Incorp.-Gesetzes vom 25. März 1870.
Verwaltungsausschuß.

4*

12. Petition der Brinkfitzer H. D. Tönjes und S. Fr. Behrens zu Stickgas um Gewährung einer Entschädigung wegen erschwelter Zuwegung nach ihren Ländereien, entstanden durch die Aufhebung des Kreuzweges zu Delmenhorst.
Eisenbahnausschuß.
13. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Bewilligung von Mitteln zur Errichtung eines Seminars in Varel. (Vorlage 74.)
Finanzausschuß.
14. Vorlage 73 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr.
1) Errichtung eines staatlichen Realgymnasiums in der Stadt Oldenburg,
2) Gesetzentwurf für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Aenderung der Befoldungsordnung.
Verwaltungsausschuß.
15. Vorlage 75 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr.
1) Errichtung eines staatlichen Real-Progymnasiums in der Stadt Cloppenburg,
2) Gesetzentwurf für das Großherzogtum, betr. Aenderung der Befoldungsordnung.
Verwaltungsausschuß.
16. Petition des Ausschusses der Bardewischer Mühlenacht um Erlaubnis zur Benutzung der Staatschauffee, um die Umgegend mit elektrischer Energie versorgen zu können.
Verwaltungsausschuß.
17. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Hasbergen, betr. projektierter Bahnbau Delmenhorst-Lemwerder bezüglich der vorgesehenen Bahnhöfe.
Eisenbahnausschuß.
18. Petition des Schulvorstandes der Stadt Ahrensböck, betr. Berechnung der staatlichen Beihilfe zu den Lehrerbefoldungen in Gemäßheit des Schulgesetzes vom 4. April 1911.
Verwaltungsausschuß.
19. Petition des Osternburger Bürgervereins um Anlage eines Ladegleises am Südenende des Osternburger Verschiebebahnhofs.
Eisenbahnausschuß.
20. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Malente um Aenderung der Wahlordnung für den Landesausschuß im Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
21. Vorlage 76 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erwerb des Gartens des Grundstücks Koppelfstraße 1 in Oldenburg.
Finanzausschuß.
22. Vorlage 77 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Besteuerung kinematographischer Vorstellungen.
Verwaltungsausschuß.
23. Petition von Einwohnern der Ortschaften Hasbergen, Deich- und Sandhausen um Aenderung des Bahnprojekts Delmenhorst-Lemwerder.
Eisenbahnausschuß.
24. Petition der Gemeinde Stockelsdorf, betr. Aenderung des Gesetzes über die Zusammensetzung des Provinzialrats und des Landesausschusses für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
25. Petition des Stadtmagistrats und des Gemeinderats in Idar, betr. Zuschuß zu dem Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes daselbst.
Finanzausschuß.
26. Petition pensionierter Lehrer namens der Witwen und Waisen verstorbener Beamten und Lehrer und namens der pensionierten Beamten und Lehrer „älteren Datums“ um Einkommenverbesserung.
Besoldungsausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des sozialen Ausschusses, Ortskartells der christlichen Gewerkschaften hier selbst, betr. Steuerangelegenheiten.

Berichterstatter: Abg. Heller.

Der Abg. Müller (Nughorn) stellt folgenden Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle die Petition des sozialen Ausschusses, Ortskartells der christlichen Gewerkschaften (Punkt 1 der Tagesordnung), der Regierung zur Prüfung überweisen.

Der Antrag des Ausschusses wird mit 25 gegen 10 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Müller (Nughorn) erledigt.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1911/1912. (Anlage 35 und Nebenanlagen A, B.)

Berichterstatter: Abg. Ennekling.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisung über die Erträge der Staatsforsten der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Forstrechnungsjahr 1910/1911. (Anlage 28.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses, betr. Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für das Jahr 1911. (Anlage 57.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Jagdschutzvereins Oldenburg, betr. Revision der Jagdgesetzgebung für das Herzogtum Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. v. Fricke.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen.

Ueber den Antrag 3 wird zweimal, über den Verbesserungsantrag, Ziffer 1 und 2, namentlich abgestimmt. Ziffer 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 19 Stimmen abgelehnt.



Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, König, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schipper, Schulz, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Wessels, Behrens, Bull, Driver, Fid, Gerdes.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Hollmann, Koopmann, Lanje, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Tappenbeck, Westendorf, Verding, Brumund, Dannemann, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten: Dörr, Hartong, Henn, Mohr, Müller (Brake), Steenbock.

Ziffer 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Jordan, Kleen, König, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Wessels, Behrens, Brumund, Bull, Driver, Fid, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Koopmann, Lanje, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Schröder, Tappenbeck, Westendorf, Verding, Dannemann, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hollmann.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten: Dörr, Hartong, Henn, Mohr, Müller (Brake), Steenbock.

Damit ist der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 5 des Ausschusses wird in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 8 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Meyer, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Schulz, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Wessels, Westendorf, Behrens, Brumund, Bull, Dannemann, Driver, Fid, Gerdes, Heitmann, Heller, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Koopmann.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Schmidt (Zetel), Tappenbeck, Verding, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten: Dörr, Hartong, Henn, Mohr, Müller (Brake), Steenbock.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag des Abg. Dannemann.

Berichterstatter: Abg. Möller.

Die beiden Anträge des Ausschusses werden angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Beitreibung rückständiger Beiträge und Aufnahmekosten der Schleswig-Holsteinischen Brandkasse im Verwaltungswege. 1. Lesung. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 24. Februar 1913.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 24. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Abg. Schipper verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Darnach teilt der Schriftführer Abg. Dannemann folgende Eingänge mit:

1. Petition des Rechnungstellers Wilh. v. d. Bring in Brake.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Arbeiters Julius Bahr in Eckhorst um Beihilfe zu den Kosten eines Saanenziegenbocks.
Finanzausschuß.
3. Petition des Hauptlehrers Heinrich Fortmann in Cloppenburg um Feststellung seines Höchstgehalts.
Verwaltungsausschuß.
4. Petition älterer Lehrer um Aenderung des § 33 des Besoldungsgesetzes.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Kriegsveteranen Johann Bernhard Hagestedt in Habbrügge um Kriegsveteranenbeihilfe.
Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Stadtrats der Stadt Ahrensböck um Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Provinzialrats.
Verwaltungsausschuß.
7. Petition des Theodor Carstens in Neugarmsiel, betreffend Erlangung einer Fläche von den Garmser Staatsländereien gegen jährliche Grundrente oder Erbpacht.
Finanzausschuß.

8. Petition des Bürgervereins der Stadt Gutin, betreffend Zusammensetzung des Provinzialrats und des Landesauschusses des Fürstentums Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
9. Petition der Gruppe der Kottenarbeiter der Bahnmeisterei 4 und 4a um Beteiligung an den Lohn-erhöhungen der neuen Gehaltsvorlage.
Eisenbahnausschuß.
10. Petition des Verbandes der Lichtbildtheaterbesitzer Nordwestdeutschlands, betreffend die geplante Kinossteuer.
Verwaltungsausschuß.
11. Petition der Stadtbürgermeisterei Oberstein, betreffend
 1. Errichtung einer Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld,
 2. Amtsgerichtsfrage in Oberstein.

Der Präsident teilt mit, daß eine vertrauliche Vorlage eingegangen ist. Besprechung wegen Ueberweisung derselben soll nach Schluß der Sitzung stattfinden. Der selbständige Antrag des Abg. Heitmann, betreffend Vorlegung eines Gesetzesentwurfs für das Fürstentum Lübeck wegen ärztlicher Ueberwachung der Schulkinder, ist zurückgezogen.

Der Landtag erklärt sich damit einverstanden.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum

Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Schulbuchs der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. (Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend Beitreibung rückständiger Beiträge und Aufnahmekosten der Schleswig-Holsteinischen Brandkasse im Verwaltungswege. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend ärztliche Überwachung der Schulkinder. 1. Lesung. (Anlage 47.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Rodenkirchen).

Zum Antrag 3 ist folgender Verbesserungsantrag vom Abg. Driver gestellt:

Der Antrag 3 erhält folgende Fassung:

Annahme des § 1 mit den Zusätzen gemäß Antrag 2, aber unter Streichung der Worte in Absatz 1 „jährlich wenigstens einmal“, in Absatz 3 „ins Einzelne gehende genauere“.

Dieser Antrag wird mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird mit 29 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 1 wird gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 4 wird mit 40 Stimmen angenommen.

§ 1 des Gesetzes wird mit 23 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 5 wird gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 6 wird gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 7 wird mit 33 Stimmen angenommen.

Der Antrag 8 wird angenommen.

Der Antrag 9 wird mit 32 Stimmen angenommen.

Der Antrag 10 ist zurückgezogen.

Der Antrag 11 erledigt sich durch Annahme des Antrages 9.

Der Antrag 12 wird angenommen.

Der Antrag 13 wird angenommen.

Der Antrag 14 wird mit der Maßgabe angenommen, daß hinter dem Worte „Landeslehrervereins“ die Worte „und der Ärztekammer“ eingefügt werden.

Anträge zur 2. Lesung und auf 2. Lesung sind bis zum 26. Februar, abends 7 Uhr, zu stellen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff, betreffend Einführung des Notariats.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag 1 wird gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 3 wird mit 23 Stimmen angenommen.

Der Antrag 4 wird angenommen.

Der Antrag 5 wird angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis dahin 1912 im Bestande des Staats- und Kronguts vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 74 der Staatsregierung, Einrichtung einer Seminarklasse in Barel betreffend.

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 72.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Anlage 72 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 61, betreffend Neubau eines feuer sichereren Gewölbes und anderer Baulichkeiten beim Amtsgericht zu Lönning.

Berichterstatter: Abg. Heller.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle von der zu § 253 der außerordentlichen Ausgaben bewilligten Summe von 9000 M den Betrag von 2000 M auf das Finanzjahr 1913 übertragen. Diese Summe erhöht oder ermäßigt sich auf denjenigen Betrag, der nach der demnächstigen Feststellung von der im diesjährigen Voranschlag für den Umbau bewilligten Summe nicht zur Verwendung gekommen ist wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 71.

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Oberförsters z. D. Rodenberg in Friedrichshöhe bei Detmold, betreffend seine Jurdispositionsstellung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Punkt 11 der Tagesordnung wurde abgesetzt.

12. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Verbandes oldenburgischer Nordseebäder und Luftkurorte.

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Petition, betreffend Turmuhr der Alexanderkirche in Wildeshausen.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

14. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Kohlenarbeiter auf Erhöhung der Alfordlöhne und Gewährung von Stundenlöhnen für die alfordfreie Arbeitszeit.

Berichterstatter: Abg. Koopmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Bittgesuch von Arbeitern der Tönjes'schen Wagenfabrik in Delmenhorst, betreffend Einlegung eines Personenzuges auf der Strecke Bremen-Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Delmenhorst).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

16. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition des Vereins der Stationspfortner und Bahnsteigschaffner, betr. Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Gehaltszulage von 100 M.

Berichterstatter: Abg. Meyer.

Folgender vom Abg. Müller (Ruhhorn) gestellter Antrag:

Zu Punkt 16 der Petition vom Verein der Bahnsteigschaffner beantrage ich auf Grund des § 77 der Geschäftsordnung Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt.

Der Antrag 1 wird mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird mit 18 gegen 16 Stimmen angenommen.

Punkt 17 der Tagesordnung wurde abgesetzt.

18. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Bittgesuch des Backmeisters a. D. N. Huster in Oldenburg um Doppelrechnung der in außerheimischen Gewässern zugebrachten Marinedienstzeit.

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

19. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Ausschusses der Bardewischer Mühlenacht, betreffend Erlaubnis zur Benutzung der Staatschauffee, um die Umgebung mit elektrischer Energie versorgen zu können.

Berichterstatter: Abg. Müller (Ruhhorn).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der vom Abg. Feldhus gestellte selbständige Antrag: Ich beantrage, das Zivilstaatsdienergesetz abzuändern wie folgt:

Einziger Artikel.

Im Artikel 51 §§ 1 und 3 des Zivilstaatsdienergesetzes werden anstatt 8150 M. gesetzt 8500 M. soll im Plenum verhandelt werden.

Sodann wird die Deffentlichkeit ausgeschlossen und es folgt die Besprechung über eine vertrauliche Vorlage.

Schluß der Sitzung 2¹/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 25. Februar 1913.

Schröder.

Dannemann.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 25. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Abg. Dannemann verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Darauf teilt der Präsident folgende Eingänge mit:

1. Petition der Vereinigung der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehülfen des Herzogtums Oldenburg um Erhöhung ihrer Dienstvergütung.
2. Petition der Hülfswärter und Rottenarbeiter der Bahnmeisterei Nordenham um Lohnerhöhung.

Beide Petitionen wurden dem Besoldungsausschuß überwiesen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes vom 11. Januar 1910. 1. Lesung. (Anlage 43.)

Berichterstatter: Abg. Fick.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Mittwochabend 7 Uhr zu stellen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachbewilligung von 18 000 M zu § 251 des Voranschlags für das Finanzjahr 1912. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1911:

1. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse,
2. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse im Vergleich mit dem Voranschlage,
3. das Hauptbuch über die Einnahmen der Landeskasse,
4. die Zusammenstellung der Ausgaben der Landeskasse,
5. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Landeskasse im Vergleich mit dem Voranschlage,
6. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds,
7. desgleichen des Stadländer Kanalbaufonds,
8. desgleichen des Weserbaufonds. (Anlage 5.)

Berichterstatter: Abg. Enneling.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 76.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Petition Emil Brenner in Dienstweiler bei Birkenfeld.

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Arbeiters Julius Bahr aus Eckhorst im Fürstentum Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.
Der Ausschußantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein und die Erbauung einer Dienstwohnung für einen Amtsrichter daselbst. (Anlage 36.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Landtag erklärt sich damit einverstanden, daß zu diesem Punkt die Petition aus Oberstein mit zur Beratung gestellt wird.

Der Antrag 1 erledigt sich.
Der Antrag 2 wurde angenommen.
Der Antrag 3 wurde angenommen.
Der Antrag 4 wurde angenommen.

Der Abg. Hug beantragt, den Punkt 8 der Tagesordnung bis nach der zweiten Lesung der Schulvorlagen zurückzustellen.

Der Antrag wird mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Vorlage der Staatsregierung, betreffend Errichtung einer höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt in der Stadt Oldenburg. (Anlage 44.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Schulz, Steenbock,

Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Seering), Tanzen (Rodenkirchen).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Pefeler, Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten Gerdes und Schmidt (Delmenhorst).

Dadurch erledigen sich die Anträge 2, 3 und 4.

Der Antrag 5 wird mit 23 Stimmen angenommen.

Der Antrag 6 wird angenommen.

Der Präsident schlägt vor, die Punkte 10, 11 und 12 der Tagesordnung zurückzusetzen.

Der Landtag erklärt sich damit einverstanden.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über

1. den Entwurf eines Handelskammergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld,

2. den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aufhebung des Gewerberats und der Abgabe von den Steinversteigerungen.

1. Lesung. (Anlage 41.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Die Anträge 2, 3, 4 und 5 werden angenommen.

Der Antrag 6 wird abgelehnt.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Die Anträge 8 und 9 werden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Mittwoch 7 Uhr abends zu stellen.

Schluß der Sitzung 2¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 26. Februar 1913.

Schröder.

Pefeler.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 26. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Bekeler das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

Der Präsident teilt mit, daß eine vertrauliche Vorlage eingegangen ist und diese am Schlusse der Sitzung einem Ausschusse überwiesen werden soll.

Die Debatte wird gleichzeitig über die Punkte 10, 11, 12 und 15 der vorgestrigen Tagesordnung eröffnet. Es werden im Laufe der Debatte 2 Verbesserungsanträge eingereicht, aber wieder von den Antragstellern zurückgezogen.

Im übrigen verläuft die Sitzung resultatlos, weil es infolge der langen Debatte nicht zur Abstimmung kommt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 27. Februar 1913.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 27. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet, verliest der Abgeordnete Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Präsident teilt folgenden Eingang mit:

Vorlage 78 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Tauschvertrag mit dem Landmann Fre-
richs in Alstede.

Mit der Ueberweisung dieser Vorlage an den Finanzausschuß erklärte sich der Landtag einverstanden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und werden die Beratungen nach der Tagesordnung vom 25. Februar fortgesetzt.

Punkt 10, 11 und 12 werden zurückgestellt und wird zunächst über Punkt 14 verhandelt.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Bildung von Kommissionen zur Abschätzung von Grundstücken. 1. Lesung. (Anlage 53.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Ausschußantrag 1 wird angenommen.

Desgleichen die Ausschußanträge 2 bis 7.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 1. März, abends 7 Uhr, zu stellen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend die Errichtung eines staatlichen Realgymnasiums in Nüßringen und über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 60.)

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Verbesserungsantrag Tanzen (Nodenkirchen) (siehe stenogr. Bericht) wird zurückgezogen.

Desgleichen die Anträge 2 und 3.

Der Antrag 4 wird in namentlicher Abstimmung mit 41 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Müller (Brake), Tanzen (Stollhamm) und Tanzen (Nodenkirchen).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Lanje, Meyer, Möller, Mohr, Müller (Ruhhorn), Pefeler, Plate, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Heering), Tappenbeck, Wessels, Westendorf, Behrens, Berding, Brumund, Bull, Dannemann, Dörr, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, Fick, von Frieden, Gerdes, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Kooopmann.

Die Anträge 1 und 5 sind dadurch erledigt.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 1. März, abends 7 Uhr, zu stellen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Errichtung eines Realgymnasiums in Oldenburg, und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 73.)

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Antrag 2 — Ablehnung der Vorlage — wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen.



Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Meyer, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Kodenkirchen), Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fid, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Pefeler, Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf, Verding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, von Fricken, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann.

Antrag 1 ist damit erledigt.

Anträge auf 2. Lesung sind bis 1. März, abends 7 Uhr, zu stellen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend die Errichtung eines staatlichen Realprogymnasiums in der Stadt Cloppenburg und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 75.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag auf Ablehnung der Vorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Kodenkirchen), Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fid, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Müller (Brake).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Pefeler,

Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf, Verding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, von Fricken, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn).

Anträge auf 2. Lesung sind bis Sonnabend, den 1. März, abends 7 Uhr, zu stellen.

Punkt 15 der Tagesordnung wird abgesetzt.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Beschwerde der Eheleute Köper in Hamburg-Gimsbüttel.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Schulvorstandes der Stadt Ahrensböck wegen Beihilfe zu den Lehrerbefoldungen in Gemäßheit des Schulgesetzes vom 4. April 1911.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

18. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition, betreffend das Dienst Einkommen und die städtischen Zulagen der Hauptlehrer in Nüftringen.

Berichterstatter: Abg. Meyer.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

19. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Brinkfäger H. D. Tönjes und J. Fr. Ahrens zu Stidgras auf Gewährung einer Entschädigung wegen erschwelter Zuwegung nach ihren Ländereien, entstanden durch die Aufhebung des Kreuzweges zu Delmenhorst.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 5. März 1913.

Schröder.

Dannemann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 5. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Dannemann das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben wurden.

Dann zeigte der Präsident den Eingang der Vorlage 79, betreffend Staatsvertrag mit Preußen wegen Baues und Betriebs einer Eisenbahn von Neustadt i. S. nach Schwartau an. Sie wurde dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes vom 11. Januar 1910. 2. Lesung. (Anlage 43.)

Berichterstatter: Abg. Fick.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Feldhus, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 1. Lesung.

Der Antrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute Abend 7 Uhr zu stellen.

3. Bericht des Besoldungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 20. April 1911 über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. 1. Lesung. (Anlage 64.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute Abend 7 Uhr zu stellen.

4. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Kronungskasserechnungen. (Anlage 21.)

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Aenderung der Bestands- und Aufwandsordnung der Gendarmerie im Herzogtum Oldenburg und Fürstentum Lübeck. (Anlage 68.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 17.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses zu der Petition des Landwirts Joh. Müller in Süderschwei, betreffend die Staatliche Kreditanstalt.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition der Werkstättenarbeiter um Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petitionen:



- a) verschiedener Beamtenwitwen,
 b) der Witwe des Stationsassistenten Grotelüshen
 um Erhöhung des Witwengeldes.
 Berichterstatter: Abg. Feigel.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition des Direktors der Taubstummenanstalt in Wildeshausen, betreffend Gleichstellung im Gehalt mit den Kreis-
 inspektoren.

Berichterstatter: Abg. Feigel.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

11. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition des Vorstandes oldenburgischer Bürgerschullehrer, betreffend Berücksichtigung verschiedener Gruppen von Lehrern an Gemeindeanstalten bei der Beratung der Besoldungsvorlage. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

12. Ergänzungsbericht des Besoldungsausschusses zu Anlage 26.

Berichterstatter: Abg. Feigel.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

13. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Bau einer Nebenbahn von Delmenhorst nach Lemwerder (Anlage 49) sowie über

1. die Petition des Gemeinderats der Landgemeinde Hasbergen,
2. die Petition von Einwohnern der Ortschaften Hasbergen, Deich- und Sandhausen,
3. die Petition der Einwohner von Ochtum und Deichhausen.

Berichterstatter: Abg. Plate.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

14. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition Gerhard Sanders in Petersfehn.

Berichterstatter: Abg. Wessels.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bittschrift der Hilfswärter und Kottenarbeiter der 23. Bahnmeisterei um Aufbesserung in ihren Löhnungs- usw. Verhältnissen.

Berichterstatter: Abg. König.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

16. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Innungsverbandes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend gesetzliche Regelung des Submissionswesens.

Berichterstatter: Abg. Wessels.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

17. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Osterburger Bürgervereins und des August Westerholt und Genossen zu Bümmerstede.

Berichterstatter: Abg. Dannemann.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

18. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Gemeinde Osterburg, betreffend Uebertragung der Hebung der Staatssteuern.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.
 Der Ausschußantrag wurde angenommen.

19. Besprechung der dem Finanzausschuß von der Staatsregierung übergebenen Darlegung über die Entwicklung der Finanzlage des Herzogtums Oldenburg seit dem Jahre 1888.

Die Besprechung hierüber fand statt.

Schluß 11 Uhr 7 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 6. März 1913.

Schröder.

Befeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 6. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Bekeler das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld über die Bildung von Kommissionen zur Abschätzung von Grundstücken. 2. Lesung. (Anlage 53.)

Berichtersteller: Abg. Hartong.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend Errichtung eines staatlichen Realgymnasiums in Rühringen und über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Befoldungsordnung. 2. Lesung.

Berichtersteller: Abg. Schulz.

Der Abg. Tanzen (Stollhamm) bringt folgenden Verbesserungsantrag ein:

Im Falle der Annahme des Antrags 4 beantrage ich:

Die Staatsregierung wird ersucht, der nächsten Versammlung des Landtags eine Vorlage zu machen, nach der die für das Jahr 1913 geltenden „Grundsätze für die Berechnung der staatlichen Zuschüsse für die Oberrealschulen, die höheren Mädchenschulen, die Realschulen und die höheren Bürgerschulen im Herzogtum Oldenburg“ insbesondere in der folgenden Richtung geändert werden:

1. in die Reihe der zuschufsberechtigten Schulen sind die Realgymnasien und die Mittelschulen aufzunehmen,

2. die Höchstgrenze der Zuschüsse ist zu erhöhen.

Der Antrag 4 wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen; damit ist die Vorlage abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Bekeler, Plate, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wesfels, Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Heering).

Die drei übrigen Anträge sind damit erledigt.

Der Verbesserungsantrag Tanzen (Stollhamm) wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 20 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt

(Zetel), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Pefeler, Plate, Tappenbeck, Wessels.

Der Abg. Schmidt (Delmenhorst) enthielt sich der Stimmabgabe.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zu den Anträgen auf eine zweite Lesung und zur 2. Lesung der Anlage 73, betreffend die Errichtung eines staatlichen Realgymnasiums in der Stadt Oldenburg, und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Befoldungsordnung.

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt. Die Vorlage ist abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Pefeler, Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses zu den Anträgen auf eine zweite Lesung und zur 2. Lesung der Anlage 75, betreffend die Errichtung eines staatlichen Realprogymnasiums in der Stadt Cloppenburg, und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Befoldungsordnung.

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Pefeler, Plate, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Damit ist der Antrag 2 erledigt. Die Vorlage ist dadurch ebenfalls abgelehnt.

Protokolle. XXXII. Landtag, 2. Versammlung.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats von Nordenham, betreffend Uebernahme der Realschule auf den Staat.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Rodenkirchen).

Der Abg. Schmidt (Zetel) stellt, falls der Antrag 1 angenommen wird, folgenden Eventualantrag:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, auf Antrag den Städten Nordenham, Brake und Barel den Ausbau ihrer Realschulen zu Vollanstalten unter Gewährung entsprechender Staatsbeihilfe zu gestatten.

Der Antrag 1 wird angenommen. Der Antrag 2 ist durch die Ablehnung der Schulvorlagen erledigt.

Der Eventualantrag Schmidt (Zetel) wird in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Brumund, Dannemann, Dörr, Dursthoff, v. Fricke, Gerdes, Hollmann, Lanje, Möller, Müller (Brake), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Behrens, Berding, Bull, Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Fick, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hug, Jordan, Kleen, König, Koopmann, Meyer, Mohr, Müller (Nuzhorn), Pefeler, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst).

Bei der Abstimmung fehlt der Abg. Schröder.

Der Abg. Tanzen (Heering) beantragt Wiederholung der Abstimmung über den Eventualantrag in der nächsten Sitzung.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend den Neubau eines Ministerial- und eines Landtagsgebäudes. (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Ziffer 1 wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten Enneking und Hollmann.

Die Ziffern 2, 3, 4, 5 werden angenommen.

Der Abg. v. Fricke bringt zu Punkt 6 folgenden Verbesserungsantrag ein:

Der Antrag 4 wird folgendermaßen ersetzt:

Der Landtag wolle einen aus 5 Mitgliedern bestehenden Ausschuss zu beratender Mitwirkung bei der Ausführung des Landtagsgebäudes einsetzen.

Der Verbesserungsantrag v. Fricke wird abgelehnt.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Besteuerung kinematographischer Vorstellungen. 1. Lesung. (Anlage 77.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag 1 wird mit 18 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Antrag 3 wird mit 22 Stimmen angenommen.

Der Antrag 4 ist damit erledigt.

Die Anträge 4a und 5 werden angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags. 1. Lesung. (Anlage 37.)

Berichtersteller: Abg. Dörr.

Zum Antrage 7 stellen der Regierungsbevollmächtigte und Abg. Tappenbeck folgende Verbesserungsanträge:

1. Regierungsbevollmächtigter:

§ 48 der Geschäftsordnung erhält folgenden 3. Absatz:

Falls dem Landtage außerhalb der Tagesordnung in einer Sitzung eine Mitteilung auf Grund des Artikels 156 des Staatsgrundgesetzes gemacht wird, ist der Landtag berechtigt, die sofortige Besprechung dieser Mitteilung zu verlangen.

2. Abg. Tappenbeck:

Ich beantrage, hinter dem Worte „Abgeordnete“ die Worte „mit Unterstützung von 5 Abgeordneten“ einzufügen.

Zu den Anträgen 18 und 26 stellt der Regierungsbevollmächtigte je einen Verbesserungsantrag:

Zu Antrag 18:

§ 77 erhält folgenden Wortlaut:

Ein vom Landtage gefaßter Beschluß kann, ausgenommen die Fälle der §§ 82, 91 und 115 erst nach 3 Jahren oder nach einer Neuwahl sämtlicher Abgeordneten wieder zur Verhandlung gebracht werden, sofern nicht die Staatsregierung die nochmalige Erwägung der Sache unter Darlegung der dafür sprechenden Gründe empfiehlt.

Zu Antrag 26:

§ 91 erhält folgenden Wortlaut:

Petitionen, die der Landtag aus sachlichen Gründen zurückgewiesen hat, können ohne Anführung neuer Tatsachen erst nach 3 Jahren oder nach einer Neuwahl sämtlicher Abgeordneten wieder bei dem Landtage eingebracht werden.

Zum Antrag 30 stellt der Abg. Feigel folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage:

Ersetzung des § 109 der Geschäftsordnung durch folgende Bestimmung:

„Die Abgeordneten erhalten für die Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf sämtlichen Strecken der unter oldenburgischer Verwaltung stehenden Staatsbahnen eine Freikarte, welche für die Dauer der Landtagsversammlung mit Einschluß etwaiger Vertagungen sowie für je vier Wochen vor der Eröffnung und nach dem Schlusse der Landtagsversammlung giltig ist.“ An Gepäck sind 25 kg frachtfrei.

Die Anträge 1 bis 31 mit Ausnahme der Anträge 12 und 28 sowie der Verbesserungsantrag Tappenbeck werden angenommen, darunter Antrag 17 mit 24, 24 mit 24, 26 mit 22 und 30 mit 29 Stimmen.

Die Anträge 12 und 28 sowie die Verbesserungsanträge des Regierungsbevollmächtigten sowie der des Abg. Feigel werden abgelehnt.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen:

1. des Magistrats und Gemeinderats der Stadt Gutin,
2. des Stadtmagistrats Schwartau,
3. des Stadtmagistrats Ahrensböck,
4. des Bürgervereins zu Schwartau,
5. der Gemeinde Stockelsdorf,
6. des Bürgervereins der Gemeinde Malente,
7. des Bürgervereins der Stadt Gutin,

betreffend die Zusammensetzung des Provinzialrats und des Landesausschusses.

Berichtersteller: Abg. Bull.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Wirtevereins für das Fürstentum Lübeck, betreffend Regelung der Tanzsonntage und die Anwesenheit von Kindern bei Vereinsfestlichkeiten.

Berichtersteller: Abg. Bull.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Freiherrn von Hammerstein in Abentheuer bei Birkenfeld, betreffend Abänderung des Artikels 10 des Wegegesetzes für das Fürstentum Birkenfeld.

Berichtersteller: Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats Rüstingen um Beseitigung oder Milderung der für Rüstingen aus dem Brandlassengesetz in Aussicht stehenden schweren Schädigungen.

Berichtersteller: Abg. Schulz.

Der Antrag 2 wird abgelehnt, dagegen der Antrag 1 angenommen.



13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller (Brake) um authentische Interpretation des § 92 des Schulgesetzes vom 4. Februar 1910.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Peti-

tion des Rechnungstellers — früheren Aktuargehilfen — W. v. d. Bring in Brake, betreffend Beschwerde über Rechtspredung der Gerichte in seiner Privatklage gegen den Redakteur Thole in Vehta.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Betel).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 7. März 1913.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 7. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und erteilt dem Abg. Schipper das Wort zur Verlesung des Protokolls über die vorausgegangene Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. ärztliche Ueberwachung der Schulkinder. 2. Lesung. (Anlage 47.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 8 wird mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 9 ist damit erledigt.

Zum Antrag 2 wurde vom Regierungsbevollmächtigten folgender Verbesserungsantrag gestellt:

Zum Antrag 2 des Ausschusses beantrage ich, im Absatz 3 des § 1 zwischen den Worten „eine“ und „Abweichung“ einzufügen „wesentliche“.

Der Antrag 2 des Ausschusses mit dem Verbesserungsantrage des Regierungsbevollmächtigten wurde gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 3 ist damit erledigt.

Zum Antrag 4 des Ausschusses stellte der Regierungsbevollmächtigte folgenden Verbesserungsantrag:

Zum Antrag 4 des Ausschusses beantrage ich, im Absatz 4 des § 1 die Worte „und dem Kreischulinspektor“ zu streichen.

Der Antrag 4 mit dem Verbesserungsantrag des Re-

gierungsbevollmächtigten wurde mit 27 Stimmen angenommen.

Der Antrag 5 ist damit erledigt.

Der Antrag 6 wurde mit 26 Stimmen angenommen. Damit ist Antrag 7 erledigt.

Der Antrag 10 wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 19 Stimmen angenommen.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Möller, Müller (Brafe), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten: Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Frieden, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Müller (Muhhorn), Pefeler, Plate, Schröder, Westendorf.

Der Antrag 11 ist damit erledigt.

Die Anträge 12 und 13 wurden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über

1) den Entwurf eines Handelskammergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld,

2) den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aufhebung des Gewerberats und der Abgabe von den Steinversteigerungen.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag 1 des Ausschusses wurde angenommen.
Der Antrag 2 wurde abgelehnt.
Der Antrag 3 wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen

1) des Eigners Johann Heinr. Meyer zu Cloppenburg,
2) des Ritters Bernhard Hagestedt zu Habbrügge
um Bewilligung der Veteranenbeihilfe.

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Landmanns Hans Drückhammer in Ahrensböök vom 31. Januar 1913 um Nachprüfung der Rechtsbeständigkeit des Artikels 19 des Kieler Vertrages vom 23. Februar 1867 gemäß Artikel 141 des Staatsgrundgesetzes und Artikel 13 § 1 des Inkorporierungsgesetzes vom 25. März 1870.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vereins der Viehhändler im Herzogtum Oldenburg, betr. das Rörungsweisen im Bezirke des Severländischen Herdbuchvereins.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Zum Ausschußantrage ist folgender Verbesserungsantrag des Abg. Schipper eingereicht:

Ich beantrage, der Landtag wolle die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen, ferner folgender Verbesserungsantrag des Abg. Tanzen (Nordenkirchen):

Der Landtag wolle es für sehr bedenklich erklären, wenn die Geschäfte der staatlichen Verbandskommission in Zukunft Herdbuchvereinen übertragen und, wo die Uebertragungen bereits erfolgten, fernerhin belassen werden, wenn der betreffende Herdbuchverein, wie z. B. der Severländische, die Mitgliedschaft von dem Stande des Aufnahmefuchenden oder seiner Zugehörigkeit zu irgend einem privaten Verein abhängig macht.

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, eine Nachprüfung der Satzungen der in Frage kommenden Herdbuchvereine vorzunehmen, Satzungsänderungen eventuell zu veranlassen und den Herdbuchvereinen, die die verlangten Änderungen der Satzungen verweigern, die fernere Wahrnehmung der Geschäfte der staatlichen Verbandskommission zu entziehen.

Beide Ausschußanträge wurden abgelehnt.

Der Verbesserungsantrag des Abg. Schipper wurde mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Der Verbesserungsantrag des Abg. Tanzen (Nordenkirchen) wurde abgelehnt.

6. Mündlicher Bericht über den selbständigen Antrag des Abg. Feldhus, betr. Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Uebernahme des Kunstgewerbemuseums und des naturhistorischen Museums auf den Staat. (Anlage 58.)

und

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage 59, betr. Verordnung vom 19. November, einen Zusatz zum Artikel 28 des Hausgesetzes für das Großherzogtum betr. (Anlage 59.)

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Antrag 1 wird mit 29 Stimmen angenommen.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Antrag 3 wird mit der Aenderung angenommen, daß statt der Zahl „20000“ „18000“ gesetzt wird.

Der Antrag 4 und der Ausschußantrag über die Anlage 59 wurden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 78, betr. Tauschvertrag zwischen der Staatsregierung und dem Landmann Frerichs in Aftede.

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch des Theodor Carstens zu Neugarmstiel um Erlangung einer Fläche von den Garmser Staatsländereien gegen jährliche Grundrente oder Erbpacht.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Sodann wird zunächst über Punkt 21 der Tagesordnung:

21. Wiederholung der Abstimmung über den Eventualantrag des Abg. Schmidt (Zetel) zum Antrage 1 des Ausschusses im Berichte über die Petition des Magistrats Nordenham

verhandelt.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Brumund, Dannemann, Dörr, Gerdes, Hollmann, Hug, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nordenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Berding, Bull, Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Fid, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Jordan, Kleen, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Pefeler, Rebenstorf, Schröder, Schulz, Westendorf.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten Dursthoff, v. Fricke.

Sodann wurde der Verbesserungsantrag des Abg. Schipper zu Punkt 5 (Petition der Viehhändler) in namentlicher Abstimmung wiederholt und mit 25 gegen 19 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Bull, Dörr, Dursthoff, Enneking,



Sick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Schulz, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nordenkirchen), Wessels.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Berding, Dannemann, Driver, Feigel, Feldhus, Hartong, Henn, Hollmann, Kbnia, Koopmann, Lanje, Mohr, Müller (Nuzhorn), Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Schröder, Tappenbeck, Westendorf.

Bei der Abstimmung fehlte der Abg. v. Fricke.

Punkt 10 der Tagesordnung wird abgesetzt.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Bau und den Betrieb einer Eisenbahn von Neustadt i. H. nach Schwartau und über die Nebenanlage A, betr. den Abschluß eines Staatsvertrages zwischen Preußen und Oldenburg wegen Herstellung dieser Bahn. 1. Lesung. (Anlage 79.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 7. März, nachmittags 3 Uhr, zu stellen.

12. Bericht des Besoldungsausschusses über das Gesuch der Werkmeister-Aufseher an den Strafanstalten in Wehtha, betr. Besserstellung im Gehalt.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

13. Bericht des Besoldungsausschusses über das Gesuch des Vorstandes der Vereinigung der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehilfen des Herzogtums Oldenburg um Gehaltserhöhung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

14. Mündlicher Bericht des Besoldungsausschusses über die Bitte der Lehrer a. D. Kreymborg und Blömer in Wehtha um Einkommensverbesserung der Witwen und Waisen verstorbenen Beamten und Lehrer, sowie der pensionierten Beamten und Lehrer.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Besoldungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 20. April 1911 und die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. 2. Lesung. (Anlage 64.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

16. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition älterer Lehrer, betr. Aenderung des § 33 des Lehrerbefoldungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

17. Mündlicher Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition des Hauptlehrers Heinrich Fortmann in Cloppenburg, betr. Feststellung seines Höchstgehalts.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

18. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petition der Vereinigung der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehilfen des Herzogtums, betr. Erhöhung ihrer Dienstvergütung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

19. Wahl eines aus 3 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur beratenden Mitwirkung bei der Bauausführung des Landtagsgebäudes.

Die bisherigen Mitglieder Präsident Schröder und die Abgeordneten Tappenbeck und Hug wurden wiedergewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl an.

Punkt 20 der Tagesordnung: Wiederholung der Abstimmung über den Verbesserungsantrag Tanzen (Stollhamm) zum Antrage 4 des Berichts, 2. Lesung, über die Vorlage 60 wird abgesetzt, da eine Wiederholung der Abstimmung nicht zulässig ist.

Sodann wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

22. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage vom 24. Februar d. J.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 5 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 18. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 8. März 1913.

Schröder.

Dannemann.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achtzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 8. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Vor der öffentlichen Sitzung fand eine vertrauliche Sitzung statt.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit verlas der Abg. Dannemann das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben wurden.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, wie folgt:

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Bau und den Betrieb einer Eisenbahn von Neustadt (Holst.) nach Schwartau und über die Nebenanlage A, betreffend den Abschluß eines Staatsvertrages zwischen Preußen und Oldenburg wegen Herstellung dieser Bahn. 2. Lesung. (Anlage 79.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorf.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Besteuerung kinematographischer Vorstellungen. 2. Lesung. (Anlage 77.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur

Änderung der Geschäftsordnung des Landtags. 2. Lesung. (Anlage 37.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag 1 wird mit 21 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Antrag 3 wird mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 5 wird abgelehnt.

Der Antrag 4 wird gegen 14 Stimmen angenommen.

Der Antrag 6 wird angenommen.

Der Antrag 7 wird abgelehnt.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Kottenarbeiter der Bahnmeistereien 4 und 4a.

Berichterstatter: Abg. Meyer.

und

6. Bericht des Besoldungsausschusses über das Gesuch der Hilfswärter und Kottenarbeiter der Bahnmeisterei Nordensham über Lohnerhöhung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag 1 wird mit 25 gegen 13 Stimmen angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Ankauf von Landflächen bei Barsbüttel. (Anlage 70.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird mit der Maßgabe



angenommen, daß anstatt „144300 M“ gesetzt wird „152000 M“.

Auf Ersuchen des Präsidenten erklärte der Minister, Erzellenz Scheer, im Namen des Großherzogs den Landtag für geschlossen. In das vom Präsidenten darauf ausgebrachte

Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog stimmte der Landtag begeistert ein. Hierauf dankte der Abg. Henn im Namen des Landtags dem Präsidenten für die unparteiische Leitung und brachte ein Hoch auf denselben aus.

Schluß der Sitzung 12¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXII. Landtags, 2. Versammlung, am 8. März 1913.

Schröder.

Tanzen.

Pefeler.

Schipper.

Dannemann.



Protokolle

über die

Verhandlungen der 3. Versammlung

des

XXXII. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1914.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen.

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 4. November 1913, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn.

Der Abgeordnete Henn übernimmt als ältester den Vorsitz und ernannt zu Schriftführern die Abgg. Bekeler und Dannemann.

Seitens der Staatsregierung werden durch den Regierungsvertreter die Wahllisten übergeben.

Bei Verlesung des Verzeichnisses der Abgeordneten wird festgestellt, daß die Abgg. Dörr, Heller, Hug und Nebenstorf entschuldigt fehlten.

Es wird nunmehr in die Prüfung der Wahllisten eingetreten und deshalb die Sitzung auf 5 Minuten ausgesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 1. Dezember 1913.

Schröder.

Bekeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite vorläufige und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 4. November 1913, vormittags 11¹/₄ Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn, dann: Präsident Schröder.

Der Alterspräsident eröffnet die Sitzung. Es wurde nun in die Prüfung der Wahlakten eingetreten. Der Berichterstatter, Abg. Müller (Brake), hat nichts wesentliches zu bemerken und wird daher die Wahl des Abg. Buddenberg für nicht beanstandet erklärt.

Darauf eröffnete Minister Kuhstrat I, Excellenz, im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die dritte Versammlung des 32. Landtags.

Nunmehr wird zur Wahl des Präsidenten geschritten. Gewählt wird mit 39 Stimmen der Abg. Schröder, und zwar auf Antrag des Abg. Müller (Brake) auf die Dauer von zunächst 4 Wochen.

Zum Vizepräsidenten wird der Abg. Tanzen (Stollhamm) mit 38 Stimmen gewählt.

Zu Schriftführern wurden durch Zuzuf die Abgg. Dannemann, Schipper und Pefeler gewählt. Sämtliche nahmen die Wahl an.

Es erfolgt nun die Vereidigung des Abg. Buddenberg.

Der Abg. Tappenbeck bringt folgenden genügend unterstützten Antrag ein:

Der Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung (Anlage 3), wird wie folgt geändert:

I. am Anfange des Entwurfs wird eingefügt:

1. Artikel 13 § 3 erhält folgende Fassung:

§ 3.

Bei jeder Wahl werden ferner Ersatzmänner, und zwar in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern drei, in Gemeinden über 2000 Einwohnern sechs

und in solchen Gemeinden über 2000 Einwohner, in denen die Gemeindevertretung aus 24 Mitgliedern besteht, neun, auf zwei Jahre gewählt, von denen zwei Dritteile Grund- oder Hausbesitzer im Sinne des Artikels 11 sein müssen.

II. Die bisherigen Ziffern 1 bis 5 erhalten die Ziffern 2 bis 6.

Der Abg. Tanzen (Stollhamm) bringt folgenden genügend unterstützten Antrag ein:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage, wenn irgend möglich, in seiner jetzigen Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht, auf der Grundlage des im Auftrage des Großherzoglichen Ministeriums des Innern veröffentlichten Kommissionsentwurfs eines Fortbildungsschulgesetzes vorzulegen.

Der Abg. Tappenbeck stellt folgenden genügend unterstützten Antrag:

Zur Verarbeitung der Vorlagen werden 4 Ausschüsse gebildet, und zwar ein Finanzausschuß, ein Verwaltungsausschuß, ein Eisenbahnausschuß und ein Sonderausschuß. Im Interesse einer raschen Erledigung der Landtagsgeschäfte ist eine zweckmäßige Arbeitseinteilung dringend erwünscht. Eine solche wird sich durch die Bildung von 4 Ausschüssen erreichen lassen.

Der Antrag wird mit 25 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Abg. Driver stellt den Antrag:

Ich beantrage die Wahl von 3 Ausschüssen, eines Finanz-, Verwaltungs- und Eisenbahnausschusses.

Der Antrag des Abg. Driver wurde angenommen.

Für den ausgeschiedenen Abg. Schulz tritt der Abg. Buddenberg ein.

Sodann wurde das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen und der Petitionen verlesen und verteilt:

A. Verzeichnis der Vorlagen:

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906.
Finanzausschuß.
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Vermögenssteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906.
Finanzausschuß.
3. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung.
Verwaltungsausschuß.
4. Entwurf abändernder Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1878 abgeschlossenen Vertrage.
Verwaltungsausschuß.
5. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
6. Mitteilung der Zentral- und Landeskasse pp. Rechnung für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
7. Schreiben, betreffend Anstellung eines weiteren Hilfsbeamten bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.
8. Schreiben, betreffend Ankauf des Grundstücks Wilhelmstraße Nr. 11 in Oldenburg.
Finanzausschuß.
9. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
10. Schreiben, betreffend Wahl eines Mitgliedes für die verstärkte Obererfaktkommission für das Herzogtum Oldenburg.
Plenum.
11. Schreiben, betreffend Anstellung eines weiteren Oberlehrers an der Navigationschule in Elsfleth.
Verwaltungsausschuß.
12. Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1914.
Eisenbahnausschuß.
13. Schreiben, betreffend Ernennung der Regierungsbevollmächtigten.
ad acta.
14. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Wegeordnung für das Herzogtum Oldenburg vom 16. Februar 1895.
Verwaltungsausschuß.
15. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 25. März 1879 über die Anlegung oder Veränderung von Straßen und Plätzen in den Städten und größeren Orten.
Verwaltungsausschuß.
16. Schreiben, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Ersparungskasse seit 4. Oktober 1912.
Verwaltungsausschuß.
17. Nachweisung über die Verwendung der zu § 8 des Landesfinanzvoranschlags des Herzogtums Oldenburg, zu § 6 des Landesfinanzvoranschlags des Fürstentums Lübeck und zu § 6 des Landesfinanzvoranschlags des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1913 bewilligten Mittel (Unterstützungen an Witwen von Zivilstaatsdienern pp., die vor 1903 gestorben sind).
Finanzausschuß.
18. Schreiben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
19. Schreiben, betreffend Nachbewilligung zum Voranschlag des Herzogtums — § 267a — (Anschluß der Amtsschließerei sowie des Amts- und Amtsgerichtsgebäudes in Jever an die Fettiötter'sche Wasserleitung).
Finanzausschuß.
20. Schreiben, betreffend den schätzungsweisen Ausfall an Kosten für die drei Landesteile durch Einführung des Notariats.
Verwaltungsausschuß.
21. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage.
Verwaltungsausschuß.
22. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
23. Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
24. Schreiben, betreffend Bürgschaftsleistung für Bau- und Meliorationsdarlehen an Kolonisten der Staatlichen Kreditanstalt gegenüber zu Lasten des Landeskulturfonds.
Finanzausschuß.
25. Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1914.
Eisenbahnausschuß.
26. Schreiben, betreffend den Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1912, Bewilligung zweier weiterer Zivilstaatsdienerstellen bei derselben, sowie Genehmigung der Ueberschreitungen bei Herstellung des Geschäftsgebäudes.
Finanzausschuß.
27. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Großherzogtum vom 11. Januar 1873, betreffend den Schutz nützlicher Vögel.
Verwaltungsausschuß.



28. Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.
29. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Abänderung des Gesetzes vom 27. April 1912, betreffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder.
Verwaltungsausschuß.
30. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Abänderung der Gemeindeordnung vom 28. März 1876.
Verwaltungsausschuß.
31. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Landesparkasse zu Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.

B. Petitionen.

1. Petition der Gastwirtsgehilfen, Gau Nordwest-Deutschland, betr. Ausdehnung der Bundesrats-Verordnung für das Gastwirtsgewerbe auf das gesamte Personal.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition der Oldenb. Kreisvereine des Verbandes

Deutscher Handlungsgehilfen, Sitz Leipzig, zum Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes.

3. Petition des Vereins der pensionierten Eisenbahn-Beamten in Oldenburg, betr. Erhöhung der Pensionen.
Eisenbahnausschuß.
4. Petition des Oldenb. Landeslehrervereins, betr. Ferien und Jahresluß der Schulen.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition der Handarbeitslehrerinnen des Fürstentums Birkenfeld, betr. Neuregelung ihrer Besoldung.
Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Stadtmagistrats und Stadtrat in Bad Schwartau, betr. Ablehnung der Steuerhöhung für Ledige.
Finanzausschuß.
7. Petition der Oldenb. Beamtenwitwen, betr. Erhöhung des Witwengeldes.
Verwaltungsausschuß.

Dem Finanzausschuß werden überwiesen die Vorlagen 1, 2, 5, 6, 8, 9, 17, 18, 19, 22, 23, 24, 26 und 32, dem Verwaltungsausschuß die Vorlagen 3, 4, 7, 11, 14, 15, 16, 20, 21, 27, 28, 29, 30 und 31, dem Eisenbahnausschuß die Vorlagen 12 und 25; die Vorlage 10 wurde dem Plenum überwiesen und 13 ad acta gelegt.

Schluß der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 1. Dezember 1913.

Schröder.

Peteler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogl. Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 1. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung; der Schriftführer Abg. Bekeler verliest das Protokoll der 1. Sitzung; Schriftführer Abg. Schipper teilt die Eingänge mit:

1. Vorlage 33 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Landeskasserechnung für das Fürstentum Birkenfeld für 1910.
Finanzausschuß.
2. Petition des Kolonisten Wilh. Bingle in Wildenlohsmoor, betreffend gewaltsame Lageverschlechterung und Lastensteigerung.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins von 1840 in Oldenburg, betreffend Einführung des Notariats.
Verwaltungsausschuß.
4. Vorlage 35 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Berichtigung der Eisenbahn-Grundstücks- und Gebäudeverzeichnisse der Landtagsregistratur nach dem Stande der Katasterfortschreibung für das Steuerjahr 1913.
Eisenbahnausschuß.
5. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betreffend Vertretung der Lehrer im Schulvorstande.
Verwaltungsausschuß.
6. Vorlage 37 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Kronvermögensrechnungen der drei Provinzen für 1912.
Finanzausschuß.
7. Vorlage 38 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen.
Verwaltungsausschuß.
8. Petition des Stadtmagistrats in Bad Schwartau, betreffend Zurückziehung seiner Eingabe, betreffend Ledigensteuer.
Verwaltungsausschuß.
9. Petition des Vereins der Eisenbahnweichensteller, betreffend Erhöhung der Stellwerksprämie für die nicht angestellten Stellwerkswärter.
Eisenbahnausschuß.
10. Vertrauliche Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung.
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betreffend Wünsche für die Neugestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts am Seminar.
Verwaltungsausschuß.
12. Petition des Hauptlehrers Paul Brenner in Herrstein, betreffend Beseitigung einer Geseßshärte im Schulgesetz.
Verwaltungsausschuß.
13. Vorlage 32 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.

14. Vorlage 36 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein.
Finanzausschuß.
15. Petition des Vereins der Kohlenarbeiter bei der Großherzoglichen Eisenbahndirektion hier, betreffend Erhöhung des Stundenlohnes und Lieferung von Dienstkleidung.
Eisenbahnausschuß.
16. Petition der Stadtbürgermeisterei Oberstein, betreffend Amtsgerichtsgebäude in Oberstein.
Finanzausschuß.
17. Petition von Eingefessenen der Gemeinde Garrel, betreffend Chausseebauprojekt der Gemeinde Garrel.
Finanzausschuß.
18. Vorlage 40 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Erhöhung der Summe für Landerverwahrungen von 10 000 *M* auf 15 000 *M* im Voranschlag der Staatsgutskapitalienkasse des Fürstentums Lübeck.
Finanzausschuß.
19. Vorlage 41 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Landesfasserechnung für das Fürstentum Lübeck für 1910 pp.
Finanzausschuß.
20. Vorlage 42 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Veräußerung eines 5 ha großen Teils des Forstorts Krayenbruch.
Finanzausschuß.
21. Petition des Vorstandes der Gruppe der Güter- und Stationsarbeiter hier, betreffend Gewährung von Dienstkleidung für die Gütervorarbeiter.
Eisenbahnausschuß.
22. Petition des Schulvorstandes und Stadtmagistrats in Nordenham, betreffend Schulferien und Schulausschuß.
Verwaltungsausschuß.
23. Petition der Fischer in Nord-Brake, betreffend Herstellung eines Landungssteiges und einer Zuwegung am nördlichen Ende des Braker Piers.
Finanzausschuß.
24. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend den Einkommensteuergesetzentwurf.
Finanzausschuß.
25. Petition des Katholischen Lehrervereins, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
26. Vorlage 34 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1911/12 und der Gemeinden der Fürstentümer für 1911.
Finanzausschuß.
27. Petition der Bürgermeisterei zu Herrstein und der Gemeinderäte zu Mörschied, Weiden, Verschweiler, Niedermörresbach, Obermörresbach, Niederhosenbach, Wickenrodt, Oberhosenbach und Sonnshied, betreffend Errichtung eines Amtsgerichts in Herrstein.
Finanzausschuß.
28. Vorlage 39 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Verstaatlichung des Landesgewerbemuseums.
Finanzausschuß.
29. Vorlage 46 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gehalt des Obertierarztes.
Verwaltungsausschuß.
30. Vorlage 47 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Anstellung eines rechtskundigen Hilfsbeamten bei der Großherzoglichen Regierung in Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.
31. Petition der Schiefergrubenbesitzer von Bundenbach, betreffend Bahnbau von Kirn nach Rhauen durch das Hahnenbachtal.
Verwaltungsausschuß.
32. Petition des Vereins der Oldenburgischen Lehrerinnen und Bezirksvereins Oldenburg des Vereins katholischer Deutscher Lehrerinnen, betreffend Ledigenzuschlag.
Finanzausschuß.
33. Petition des Vereins Oldenburgischer Lehrerinnen in Oldenburg, betreffend Ferienordnung.
Verwaltungsausschuß.
34. Petition der Stadt Idar und der Gemeinden Tiefenstein, Algenrodt, Mackenrodt, Hattenrodt, Kirschweiler, Herborn, Weitsrodt, Regulshausen und Vollmersbach, betreffend Errichtung des Neubaus des Amtsgerichts Oberstein auf dem Grundstücke des Landesverbandes am Klogberg in Idar.
Verwaltungsausschuß.
35. Petition des Schulvorstandes der evangelischen Volksschulen in Brake, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
36. Vorlage 43 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend
1. Aenderung des Vermögenssteuergesetzes vom 29. April 1908,
2. Aenderung des Stempelsteuergesetzes vom 14. Mai 1908.
Finanzausschuß.
37. Vorlage 44 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
38. Vorlage 51 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend
a) Errichtung von Realgymnasien in Rüstingen und Oldenburg und eines Realprogymnasiums in Cloppenburg sowie
b) Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung.
Verwaltungsausschuß.
39. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Errichtung einer Kammer für Handelsfachen in Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.

40. Petition des Haus- und Grundbesitzervereins für das Stadtgebiet Oldenburg, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
41. Petition des Verbandes der Oldenburgischen Nordseebäder und Luftkurorte, betreffend Unterstützung.
Finanzausschuß.
42. Petition des Vereins selbständiger Kaufleute und Kolonialwarenhändler in Delmenhorst, betreffend
1. Heranziehung der Konsumvereine zur Einkommensteuer und zu den Kommunalabgaben,
2. Ersetzung der Steuerformulare, Muster 7, durch einfache, für jedermann verständliche Formulare,
3. schnellere Erledigung der Steuerrollenreklamationen,
4. Milderung der im § 10 angedrohten Strafbestimmungen,
5. Zulassung von Rechtsanwälten beim Landgericht in Oldenburg.
Finanzausschuß.
43. Petition des Hinr. Paradies und Genossen in Neuenwege, betreffend Herstellung eines Ladegleises auf der Haltestelle Neuenwege.
Eisenbahnausschuß.
44. Petition der Gemeinde Lönningen, betreffend Haferegulierung.
Finanzausschuß.
45. Petition der Gemeinde Lönningen, betreffend Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das ehemalige Amt Lönningen.
Verwaltungsausschuß.
46. Petition des Stadtmagistrats Rüstingen, betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes (Steuererklärungsfrist und Steuerpflicht betreffend).
Finanzausschuß.
47. Petition des Fahrbeamtenvereins „Fahrzeit“, betreffend Schaffung von Zugführerstellen 1. und 2. Klasse.
Eisenbahnausschuß.
48. Vorlage 45 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Voranschlag der Staatsgutskapitalientasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
49. Vorlage 49 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis dahin 1913 im Bestande des Staats- und Kronguts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen.
Finanzausschuß.
50. Vorlage 52 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Abänderungsgesetz zum Gesetz vom 25. März 1913 für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Schuldbuchs der Staatlichen Kreditanstalt für das Herzogtum Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.
51. Vorlage 53 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld wegen Abänderung des Fischereigesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 25. März 1879.
Verwaltungsausschuß.
52. Vorlage 56 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Bau einer Chaussee zur weiteren Aufschließung des Lengener Moores.
Finanzausschuß.
53. Petition des Vereins der Weichenwärter hier, betreffend Umwandlung der Stellwerkszulage der Stellwerkswärter in festen Gehaltsbezug.
Eisenbahnausschuß.
54. Petition der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend das Einkommensteuergesetz.
Finanzausschuß.
55. Vorlage 48 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der beiden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.
Finanzausschuß.
56. Petition des Birkenfelder Landeslehrervereins, betreffend Ferienordnung der Volksschulen des Fürstentums Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.
57. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Sillenstede, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
58. Vorlage 59 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Ankauf des Thymn'schen Hauses in Hookfiel und dessen Umbau.
Finanzausschuß.
59. Vorlage 60 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Herstellung einer Ladevorrichtung für kleinere Fahrzeuge vor der Kaje zu Brake.
Finanzausschuß.
60. Vorlage 61 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gewährung eines Beitrags zu den Kosten der Vorarbeiten für einen Moorfanal in beteiligten linksweiserischen Sielachten.
Finanzausschuß.
61. Petition des Schulvorstandes von Wüppels, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
62. Petition des Bürgervereins Nordenham, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
63. Petition des Gemeinderats zu Ohmstede, betreffend Gesetzentwurf über Aenderung der Begeordnung des Herzogtums.
Verwaltungsausschuß.
64. Vorlage 50 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für 1912.
Finanzausschuß.
65. Vorlage 54 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Verkoppelungsgesetz für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.



66. Vorlage 55 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Einrichtung eines Staatsschuldbuchs des Herzogtums Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.
67. Petition des Stadtmagistrats Cutin, betreffend Aenderung des Artikels 57 der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
68. Petition des Schulvorstandes Rüstingen, betreffend Volksschulferien und Verlegung des Schuljahres.
Verwaltungsausschuß.
69. Petition des Stadtmagistrats zu Brake, betreffend Regelung des höheren Schulwesens.
Verwaltungsausschuß.
70. Petition des Stadtmagistrats zu Oldenburg, betreffend Schulferien.
Verwaltungsausschuß.
71. Petition des Bürgervereins zu Oldenburg, betreffend desgleichen.
Verwaltungsausschuß.
72. Vorlage 58 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums Oldenburg im Forstbetriebsjahre 1. Juli 1912/13.
Finanzausschuß.
73. Petition des Handelsvereins zu Cloppenburg, betreffend Einführung des Notariats.
Verwaltungsausschuß.
74. Vorlage 57 der Großherzoglichen Staatsregierung, betreffend Gesetzentwürfe für das Fürstentum Lübeck
1. betreffend anderweitige Einrichtung des Provinzialrats,
2. betreffend Abänderung der Gemeindeordnung.
Verwaltungsausschuß.

Abg. Müller (Nuhorn) beantragt, daß Punkt 8 von der Tagesordnung abgesetzt wird, weil hierzu nachträglich eine Petition eingegangen ist. Der Antrag wird angenommen.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1878 abgeschlossenen Vertrage. (Anlage 4, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über Mitteilung des Staatsministeriums, betreffend Ueberweisung von Ueberschüssen der Landesparlasse. (Anlage 16.)

Berichterstatter Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 8 der Staatsregierung, betreffend Ankauf eines Grundstücks in Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Bürgerschaftsübernahme des Landeskulturfonds. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch der oldenburgischen Beamtenwitwen um Erhöhung des Witwengeldes.

Berichterstatter: Abg. Berding.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Wahl des Präsidiums.

Vizepräsident Tanzen übernimmt den Vorsitz.

Zum Präsidenten wird der Abg. Schröder mit 43 Stimmen gewählt.

Präsident Schröder übernimmt wieder den Vorsitz.

Zum Vizepräsidenten wird der Abg. Tanzen (Stollhamm) mit 42 Stimmen gewählt.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Birkenfeld. 1. Lesung. (Anlage 30, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 28.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Sämtliche Anträge des Ausschusses werden angenommen, darunter Anträge 15 und 16 mit 28 Stimmen und Antrag 18 mit 37 Stimmen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Landesparlasse zu Birkenfeld. 1. Lesung. (Anlage 31.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, darunter Antrag 4 mit 27 gegen 17 Stimmen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Großherzogtum vom 11. Januar 1873, betreffend den Schutz nützlicher Vögel. 1. Lesung. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Aenderung des Gesetzes vom 27. April 1912, betreffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder. 1. Lesung. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Anstellung eines Hilfsarbeiters bei der Staatsanwaltschaft zu Oldenburg. (Anlage 7.)

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Antrag des Ausschusses wird einstimmig angenommen.



13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betreffend Anstellung eines weiteren Oberlehrers an der Navigationschule in Elsfleth. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Rodenkirchen).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Aufstellung von Seiten der Staatsregierung, betreffend Einnahmen der Kassen der drei Landesteile aus den Zweigen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die nach Einführung des Notariats auch zur Zuständigkeit der Notare gehören würden. (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Die Anträge 1 und 3 werden angenommen, darunter der Antrag 1 in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 18 Stimmen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten Dursthoff, Feigel, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schmidt (Zetel), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Wessels, Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten Dannemann, Driver, Enneking, Feldhus, v. Fricken, Hartong, Henn, Hollmann, König, Kooptmann, Lanje, Mohr, Pefeler, Plate, Schipper, Schröder, Westendorf, Verding.

Es fehlten bei der Abstimmung die Abgeordneten Dörr, Müller (Ruhhorn), Schmidt (Delmenhorst) und Tappenbeck.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Landeslehrervereins, betreffend Vertretung der Lehrer im Schulvorstand.

Berichterstatter: Abg. Möller.

Der Antrag 2 des Ausschusses wird angenommen mit 18 gegen 15 Stimmen; der Antrag 1 mit 16 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Der Antrag 3 ist damit erledigt.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Verbandes der Gastwirtsgehilfen um Ausdehnung der Bundesrats-Verordnung für das Gastwirtsgewerbe auf das gesamte Personal.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag 1 wird angenommen, damit ist Antrag 2 erledigt.

17. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1914. (Anlage 22.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge 1 bis 6 werden angenommen.

Schluß der Sitzung 12¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 10. Dezember 1913.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach der Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Schipper das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Sodann wurden vom Schriftführer Pefeler folgende Eingänge bekannt gegeben:

1. Petition des Eisenbahn-Büro-Beamten-Vereins zu Oldenburg, betreffend Vermehrung der Stellen in der 1. Gehaltsklasse bei der Eisenbahnverwaltung. Eisenbahnausschuß.
2. Petition des Oldenburger Künstlerbundes, betreffend Unterstützung seiner Bestrebungen. Finanzausschuß.
3. Petition des Vorstandes
 - a) des Osterburger Bürgervereins,
 - b) des Bürgervereins Osterburg-Süd,
 - c) des Bürgervereins Drielakermoor,betreffend Errichtung eines Realgymnasiums in Oldenburg. Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Vereins oldenburgischer Bürgerschullehrer, betreffend Ferienlage und Feriendauer sowie Jahresschluß der Schulen. Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Stadtmagistrats Varel, betreffend desgleichen. Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Zahlstelle Delmenhorst, betreffend Neuregelung der Bestimmungen über das Gastwirtsgewerbe. Verwaltungsausschuß.
7. Petition des Vereins der Lokomotivheizer hier selbst, betreffend Gewährung einiger Zivilstaatsdienerstellen. Eisenbahnausschuß.
8. Petition der Gemeinde Emstef, betreffend Fortbildungsschulgesetz. Verwaltungsausschuß.
9. Vorlage 62 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Gesetzes über die Organisation der Eisenbahnverwaltung vom 25. März 1908. Eisenbahnausschuß.
10. Petition des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, Ortsverein Nordenham, betreffend Revision der Bestimmungen über das Wirtschaftsgewerbe. Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Stadtmagistrats Brake, betreffend Zurückziehung seiner Eingabe vom 27. November d. J. Verwaltungsausschuß.
12. Petition des Stadtmagistrats Brake, betreffend Regelung des höheren Schulwesens. Verwaltungsausschuß.

13. Petition der Einwohner der Kolonie Idafehn, betreffend Verbindung mit Strücklingen (Bau einer einfachen Brücke über den Westkanal).
Finanzausschuß.
14. Petition des Schifferverbandes „Unterweser“, betreffend Transporte auf dem Wasserwege für oldenburgische Staatsbauten.
Finanzausschuß.
15. Petition des Bürgervereins Oberstein, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
16. Petition des Schulvorstandes der Gemeinde Eversten, betreffend desgleichen.
Verwaltungsausschuß.
17. Petition des Stadtmagistrats Elsfleth, betreffend desgleichen.
Verwaltungsausschuß.
18. Petition des Handelsvereins für Cloppenburg und Umgegend, betreffend Umbau des Eisenbahnempfangsgebäudes und Güterschuppens in Cloppenburg.
Eisenbahnausschuß.
19. Vorlage 64 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Herstellung eines Liegeplatzes für das 3. Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins bei Elsfleth auf Kosten des Wasserfonds.
Finanzausschuß.
20. Petition des Vorstandes der Realschule in Varel, betreffend Errichtung von Vollarstanlagen.
Verwaltungsausschuß.
21. Petition des Verbandes freier Gast- und Schankwirte, Ortsverein Varel, betreffend Neuregelung der Bestimmungen für das Wirtschaftsgewerbe.
Verwaltungsausschuß.
22. Petition des Vorstandes des Bürgervereins der Gemeinde Holle, betreffend Errichtung eines Realgymnasiums in Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.
23. Petition des Gemeindevorstandes von Rodenkirchen, betreffend Regelung des höheren Schulwesens.
Verwaltungsausschuß.
24. Petition der vereinigten Rüstinger Bürgervereine, betreffend frühere Steuerschätzung und Ermöglichung vierteljährlicher Hebungen.
Finanzausschuß.
25. Petition des Vorstandes des Bürgervereins der Stadt Brake, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
26. Petition des Stadtmagistrats Elsfleth, betreffend Ausbau der Realschule zu Brake.
Verwaltungsausschuß.
27. Petition der Frau A. Fährde in Sande, betreffend Beschwerde über die Versagung der Genehmigung von regelmäßigen Tanzlustbarkeiten während der Wintermonate.
Verwaltungsausschuß.
28. Vorlage 63 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für das Jahr 1912.
Finanzausschuß.
29. Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Wiefelstede, betreffend Aufhebung der Chauffeegeldhebestellen.
Verwaltungsausschuß.
30. Petition des katholischen und evangelischen Schulvorstandes in Wehta, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1914. 1. Lesung. (Anlage 5.)

Antrag 1, Annahme der Einnahmen der §§ 1 bis 13, wurde angenommen.

Antrag 2, Annahme der Ausgaben der §§ 1 bis 25, wurde angenommen.

Antrag 3, Annahme der Bemerkungen 1 und 2, wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 12. Dezember d. J., abends 7 Uhr, einzureichen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1914. 1. Lesung. (Anlage 9.)

Antrag 1 wurde mit 41 gegen 1 Stimme angenommen.

Die Anträge 2 bis 8 wurden angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1914. 1. Lesung. (Anlage 9.)

Die Anträge 1 bis 11 wurden angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 11. Dezember 1913.

Schröder.

Befeler.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 11. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wurden folgende Eingänge verlesen:

1. Petition der Landgemeinde Elsfleth, betreffend den Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Arbeiter-Ausschusses der Großherzoglichen Eisenbahnwerkstätte um Neufestsetzung der Leistungen der Pensionskasse.
Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Vereins der Stationsvorsteher, Stationsassistenten und Telegraphisten und des Eisenbahn-Bureaubeamten-Vereins in Oldenburg, betreffend Schaffung der Beförderungsmöglichkeit für Stationsassistenten und Bureauassistenten.
Eisenbahnausschuß.
4. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Schweiburg, betreffend Ablehnung des Fortbildungsschulgesetz-Entwurfs.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition der Landgemeinde Elsfleth, betreffend Regelung des höheren Schulwesens.
Verwaltungsausschuß.

Daraufhin wird in die Tagesordnung eingetreten und in der Weiterberatung des Stats wie folgt verhandelt:

Die Anträge 12 und 12a bis 34 werden angenommen. Zum Antrage 35 ist folgender Verbesserungsantrag des Abg. Tappenbeck gestellt:

Die Staatsregierung wird ersucht zu prüfen, ob nicht die Beihilfen für Schulhausneubauten künftig nach dem Verhältnis der gegenwärtig aufzuwendenden Schulbaukosten zu der Höhe der von der Gemeinde aufzubringenden Gesamtsteuer zu bemessen ist.

Dieser Verbesserungsantrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag 35 fällt weg.

Die Anträge 36 bis 60 werden angenommen.

Der Antrag 61 wird mit 24 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Anträge 62 bis 89 werden angenommen.

Damit ist der Etat des Voranschlags für das Herzogtum erledigt.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 15. Dezember d. J., abends 7 Uhr, einzureichen.

Der Präsident beraumt die Sitzung auf Freitag, den 12. Dezember an und gibt deren Tagesordnung bekannt.

Schluß der Sitzung 1³/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 12. Dezember 1913.

Schröder.

Dannemann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 12. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung. Der Schriftführer Bekeler verliest das Protokoll der vorletzten Sitzung, Abg. Dannemann das der letzten Sitzung. Sodann werden die folgenden Eingänge mitgeteilt:

1. Petition des Stadtmagistrats zu Nordenham, betreffend Uebernahme der Nordenhamer Realschule auf den Staat und Ausbau derselben zu einer Oberrealschule.

Verwaltungsausschuß.

2. Petition des Gemeindevorstandes zu Zwischenahn, betr. Errichtung von ländlichen Pflichtfortbildungsschulen.

Verwaltungsausschuß.

Der Landtag erklärt sich mit der Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Nun wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Vorausschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1914. 1. Lesung. (Anlage 32.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Sämtliche Anträge des Finanzausschusses werden angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Vorausschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lüneburg für das Jahr 1914. 1. Lesung. (Anlage 44.)

Berichterstatter: Abg. Nebenstorff.

Zu § 51 wird nach Antrag 5 ein Antrag 5a eingeschaltet.

Sämtliche Anträge werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses

a) über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 25. März 1879 über die Anlegung oder Veränderung von Straßen und Plätzen in den Städten und größeren Orten — 1. Lesung —

b) über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend den unter a) genannten Gesetzentwurf und eine Neufassung des Artikels 8 des Gesetzes vom 25. März 1879. (Anlage 15.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Die 4 Anträge des Verwaltungsausschusses werden angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetze vom 25. März 1913 für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Schulbuches der Staatlichen Kreditanstalt. 1. Lesung. (Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag des Verwaltungsausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude. (Anlage 35.)

Berichterstatter: Abg. Dannemann.



Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend

- I. die Nachweisung über den Abschluß der Eisenbahnbetriebsklasse [Nebenanlagen A, B, C und D],
- II. den Voranschlag derselben Klasse für das Jahr 1914 [Nebenanlagen E und F]. (Anlage 12.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Die Anträge 1 bis 13 des Eisenbahnausschusses werden angenommen.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 24. Oktober 1913, betreffend

- I. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1912,
- II. eine Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel auf das Jahr 1913 übertragen sind,
- III. den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1914. (Anlage 25.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Die Anträge des Eisenbahnausschusses werden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1914. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge 1 bis 3 des Finanzausschusses werden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1914. (Anlagen 18 und 40.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die 3 Anträge des Finanzausschusses werden angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 42 der Staatsregierung, betreffend Veräußerung eines Teils des Forstorts Krayenbruch. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betreffend Wünsche für eine Neugestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts am Seminar.

Auf Antrag des Abg. Tanzen (Heering) wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinde Lönigen um Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das ehemalige Amt Lönigen.

Auf Antrag des Abg. König wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und an den Ausschuß zurückverwiesen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Herstellung einer Ladevorrichtung für kleinere Fahrzeuge vor der Kaje zu Brake. (Anlage 60.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch der in Nord-Brake wohnhaften Fischer, betreffend Herstellung eines Landungsstegs und einer Zuwegung am nördlichen Ende des Braker Piers.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Vorarbeiten für einen Moor kanal in den linksweyerischen Sielachten. (Anlage 61.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Bau von Chauffeen im Leugener Moor in der Gemeinde Westerstede. (Anlage 56.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge aus den Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1912/13. (Anlage 58.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg im Jahre 1912. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betreffend Vorlegung der Landesklaffrechnung für das Fürstentum Birkenfeld für das Jahr 1910. (Anlage 33.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

20. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 59, betreffend Ankauf und Umbau eines Hauses in Hootsiel.

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



21. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Verbandes oldenburgischer Nordseebäder und Luftkurorte, betreffend Unterstützung.

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Sodann teilte der Präsident folgenden selbständigen Antrag des Abg. Müller (Muzhorn) mit:

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 14. Dezember 1913.

Der Landtag wolle beschließen, die Großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage bei seinem alljährlichen Zusammentritt eine Uebersicht über die voraussichtlich zu erwartenden Vorlagen zuzustellen.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und im Plenum zu verhandeln.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 15. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden dagegen nicht erhoben.

Hierauf verliest Abg. Dannemann die Eingänge:

1. Petition der Gemeinde Goldenstedt, betreffend den Fortbildungsschulgesetzentwurf.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Butjadingen, betreffend Ausbau der Nordenhamer Realschule.
Verwaltungsausschuß.
3. Vorlage 65 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Neubau eines Zollabfertigungsgebäudes in Brake.
Finanzausschuß.
4. Petition des Stadtmagistrats Nordenham, betreffend Uebernahme der Nordenhamer Realschule auf den Staat und Ausbau derselben zu einer Oberrealschule.
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 66 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Umbau des „Neuen Hauses“ und Herstellung einer Zentralheizung.
Finanzausschuß.
6. Vertrauliche Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung vom 12. Dezember 1913.
Eisenbahnausschuß.
7. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Warden-

burg, betreffend Ablehnung des Gesetzes der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht.

Verwaltungsausschuß.

8. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Wardenburg, betreffend Errichtung eines Realgymnasiums in Oldenburg.

Verwaltungsausschuß.

9. Petition des Schulvorstandes und Gemeinderats der Gemeinde Wardenburg, betreffend Volkschulferien und Jahreschluß der Schulen.

Verwaltungsausschuß.

10. Petition der Ortseingewessenen der Landgemeinde Wildeshausen, betreffend Fortbildungsschulgesetzentwurf.

Verwaltungsausschuß.

11. Petition des Stadtmagistrats Delmenhorst, betreffend Beseitigung der bisherigen Steuerprivilegien der Aktiengesellschaften.

Finanzausschuß.

Mit der Ueberweisung der Eingänge an die genannten Ausschüsse ist der Landtag einverstanden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und wie folgt verhandelt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend Errichtung staatlicher Realgymnasien in Rüstringen und Oldenburg und eines Realprogymnasiums in Cloppenburg und über den Entwurf eines Gesetzes für



das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Zum Antrage 2 stellt der Abg. Heitmann einen Verbesserungsantrag folgenden Wortlauts:

Der Landtag wolle unter b beschließen, die Staatsregierung wird ermächtigt, die für die Errichtung des Realgymnasiums in Rüstingen erforderlichen Mittel nach Maßgabe der Besoldungsordnung und dem Besoldungsgezet für das Großherzogtum Oldenburg vom 10. April 1911 in den Etat einzustellen.

Der Abg. v. Fricken stellt zum Antrage 3 folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, der Antrag 3 der Minderheit (Verding, Driver, v. Fricken, Hartong, Henn, Möller und Müller [Ruhhorn]) zu Anlage 51 erhält folgende Fassung:

Der Landtag wolle

1. die Staatsregierung ermächtigen
 - a) ein staatliches Realgymnasium in der Stadt Rüstingen mit kommunalem Zuschuß von $\frac{2}{5}$ der Betriebskosten,
 - b) ein staatliches Realgymnasium in der Stadt Oldenburg mit kommunalem Zuschuß von der Hälfte der Betriebskosten,
 - c) ein staatliches Realprogymnasium in der Stadt Cloppenburg mit kommunalem

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 16. Dezember 1913.

Schröder.

Dannemann.

naalem Zuschuß von $\frac{2}{5}$ der Betriebskosten

zu errichten;

2. unverändert.

Abg. Dursthoff stellt den Antrag auf Vertagung der Abstimmung bis Dienstag, den 16. Dezember. Dieser Antrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung. 1. Lesung. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Antrag 2 wird mit 25 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Der Antrag 3 ist dadurch erledigt.

Antrag 4 wird mit 29 Stimmen angenommen, wodurch sich Antrag 5 erledigt.

Antrag 6 wird angenommen, wie er sich aus der Abstimmung ergab.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Dienstag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, zu stellen.

Die Frist zur Stellung von Anträgen zur 2. Lesung des Voranschlags für das Herzogtum Oldenburg wurde auf Dienstag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, verlängert.

Nachdem der Präsident die Tagesordnung für die am Dienstag, den 16. Dezember, morgens 10 Uhr, stattfindende Plenarsitzung bekannt gegeben hatte, wurde die Sitzung um 2 Uhr nachmittags geschlossen.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 16. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Präsident Schröder eröffnet die Sitzung. Abg. Dannemann verliest das Protokoll, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Abg. Bekeler verliest die folgenden Eingänge:

1. Petition des Bürgervereins Nordenham, betreffend Umwandlung der Realschule in Nordenham in eine Oberrealschule.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Apen, betreffend obligatorische ländliche Fortbildungsschulen.
Verwaltungsausschuß.
3. Vorlage 67 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe.
Finanzausschuß.
4. Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Berne, betreffend Regelung des höheren Schulwesens.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition desselben, betreffend Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen.
Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Lehrers Otto Fittje in Ebewecht, betreffend Gehaltsfestsetzung.
Verwaltungsausschuß.

Der Präsident kündigte noch folgende Eingänge an:

1. Petition der Gemeinde Osternburg, betreffend Errichtung eines Realgymnasiums in Oldenburg.
Verwaltungsausschuß.

2. Petition des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Zahlstelle Rüstingen-Wilhelms- haben, betreffend Neuregelung der Bestimmungen für das Wirtschaftsgewerbe.
Verwaltungsausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg über die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen. 1. Lesung.

Anträge 1 bis 3 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute Abend 7 Uhr einzureichen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend Errichtung staatlicher Realgymnasien in Rüstingen und Oldenburg und eines Realprogymnasiums in Cloppenburg und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung.

Diese Vorlage war schon in der 6. Sitzung verhandelt; es erfolgte nunmehr die Abstimmung.

Vom Abg. Müller (Muzhorn) war der schriftliche Antrag auf namentliche Abstimmung für die Anträge 2 und 3 gestellt.

Antrag 1 wurde mit 31 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Es stimmten gegen den Antrag die Abgeordneten Behrens, Berding, Buddenberg, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus,

Fick, von Fricke, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Kleen, König, Koopmann, Meyer, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Rebenstorf, Schröder, Tappenbeck, Wessels und Westendorf.

Für den Antrag 1 stimmten die Abgeordneten Brumund, Bull, Dörr, Gerdes, Jordan, Lanje, Müller (Brake), Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering) und Tanzen (Rodenkirchen).

Dann wurde über den Verbesserungsantrag des Abg. Heitmann abgestimmt. Der Antrag wurde mit 25 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wurde mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Es stimmten gegen den Antrag die Abgeordneten Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, von Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, Jordan, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Tappenbeck, Wessels und Westendorf.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Kleen, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Rebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering) und Tanzen (Rodenkirchen).

Sodann erfolgte auf den Antrag des Abg. Tanzen (Heering) namentliche Abstimmung über den Verbesserungsantrag des Abg. von Fricke.

Es stimmten gegen den Antrag die Abgeordneten Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dannemann, Dörr, Driver, Dursthoff, Feigel, Fick, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Koopmann, Meyer, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Pefeler, Rebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck und Wessels.

Es stimmten für den Antrag die Abgeordneten Berding, Enneking, Feldhus, von Fricke, Gerdes, Lanje, Plate, Schmidt (Delmenhorst), Tanzen (Heering) und Westendorf.

Der Antrag 3 wurde mit 29 gegen 16 Stimmen angenommen.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten Behrens, Berding, Buddenberg, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, von Fricke, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Kleen, König, Koopmann, Meyer, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Schröder, Tappenbeck, Wessels und Westendorf.

Es stimmten gegen den Antrag die Abgeordneten Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Jordan, Lanje, Müller (Brake), Rebenstorf, Schipper, Schmidt

(Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering) und Tanzen (Rodenkirchen).

Der Abg. Schmidt (Zetel) beantragte zu Antrag 4 namentliche Abstimmung. Der Antrag wurde mit 32 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Es stimmten gegen den Antrag die Abgeordneten Behrens, Berding, Buddenberg, Bull, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, Fick, von Fricke, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Kleen, König, Meyer, Möller, Mohr, Müller (Nughorn), Pefeler, Plate, Rebenstorf, Schipper, Schröder, Tappenbeck, Wessels und Westendorf.

Es stimmten für den Antrag die Abgeordneten Brumund, Dörr, Gerdes, Jordan, Koopmann, Lanje, Müller (Brake), Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering) und Tanzen (Rodenkirchen).

Antrag 5 ist durch den Antrag 4 erledigt.

Antrag 6 wurde mit 23 Stimmen angenommen.

Der Abg. Driver beantragte, Antrag 7 zu erweitern, in dem die Petitionen der Gemeinden Osternburg und Wardenburg für erledigt erklärt wurden; ebenso auf Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm) die Petition der Gemeinde Holle.

Die Anträge wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung zu dem Gesetzentwurf sind bis morgen Mittag 1 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage. 1. Lesung. (Anlage 21.)

Der Abg. Dannemann beantragt zu Antrag 1 § 1 namentliche Abstimmung.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten Behrens, Berding, Dörr, Driver, Feigel, von Fricke, Gerdes, Hartong, Kleen, König, Müller (Brake), Pefeler, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen) und Westendorf.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten Brumund, Dannemann, Dursthoff, Feldhus, Henn, Hollmann, Koopmann, Lanje, Möller, Müller (Nughorn), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Tanzen (Heering), Tappenbeck und Wessels.

Da Stimmgleichheit, wurde die Abstimmung wiederholt.

Es stimmten für den Antrag die Abgeordneten Behrens, Berding, Buddenberg, Bull, Dörr, Driver, Enneking, Feigel, Fick, von Fricke, Gerdes, Hartong, Heitmann, Heller, Kleen, König, Meyer, Müller (Brake), Pefeler, Rebenstorf, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen) und Westendorf.



Es stimmten gegen den Antrag die Abgeordneten Brumund, Dannemann, Dursthoff, Feldhus, Henn, Hollmann, Koopmann, Lanje, Möller, Mohr, Müller (Nuzhorn), Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Tanzen (Heering), Tappenbeck und Wessels.

Der Antrag wurde mit 25 gegen 18 Stimmen angenommen. Es fehlten die Abgeordneten Hug und Jordan.

Die Anträge 2, 3 und 4 waren somit erledigt.

Antrag 5 wurde mit 22 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Antrag 6 wurde abgelehnt.

Antrag 7 wurde angenommen.

Desgleichen Antrag 8.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 17. Dezember 1913.

Schröder.

Antrag 9 wurde vom Ausschusse zurückgezogen.

4. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm), betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht.

Nach längerer Debatte wurde auf Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn) Vertagung auf morgen beschlossen. Fortsetzung Morgen.

Punkt 5 wurde zurückgezogen.

Schluß der Sitzung nachmittags 2 Uhr.

Pefeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung; der Schriftführer Pefeler verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Als Eingang wird mitgeteilt:

Gesuch der Hebamme Frau Kümmerle aus Oldenburg, betreffend jährliche Unterstützung aus den für Hebammen bestimmten Mitteln.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und

verhandelt wie folgt:

Es wird in der Debatte über den gestrigen Punkt der Tagesordnung, betreffend Antrag Lanzen (Stollhamm) fortgefahren. Die Verhandlung ergibt auch heute kein Schlussergebnis.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 17. Dezember, abends 8 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 17. Dezember 1913.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1913, abends 8 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Präsident teilt folgenden Eingang mit:

Petition des Gemeinderats zu Lönningen, betreffend Fortbildungsschulgesetzentwurf.

Der Landtag beschließt, daß diese Petition in den Antrag des Ausschusses über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand aufgenommen werden soll.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und werden die Beratungen nach der Tagesordnung vom 17. Dezember vormittags fortgesetzt.

Die Abstimmung über die Anträge des Ausschusses wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

Der Präsident teilt mit, daß die Dauer des Landtags bis zum 7. März 1914 verlängert ist und der Landtag bis zum 10. Februar 1914 vertagt wird.

Sodann erbittet sich der Präsident die Ermächtigung zur Abkürzung der nach § 51 der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen.

Der Landtag erklärt sich einverstanden.

Nächste Sitzung Freitag, den 19. Dezember 1913. Die Tagesordnung wird bekannt gegeben.

Schluß der Sitzung 9³/₄ Uhr abends.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 19. Dezember 1913.

Schröder.

Dannemann.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 19. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Präsident Schröder eröffnet die Sitzung. Abg. Dannemann verliest das Protokoll, wogegen Einwendungen nicht erhoben werden. Der Präsident verkündete 2 Eingänge:

1. Petition des Oldenburger Künstlerbundes, betreffend Ueberweisung von künstlerischen und kunstgewerblichen Arbeiten in den neuen Gebäuden des Staates.
2. Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Cleverns, betreffend den Fortbildungsschulzwang.

Sodann wurde zur Tagesordnung übergetreten.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Vorstandes des Vereins der pensionierten Eisenbahnbeamten in Oldenburg.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Fahrbeamtenvereins „Fahrzeit“ um Beschaffung von Zugführerstellen I. und II. Klasse.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bittschrift der nicht angestellten Stellwerkswärter, betreffend Erhöhung der Stellwerksprämie.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Gütervorarbeiter um Vermehrung der etatsmäßigen Stellen und Gewährung freier Dienstkleidung.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition

der Gruppe der Weichenwärter um Umwandlung der Stellwerkszulage in festen Gehaltsbezug.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Kolonisten Wilhelm Bingel aus Kolonie Wildenlohsmoor, Gemeinde Edewecht, wegen Lageverschlechterung und Lastensteigerung auf ein Moorkolonat.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1914 anzulegenden Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. 1. Lesung.

Die Ausschusshanträge 1 bis 6 wurden angenommen.

Der vom Abg. Tanzen (Heering) zur 2. Lesung gestellte Antrag wurde zurückgezogen.

Anträge zur 2. Lesung des Finanzgesetzes sind in einer Stunde einzureichen.

8. Abstimmung zum Antrage Tanzen (Stollhamm).

Vom Abg. Dannemann wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Der Antrag der Minderheit wurde darnach mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Mit ja stimmten: Berding, Dannemann, Driver, Durstboff, Enneking, Feigel, Feldhus, von Friden, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Mohr, Müller (Ruhhorn), Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Schröder, Westendorf.



Mit nein: Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Der Antrag der Mehrheit ist somit angenommen.

Der Ausschuß stellte folgenden Antrag:

Für den Fall der Annahme des Antrages Tanzen (Stollhamm), betreffend Fortbildungsschulen wird beantragt, die Petitionen:

- a) der Gemeinde Emstedt,
- b) „ Landgemeinde Esfleth,
- c) „ Gemeinde Schweiburg,
- d) „ „ Zwischenahn,
- e) „ „ Goldenstedt,
- f) „ „ Wardenburg,
- g) „ Ortseingewesenen der Landgem. Wildeshausen,
- h) „ Gemeinde Apen,
- i) „ „ Berne,
- k) „ „ Lönningen,
- l) „ „ Cleverns,

der Großherzoglichen Staatsregierung als Material zu überweisen.

Dieser Antrag wurde angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg. 2. Lesung. (Anlage 28.)

Der Antrag 1 des Ausschusses wurde angenommen.

Zum Antrage 2 wurde vom Abg. Tanzen (Stollhamm) namentliche Abstimmung beantragt.

Mit ja stimmten: Behrens, Berding, Brumund, Buddenberg, Bull, Dörr, Enneking, Feigel, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Wessels und Westendorf.

Mit nein: Dannemann, Driver, Dursthoff, Feldhus, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Mohr, Müller (Ruhhorn), Pefeler, Plate, Tappenbeck.

Darnach ist Antrag 2 mit 28 gegen 15 Stimmen angenommen.

Antrag 4 wurde angenommen.

Desgleichen Antrag 5 mit 21 gegen 8 Stimmen.

Antrag 6 ist dadurch erledigt.

Antrag 7 wurde mit 28 Stimmen angenommen.

Antrag 8 ist damit erledigt.

Antrag 9 wurde angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über

- a) den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 25. März 1879 über die Anlegung oder Veränderung von Straßen und Plätzen in den Städten und größeren Orten (1. Lesung),

b) den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend den unter a) genannten Gesetzentwurf und eine Neufassung des Artikels 8 des Gesetzes vom 25. März 1879. (Anlage 15.)

Die Anträge 1 bis 4 wurden angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Befoldungsordnung. 2. Lesung. (Nebenanlage zu Anlage 51.)

Zu Antrag 1 wurde vom Abg. Dannemann namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde mit 26 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Brumund, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Berding, Buddenberg, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Hartong, Henn, Hollmann, Hug, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Pefeler, Plate, Schröder, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Abg. Dursthoff stellte zu Antrag 2 ebenfalls den Antrag auf namentliche Abstimmung. Antrag 2 wurde mit 28 gegen 17 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Berding, Buddenberg, Bull, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, König, Koopmann, Möller, Mohr, Müller (Ruhhorn), Pefeler, Plate, Steenbock, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Brumund, Dörr, Fick, Gerdes, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen).

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Landesparlatte zu Birkenfeld. 2. Lesung. (Anlage 31.)

Vom Abg. Tanzen (Heering) wurde zu Antrag 1 namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag 1 wurde darnach mit 22 gegen 21 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dörr, Enneking, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Henn, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen).

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Berding, Dannemann, Driver, Feigel, Feldhus, v. Fricken,

Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Mohr, Müller (Brake), Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Schröder, Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Der Antrag 2 wurde mit 24 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Antrag 3 wurde angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 16. März 1908, betreffend die Sonn- und Feiertage. 2. Lesung. (Anlage 21.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis abends 7 Uhr zu stellen.

14. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 1. Lesung. (Anlage 67.)

Der Antrag wurde angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses, betreffend Zollabfertigungsgebäude in Brake. (Anlage 65.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betreffend

Wünsche für eine Neugestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts am Seminar.

Abg. Schmidt (Zetel) beantragte zu Antrag 1 namentliche Abstimmung. Antrag 1 wurde mit 29 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Verding, Driver, Feigel, v. Fricden, Hartong, Henn, König, Koopmann, Mohr, Pefeler, Plate, Westendorf.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dannemann, Dörr, Dursthoff, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Meyer, Möller, Nebenstorf, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Abgelehnt wurde Antrag 2.

Der Antrag 3 wurde angenommen.

17. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über Anlage 64, betreffend Herstellung eines Liegeplatzes in Elsfleth für das 3. Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Nächste Sitzung wurde vom Präsidenten für Montag, den 22. d. M., angekündigt.

Schluß der Sitzung 2 Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 22. Dezember 1913.

Schröder.

Pefeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 22. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen.

1. Vertrauliche Vorlage.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt.

Der Schriftführer Pekeler verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Schriftführer Schipper teilt die Eingänge mit:

1. Petition des Bürgervereins Hammelwarden, betreffend Einrichtung eines Ladegleises für Wagenladungsgüter auf der Station Kirchhammelwarden.
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des Vorsitzenden des Gesamtvorstandes der Volksschulen in Oberstein, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Gemeinderates und Schulvorstandes von Abbehausen, betreffend Volksschulferien und Jahres-schluß der Schulen.
Verwaltungsausschuß.
4. Beschwerde des Rechnungsstellers W. von der Bring in Brake, betreffend Rechtsprechung der Gerichte.
Verwaltungsausschuß.

5. Petition des Gemeindevorstandes zu Malente, betreffend Aenderung des Artikels 57 der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.

Die Petition der Gemeinde Sillenstede, betreffend allgemeinen Fortbildungsschulzwang, kann als verspätet angesehen werden, da über die Materie schon verhandelt worden ist.

2. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1914.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 11 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Brumund, Dannemann, Driver, Dursthoff, Feigel, Feldhus, von Frieden, Gerdes, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Mohr, Müller (Muhhorn), Müller (Brake), Pekeler, Plate, Schipper, Schmidt (Betel), Schröder, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen), Wessels und Westendorf.

Mit „Nein“ Behrens, Buddenberg, Fid, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Nebenstorf, Schmidt (Delmenhorst).

3. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. (Anlage 67.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz vom 25. März 1913 für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Schulbuchs der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. (Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Anstellung des Obergärtnermeisters als vollbesoldeten Zivilstaatsdiener. (Anlage 46.)

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Antrag 1 des Verwaltungsausschusses wird abgelehnt gegen 11 Stimmen.

Der Antrag 2 wird abgelehnt gegen 4 Stimmen.

Antrag 3 wird angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkasse für das Jahr 1912. (Anlage 63.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung über die Erträge der Staatsforsten der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Forstrechnungsjahr 1911/12. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Petition des Hauptlehrers Brenner in Herrstein um Beseitigung einer Gesetzeshärte.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Dieser Punkt wird auf Antrag des Abg. Hartong von der Tagesordnung abgesetzt.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung. 2. Lesung. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Zu dem Antrag der Regierung wird vom Abg. Tanzen (Nodenkirchen) ein Verbesserungsantrag gestellt: Der letzte Satz vor Ziffer II erhält folgenden Wortlaut:

Die Einberufung der Ersatzmänner erfolgt nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl, jedoch muß in der Gemeindevertretung das im Artikel 11 festgesetzte Verhältnis der Grund- oder Hausbesitzer zu den übrigen Mitgliedern stets gewahrt bleiben. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das höhere Lebensalter.

Der Antrag Tanzen wird angenommen.

Der Antrag 1 des Verwaltungsausschusses wird mit der vorstehenden Verbesserung angenommen.

Die Anträge 2 und 3 werden angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg über die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen. 2. Lesung. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Birkenfeld. 2. Lesung. (Anlage 30, Nebenanlage a.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Vertrauliche Vorlage. 2. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Errichtung einer Kammer für Handelsfachen in Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 20. Februar 1914.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 20. Februar 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Schipper das Protokoll der vorigen Sitzung, gegen welches Einspruch nicht erhoben wurde. Darauf verlas der Abg. Bekeler die Eingänge:

1. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Einlegung eines 4. Zugpaares auf der Strecke Dohlt—Cloppenburg.
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des Schulvorstandes in Feber, betreffend Volksschulferien und Jahreschluß der Schulen.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des allgemeinen Stallschweizer-Bundes, Sitz Plauen i. V., betreffend Nachweis einer Mindestbefähigung von allen mit der Viehzucht usw. beschäftigten Personen.
Verwaltungsausschuß.
4. Vorlage 68 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung des Pferdezuchtgesetzes vom 18. Januar 1902.
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 69 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Gesetzentwurf für das Großherzogtum Oldenburg über die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer.
Finanzausschuß.

6. Petition der Gemeinde Ohmstede, betreffend Nachfuge zu ihrer Petition vom 29. Dezember v. J.
Verwaltungsausschuß.
7. Petition der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst, betreffend Besteuerung der Konsumvereine.
Finanzausschuß.
8. Vorlage 70 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Uferbefestigungen an der Westergate.
Finanzausschuß.
9. Petition des Handels- und Gewerbevereins von 1840 in Oldenburg, betreffend den Einkommensteuergesetzentwurf.
Finanzausschuß.
10. Petition des Osternburger Bürgervereins, betreffend Volksschulferien.
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Gemeindevorstandes zu Hammelwarden gegen das Fortbildungsschulgesetz.
12. Petition des Gemeindevorstandes zu Strückhausen, betreffend Aufhebung der Weggeldhebestellen auf den Gemeindehauffeen.
Verwaltungsausschuß.
13. Petition der Konferenz der Alten hier, betreffend Ausdehnung der Bestimmung über die mit 400 M

- zu zahlende Wohnungs- oder Mietenschädigung auf alle im Ruhestande lebenden oder Mietenschädigung beziehende Hauptlehrer und Lehrer mit Hauptlehrer-gehalt.
Verwaltungsausschuß.
14. Vorlage 71 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Neubau des 2. Lehrerseminars in Barel.
Finanzausschuß.
15. Petition des Vereins selbständiger Kaufleute in Delmenhorst und des Vereins Delmenhorster Kolonialwarenhandler, betreffend Antwort auf die Eingabe der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst, betreffend Besteuerung der Konsumvereine.
Finanzausschuß.
16. Petition derselben, betreffend Aenderung der Gewerbeordnung inbezug auf das Detailreisen und Hausieren.
Verwaltungsausschuß.
17. Petition des Lehrers F. Voh in Schwartau, betreffend Interpretation des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Verwaltungsausschuß.
18. Petition des Gemeinderats von Stockelsdorf, betreffend Revision der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.
19. Petition des Verbandes deutscher Granitwerke in Karlsruhe, betreffend Vernichtung der deutschen Granit-, insbesondere Granitschleiferei-Industrie durch die neuen Friedhofsordnungen.
Verteilt.
20. Petition der Bürger der Gemeinde Ramsloh, betreffend Einrichtung geordneter Verhältnisse auf der Eisenbahnstation Ramsloh.
Eisenbahnausschuß.
21. Geheime Vorlage des Großherzoglichen Staatsministeriums.
Eisenbahnausschuß.
22. Vorlage 72 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Bewilligung einer Beihilfe für die Ausstellung der Oberstein-Idaer Industrie auf der Werkbundaustellung Köln 1914.
Finanzausschuß.
23. Vorlage 73 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Bewilligung von 450 000 M als 1. Rate zur Erwerbung des Bauplatzes und zur Ausführung des Rohbaues eines Realgymnasiums in Rüstingen.
Finanzausschuß.
24. Vorlage 74 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Bewilligung von Mitteln für die Beschaffung eines Ersatzdampfers für den im Baggeretrieb benutzten Schleppdampfer „Delphin“.
Finanzausschuß.
25. Petition des landwirtschaftlichen Vereins für Herrstein und Umgegend, betreffend Errichtung eines Amtsgerichts in Herrstein.
Finanzausschuß.
26. Eingabe der Dchtumer Interessenten, betreffend Entschädigung wegen mangelhafter Zuwässerung der Außendeichsländereien auf dem Dchtumer Sande.
Finanzausschuß.
27. Eingabe des Verbandes Deutscher Kinderhorte, betreffend Bewilligung eines jährlichen Staatsbeitrags für den Verband deutscher Kinderhorte.
Verteilt.
28. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Wegeordnung vom 16. Februar 1895.
Verwaltungsausschuß.
29. Eingabe der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderungsvorschläge zum Einkommensteuergesetz vom 12. Mai 1906.
Finanzausschuß.
30. Petition der im Deutschen Bauarbeiter-Verbande vereinigten Oldenburgischen Bauhandwerker usw. zu der Novelle des Einkommensteuergesetzes.
Finanzausschuß.
31. Gegeneingabe der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst auf die von dem Stadtmagistrat Delmenhorst hergegebene Eingabe, betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes.
Finanzausschuß.
32. Petition der Vertretung der Gemeinde Oldenbrok, betreffend Niederlegung des Eisenbahnfahrtdammes in der Nähe der Station Oldenbrok.
Eisenbahnausschuß.
33. Einspruch der Gemeinde Blexen gegen den Beschluß des Landtags, betreffend Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht.
Verwaltungsausschuß.
34. Petition des Gemeindevorstandes Seefeld, betreffend das allgemeine Zwangsfortbildungsschulgesetz.
Verwaltungsausschuß.
35. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Stockelsdorf, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck.
Verwaltungsausschuß.

36. Petition des Vereins der mittleren Zollbeamten in Oldenburg, betreffend Vergütung für außerordentliche Dienstleistungen der Zoll- und Steuerbeamten.
Finanzausschuß.
37. Petition des Landesverbandes der oldenburgischen Grenz- und Steueraufseher, betreffend Neuregelung der Bestimmungen über den Bezug von Tagegeldern der Zoll- und Steuerbeamten.
Finanzausschuß.
38. Eingabe der Anwohner des Bahnhofsplazes zu Oldenburg, betreffend Bepflanzung des Bahnhofsplazes mit Bäumen und Sträuchern.
Eisenbahnausschuß.
39. Vorlage 75 des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Ankauf eines Grundstücks zur Vergrößerung des Amtsdienstgebäudes in Brake.
Finanzausschuß.

Der Präsident verlas den selbständigen Antrag des Abg. Meyer:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, auf der Strecke Wilhelmshaven—Oldenburg zwischen den Zügen 6,18 und 9,49 vormittags einen weiteren Personenzug einzulegen.

An den Eisenbahnausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Einrichtung eines Staatsschuldbuchs des Herzogtums Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 55.)

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, zu stellen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Landeslehrervereins, betreffend Volksschulferien.

Der Abg. Feigel stellte einen Verbesserungsantrag: Zum Antrage der Mehrheit des Verwaltungsausschusses zu der Petition des Oldenburger Landeslehrervereins, betreffend gleiche Feriendauer usw. für die Volks- und höheren Schulen, stelle ich folgenden Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen.

Die Minderheit zog darauf Antrag 2 zurück.

Der Abg. Driver stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag der Mehrheit wurde mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Berding, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus,

von Fricken, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Mohr, Pefeler, Plate, Schröder, Tappenbeck und Westendorf.

Mit „Nein“: Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dörr, Fid, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Müller, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen) und Wessels.

Somit war der Antrag des Abg. Feigel abgelehnt.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Petition des Rechnungsführer B. v. d. Brink in Brake, betreffend Beschwerde über Rechtsprechung der Gerichte in seiner Privatklage gegen den Zeitungsredakteur Thole in Behta.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über

a) die Eingabe des Gemeindevorstandes von Sillenbom vom 18. Dezember 1913,

b) die Eingabe des Gemeindevorstandes von Hammelwarden vom 28. Januar 1914,

betreffend die Einführung des Fortbildungsschulzwanges.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

Diese beiden Eingänge wurden für erledigt erklärt.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg über die Zusammenlegung der Grundstücke (Verkoppelung). 1. Lesung. (Anlage 54.)

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 23. d. M., abends 7 Uhr, zu stellen.

Punkt 6 wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 26.)

Die Ausschusanträge 1, 2 und 4 wurden angenommen. Antrag 3 wurde gegen 2 Stimmen angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Umbau des „Neuen Hauses“. (Anlage 66.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1912. (Anlage 23.)

Die Vorlage wurde durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.



10. Wahl eines Mitgliedes der Obererfahrkommision.
(Anlage 10.)

Es wurde einstimmig Herr Direktor G. zur Loy in Oldenburg gewählt.

11. Interpellation des Abg. Tanzen (Heering), betr. Schülerverbindungen am Gymnasium zu Oldenburg ic.

Der Antrag auf mündliche Besprechung wurde genügend unterstützt.

Punkte 12 und 13.

Auf Antrag wurden diese beiden Interpellationen von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluß der Verhandlung nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 2. März 1914.

Schröder.

Befeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 2. März 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Vorsitzende die Sitzung eröffnet, verliest der Abg. Bekeler das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Abg. Schipper teilt die Eingänge mit:

1. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Westerstede, betreffend Fortbildungsschulzwang.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition der Gemeinde Eckwarden, betreffend Protest gegen die Einführung des allgemeinen Fortbildungsschulzwanges.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition der Landeskommission für Bauarbeiterschutzes im Großherzogtum Oldenburg, betreffend Bauarbeiterschutzes.
Verwaltungsausschuß.
4. Vorlage des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Ernennung der Handelsrichter.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Stadtmagistrats Rühringen, betreffend Ausdehnung der oldenburgischen Brandkasse auf den Bezirk der Stadt Rühringen.
Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Oldenburger Kunstvereins, betreffend Gewährung einer Beihilfe.
Finanzausschuß.

7. Vorlage des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Herstellung eines Lagerschuppens nebst Gleis und Straße auf dem Güterbahnhofe Bremen-Neustadt.

Eisenbahnausschuß.

8. Vorlage des Großherzoglichen Staatsministeriums, betreffend Zurückziehung der Vorlage 43 und Vorlegung eines Gesetzentwurfs für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die für das Rechnungsjahr 1914 zu erhebende Einkommen- und Vermögenssteuer.

Finanzausschuß.

Ferner teilt der Vorsitzende den Eingang von vier selbständigen Anträgen mit:

1. Antrag Dannemann:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Bundesrat dahin zu wirken, daß Maßnahmen getroffen werden, welche die Einfuhr reinerer Futtergerste gewährleisten.

An den Verwaltungsausschuß.

Dieser Antrag soll im Anschluß an die Interpellation Müller unter Punkt 8a sofort verhandelt werden.

2. Antrag Dursthoff:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ermächtigen, bis zu 5000 M auszugeben für Unterstützung der auf nationalem Boden stehenden Jugendvereine im Herzogtum.

An den Finanzausschuß.

3. Antrag Tanzen (Stollhamm):

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage den Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, wie er aus der 2. Lesung am 19. Dezember 1913 hervorgegangen ist, von neuem mit den Aenderungen vorzulegen, daß

a) der § 5 den folgenden Wortlaut erhält:

„Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind durch eine Satzung zu regeln, die von einem Vorausschuß der Vertretungskörperschaften der zu dem Zweckverbande vereinigten Verbände zu beschließen ist.

Der Vorausschuß umfaßt je nach der Seelenzahl der Verbände, für welche jedesmal die zuletzt veröffentlichte Volkszählung maßgebend ist, 6 bis 18 Mitglieder, und zwar in Verbänden

von weniger als 1000 Einwohnern	6,
in Verbänden von 1000 bis 2000 Einwohnern	9,
„ „ „ 2001 „ 4000 „	12,
„ „ „ 4001 „ 6000 „	15,
„ „ „ 6001 und mehr „	18

Mitglieder.

Auf die Zusammensetzung dieses Vorausschusses finden die §§ 9 und 10 dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß die Verteilung der Vorausschufsmitglieder auf die Verbandsglieder nach dem Verhältnisse der Einwohnerzahl erfolgt, wenn sich die beteiligten Verbände nicht über einen anderen Verteilungsmaßstab geeinigt haben.

Der Vorausschuß wird von dem zuständigen Amte, bei mehreren zuständigen nach Bestimmung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern, berufen und tagt unter dessen Leitung; das Amt hat beratende Stimme, soweit es nicht nach § 10 stimmberechtigtes Mitglied ist. Der § 11 kommt im übrigen zur Anwendung.

Die Satzung bedarf der Genehmigung des Großherzoglichen Staatsministeriums.“

b) der § 12 mit der vom Regierungsbevollmächtigten zur zweiten Lesung beantragten Aenderung wieder hergestellt wird.

An den Verwaltungsausschuß.

4. Antrag Tanzen (Heering):

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, ihm die Protokolle und Berichte vorzulegen, die mit den Schülerverbindungen am Gymnasium in Oldenburg und die Versetzung des Direktors Müller von Oldenburg nach Sever in Verbindung stehen.

An den Verwaltungsausschuß.

Der Landtag beschließt, diese Anträge in Betracht zu ziehen und war mit der Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Errichtung eines Staatsschulbuches des Herzogtums Oldenburg. (Anlage 55.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses

a) über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Großherzogtum vom 11. Januar 1873, betreffend den Schutz nützlicher Vögel. 2. Lesung.

b) über einen selbständigen Antrag des Abg. v. Friden, betreffend Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum vom 17. April 1897, betreffend die Ausübung der Jagd. 1. Lesung. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg über die Zusammenlegung der Grundstücke (Vertoppelung). 2. Lesung. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend anderweitige Einrichtung des Provinzialrates. 1. Lesung. (Anlage 57, Nebenanlagen A und B.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden abgelehnt.

Der Antrag 3 und der Antrag zu der Nebenanlage B werden angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg vom 18. Januar 1902, betreffend die Förderung der Pferdezucht. 1. Lesung. (Anlage 68.)

Berichterstatter: Abg. v. Friden.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend die Anstellung eines rechtskundigen Hilfsbeamten außerhalb der Besoldungsordnung bei der Großherzoglichen Regierung in Birkenfeld. (Anlage 47.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Interpellation des Abg. Müller.

Nachdem der Abg. Müller seine Interpellation begründet, wird sie durch den Regierungsbevollmächtigten beantwortet:

Nachdem die Mitglieder der Müllerzwangsinnung für Stadt und Amt Delmenhorst mit der Versuchs- und Kontrollstation der Landwirtschaftskammer eine Vereinbarung dahin getroffen hatten, daß sie sich hinsichtlich der Güte ihrer Produkte, insbesondere der Futtermittel, der Kontrolle der Versuchs- und Kontrollstation unterwerfen, hat das Ministerium des Innern auf Antrag der Beteiligten sich damit einverstanden erklärt, daß die Gendarmerie bei der

Probeentnahme mitwirke. Das Ministerium des Innern hat sich hierbei von dem Gedanken leiten lassen, daß es unbedenklich sei, die Gendarmerie bei der Ausführung einer privaten Vereinbarung mitwirken zu lassen, weil ein allgemeines Interesse an einer guten Futtermittelkontrolle zweifellos besteht. Der Umstand, daß es sich nicht um die Kontrolle der Befolgung gesetzlicher oder polizeilicher Vorschriften handelte, schien dem Ministerium um so weniger Veranlassung zu einer Ablehnung des gestellten Antrages zu geben, als eine irgend erhebliche Belastung der Gendarmerie durch die Probeentnahme nicht stattfindet. Auch kann die Genehmigung zur Mitwirkung der Gendarmerie jederzeit widerrufen werden, wenn sich Unzuträglichkeiten ergeben sollten. Bislang sind der Staatsregierung solche Unzuträglichkeiten nicht bekannt geworden. Ueber die Gendarmerie verfügt die Exekutive nach freiem Ermessen, einer gesetzlichen Ermächtigung bedarf es nicht.

Auf Antrag des Abg. Müller findet eine Besprechung der Interpellation statt.

8. Interpellation des Abg. Müller.

Die Interpellation wird sofort nach Begründung des Antragstellers vom Regierungsbevollmächtigten beantwortet. Auf Antrag des Abg. Tanzen (Heering) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

8a. Selbständiger Antrag des Abg. Dannemann, betreffend Einfuhr reinerer Futtergerste.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 1. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend Abänderung der Wegeordnung vom 16. Febr. 1895. (Anlage 14.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Abg. Schmidt (Zetel) stellt zum Antrag 2 des Ausschusses einen Antrag als Nachfuge:

... jedoch sind große landwirtschaftliche Betriebe, Molkereien, Konsumvereine, landwirtschaftliche Brennereien und Brauereien den gewerblichen und industriellen Unternehmungen gleichzustellen.

Einen weiteren Antrag (Verbesserungsantrag) zu 2 stellt der Abg. Driver:

Ich beantrage, der Landtag wolle den Antrag 2 des Ausschusses ablehnen und beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Versammlung des Landtages eine Abänderung der Wegeordnung in der Richtung vorzulegen, daß zu den Anlagelkosten der Chaussees auch gewerbliche und ähnliche Unternehmungen herangezogen werden können.

Die Anträge 1, 3 und Antrag Driver werden angenommen. Der Antrag 2 sowie der Antrag Schmidt (Zetel) sind dadurch erledigt.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Ärztekammer, betreffend Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum, betreffend ärztliche Ueberwachung der Schulkinder.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinde Lönigen um Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das ehemalige Amt Lönigen.

Berichterstatter: Abg. v. Fricken.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Petition des Hauptlehrers Paul Brenner in Herrstein um Beseitigung einer Geseheshärte.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Schifferverbandes „Unterweser“, betreffend „Transporte auf dem Wasserwege für oldenburgische Staatsbauten“.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Künstlerbundes, betreffend Ueberweisung von künstlerischen und kunstgewerblichen Arbeiten in den neuen Gebäuden des Staates.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 74 (Uebertragung der für 1913 bereitgestellten Mittel für die Beschaffung eines Ersatzdampfers für den Dampfer „Delphin“).

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgervereins der Gemeinde Stockelsdorf, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird abgelehnt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend Antrag des Gemeinderats von Stockelsdorf auf eine Revision der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats Gutin, betreffend Aenderung des Artikels 57 der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck und die Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Malente gleichen Inhalts.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

19. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Vereins selbständiger Kaufleute Delmenhorst, e. V., und des Vereins Delmenhorster Kolonialwarenhändler, e. V.

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt.

20. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Neubau des 2. Seminars in Barel. (Anlage 71.)

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird mit 28 gegen 14 Stimmen angenommen. Die Anträge 2 und 3 werden abgelehnt.

21. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats in Brake, betreffend Ausbau der dortigen Realschule zur Oberrealschule.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Der Antrag 1 wird mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen.

Antrag 2 ist dadurch erledigt.

Antrag 3 wird angenommen.

22. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats in Nordenham, betreffend Regelung des höheren Schulwesens.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Der Antrag des Ausschusses auf Berücksichtigung und Antrag 4 werden angenommen.

23. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Vorstandes der Realschule in Barel, betreffend Errichtung von Vollanstalten.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Der Antrag des Ausschusses auf Berücksichtigung wird angenommen.

24. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Gesuch des Eisenbahnbureaubeamten-Vereins um Vermehrung der Stellen 1. Gehaltsklasse.

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

25. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Handelsvereins für Cloppenburg und Umgegend.

Berichterstatter: Abg. Westendorf.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Schluß der Sitzung 2¹/₂ Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 4. März 1914.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 4. März 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

Hiernach verlas der Abg. Bekeler das Protokoll der 13. ordentlichen Sitzung.

Vom Präsidenten wurden folgende Eingänge mitgeteilt:

1. Selbständiger Antrag des Abg. Jordan:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle dem nachfolgenden Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906.

Einziger Artikel.

Artikel 20 Ziffer III fällt weg.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Mai 1914 in Kraft.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Finanzausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

2. Interpellation des Abg. Wessels:

Beabsichtigt die Staatsregierung, den Belästigungen, welchen die Bewohner eines großen Teiles des Stadtgebietes durch den Betrieb der Grotkaf'schen Fleischmehlfabrik ausgesetzt sind, entgegenzutreten, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie in dieser Beziehung zu treffen?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und Begründung derselben auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Der Präsident teilt mit, daß die Anlage 53 (Fischerei-

gesetz für Birkenfeld) von der Staatsregierung zurückgezogen sei.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis dahin 1913 im Bestande des Staats- und Kronguts vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 49.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betreffend Vergrößerung des Grundstücks des Amtsdienstgebäudes in Brake. (Anlage 75.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über Bewilligung von 14 000 Mk. zur Uferbefestigung der Westergate. (Anlage 70.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes für das Großherzogtum vom 19. März 1912, betreffend die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer. 1. Lesung. (Anlage 69.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung waren bis nachmittags 4 Uhr zu stellen.



5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachbewilligung zu § 26 des Voranschlags der Landeskasse des Fürstentums Birkenfeld für 1914 (Förderung des Gewerbes). (Anlage 72.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1912:

- I. a) das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse,
- b) eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse — in Vergleichung mit dem Voranschlage —;
- II. a) das Hauptbuch über die Einnahmen der Landeskasse,
- b) die Zusammenstellung der Ausgaben der Landeskasse,
- c) eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben — in Vergleichung mit dem Voranschlage —;
- III. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufonds,
- IV. desgleichen des Stadtländer Kanalbaudepots;
- V. desgleichen des Weserbaufonds. (Anlage 6.)

Berichterstatter: die Abgg. Brumund, Enneking und Heller.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1911/12 und der Gemeinden der Fürstentümer für 1911. (Anlage 34.)

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Bau eines Realgymnasiums in der Stadt Küstringen. (Anlage 73 mit Nebenanlage.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein. (Anlage 36.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Antrag 1 wurde mit 29 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dadurch sind die Anträge 2 und 3 erledigt.

Antrag 4 wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Krongutskasse-Rechnungen. (Anlage 37.)

Berichterstatter: die Abgg. Enneking, Brumund und Heller.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben des Staatsministeriums vom 8. November 1913, betreffend

die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegende Rechnung des Fürstentums Lübeck. (Anlage 41.)

Berichterstatter: die Abgg. Enneking, Brumund und Heller.

Der Antrag wurde angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Hebamme Frau Kümmerle aus Oldenburg, betreffend jährliche Unterstützung aus den für Hebammen bestimmten Mitteln.

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag wurde angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Gemeinde Lönigen, betreffend Hofe-Regulierung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Frau A. Zähde in Sande um Genehmigung von regelmäßigen Tanzlustbarkeiten auch während der Wintermonate.

Berichterstatter: Abg. Buddenberg.

Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der „Konferenz der Alten“, betreffend Erhöhung des Mietzuschusses der im Ruhestand lebenden Volksschullehrer.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag wurde angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Behrens:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Tagung des gegenwärtigen Landtages einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verhältnisse im Wirtschaftsgewerbe, unter Aufhebung der Regierungsbekanntmachung vom 2. Februar 1846, neu regelt.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Antrag 1 wurde mit 21 Stimmen angenommen.

Antrag 2 wurde abgelehnt.

Antrag 3 wurde angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Lehrers Otto Fittje, Edewecht, betreffend anderweitige Regelung seines Gehalts.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag wurde angenommen.

18. Fischereigesetz für Birkenfeld. Fällt aus, da die Vorlage zurückgezogen ist (s. vorstehend).

19. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Handarbeitslehrerinnen des Fürstentums Birkenfeld, betreffend Neuregelung ihrer Besoldung.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag wurde angenommen.

20. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm), betreffend den Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg. (Anlage 28.)

Berichterstatter: Abg. Driver.



Antrag 1 wurde mit der Aenderung angenommen, daß in Ziffer 1 Absatz 3 vor das Wort „Amtsverbände“ das Wort „mehrere“ gesetzt wird.

Antrag 2 wurde abgelehnt.

Anträge zur zweiten Lesung waren bis nachmittags 4 Uhr zu stellen.

21. Bericht des Eisenbahnausschusses

a) über den selbständigen Antrag des Abg. König:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, auf der Strecke Cloppenburg—Dholt ein viertes Zugpaar einzulegen,

b) über die Bittschrift der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, ebenfalls das vierte Zugpaar auf der Strecke Cloppenburg—Dholt betreffend.

Berichterstatter: Abg. König.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

22. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Bürgervereins Hammelwarden, betreffend Errichtung einer Güterabfertigung mit Ladestrang auf dem Bahnhofe Kirchhammelwarden.

Berichterstatter: Abg. Koopmann.

Der Antrag wurde angenommen.

23. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Gesuch der Kohlenarbeiter um Gewährung von Dienstkleidung und Regelung der Lohnverhältnisse.

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

24. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition

des Vereins der Stationsvorsteher, Stationsassistenten und Telegraphisten, sowie des Eisenbahn-Bureaubeamtenvereins.

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Antrag wurde angenommen.

25. Bericht des Eisenbahnausschusses über

a) den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Organisation der Eisenbahnverwaltung vom 25. März 1908 (Anlage 62), 1. Lesung,

b) die Petition des Arbeiterausschusses der Großherzoglichen Eisenbahnwerkstätte um Neufestsetzung der Leistungen der Pensionskasse.

Berichterstatter: Abg. Meyer.

Die Anträge 1—7 wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis 4 Uhr nachmittags zu stellen.

26. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Eingefessenen von Neuenwege, betreffend Herstellung eines Ladegleises auf der Haltestelle Neuenwege.

Berichterstatter: Abg. Dannemann.

Der Antrag wurde angenommen.

27. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition von Anwohnern des Bahnhofesplatzes in Oldenburg, betreffend dessen Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern.

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Antrag wurde angenommen.

Der Präsident teilt die Tagesordnung der nächsten Sitzung mit.

Schluß der Sitzung 1,20 Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 7. März 1914.

Schröder.

Dannemann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 6. März 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung.

Es wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt, was folgt:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über eine vertrauliche Vorlage.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis nachmittags 2 Uhr zu stellen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine vertrauliche Vorlage nebst Nachtrag.

Der Antrag wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis nachmittags 2 Uhr zu stellen.

Nachdem diese Punkte erledigt, wurde die Öffentlichkeit hergestellt.

Auf Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm) wurde der Punkt 17 der Tagesordnung zuerst verhandelt.

17. Bericht des Finanzausschusses über die Gesetzentwürfe, betreffend Aenderung des Einkommensteuer- und des Vermögenssteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906. (Anlagen 1 und 2.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Abg. Tappenbeck zog auf Antrag des Präsidenten den Antrag 3 (Nachtragsbericht) zurück.

Abg. Tanzen (Heering) stellte den Verbesserungsantrag auf Ablehnung der Vorlage.

Dieser Antrag wurde mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 1 des Ausschusses wurde abgelehnt.

Antrag 2 ist dadurch erledigt.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis nachmittags 4 Uhr zu stellen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bittschrift der Bürger der Gemeinde Ramsloh um Einrichtung geordneter Verhältnisse auf der Eisenbahnstation Ramsloh.

Berichterstatter: Abg. König.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Gemeindevorstehers der Gemeinde Oldenbrot, betreffend Niedrigerlegung des Eisenbahnfahrdammes in der Nähe der Station Oldenbrot.

Berichterstatter: Abg. Koopmann.

Der Antrag wurde angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Lokomotivheizer um Gewährung einiger Staatsdienerstellen.

Berichterstatter: Abg. Kleen.

Der Antrag wurde angenommen.



6. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Herstellung eines Lagerschuppens in Bremen-Neustadt. (Anlage 77.)

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Wegeordnung vom 16. Febr. 1895. 2. Lesung. (Anlage 14.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Ludwig Lerner und weiteren Petenten, betreffend den Bau einer Bahn von Kirn nach Rhauen durch das Hahnenbachtal.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag wurde angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betreffend die Ausübung der Jagd. 2. Lesung. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats Rüstingen, betreffend die Ausdehnung der Oldenburgischen Brandkasse auf den Bezirk der Stadt Rüstingen.

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über

- a) die Eingabe des Vereins der mittleren Zollbeamten Oldenburg,
- b) die Eingabe des Landesverbandes der oldenburgischen Grenz- und Steueraufsicher.

Berichterstatter: Abg. Verding.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Landeskommission für Bauarbeiterschutz im Großherzogtum Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag wurde angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betreffend anderweitige Einrichtung des Provinzialrats. 2. Lesung. (Anlage 57, Nebenanlagen A und B.)

Berichterstatter: Abg. Bull.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Ernennung der Handelsrichter. 1. Lesung. (Anlage 76.)

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis 4 Uhr nachmittags zu stellen.

15. Interpellation des Abg. Wessels.

Die Interpellation wurde sofort nach Begründung durch den Antragsteller vom Regierungsbevollmächtigten beantwortet.

Für die Grotkaß'sche Fleischmehlfabrik sind durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Jahre 1908 die Bedingungen, unter denen der Betrieb der Anstalt gestattet sein soll, festgesetzt worden. Diese Bedingungen hat der Unternehmer bisher in allen Punkten beachtet, und es sind dem Ministerium Anzeigen über Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften nicht bekannt geworden. In den ersten Betriebsjahren sind durch den Stadtmagistrat Oldenburg und durch den Landesobertierarzt, der besonders mit der Aufsicht der Anstalt vom Ministerium beauftragt worden ist, wohl einige Mängel im Betriebe der Anstalt festgestellt, sie sind aber in allen Fällen sofort von dem Inhaber auf Verlangen der Behörden beseitigt worden. Zuerst sind dann im Jahre 1911 von Anliegern an der an der Anstalt vorbeifließenden Bäfte Klagen über Geruchsbelästigungen beim Ministerium erhoben. Zur Beseitigung dieser Klagen, die ihren Hauptgrund in der Trockenheit des Jahres 1911 hatten, hat Grotkaß auf Grund eines von einer namhaften Sachverständigen Stelle eingezogenen Gutachtens mit ganz erheblichen Kosten Klärteiche angelegt, wodurch die hervorgetretenen Mängel damals beseitigt worden sind. Auch später hat der Unternehmer alles mögliche zur Verbesserung der Anlage getan, ohne die Kosten zu scheuen.

Im September vorigen Jahres wurden zum erstenmal lebhaftere Klagen über Geruchsbelästigungen von den Umwohnern der Fabrik beim Ministerium erhoben. Das Ministerium hat die Beschwerden eingehend geprüft und die Gewerbeinspektion und den Landesobertierarzt zu einem ausführlichen Gutachten veranlaßt. Da die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Geruchsbelästigungen nicht aus der Fabrik, sondern aus den Klärteichen herrührten, wurden dem Unternehmer Grotkaß genaue Anweisungen von den Sachverständigen über Verbesserungen an den Teichen erteilt und vom Stadtmagistrat Oldenburg wurden ihm über die Behandlung der Abwässer neue Bedingungen auferlegt. Seit dieser Zeit sind an das Ministerium neue Beschwerden nicht gelangt; es ist daher anzunehmen, daß die neuen Vorschriften geholfen haben. Es muß zunächst abgewartet werden, ob die Belästigungen dauernd beseitigt sind. Allerdings sollen in den letzten Tagen nach einem Zeitungs-Eingefandt wieder „die denkbar schlimmsten Gerüche“ geherricht haben, die vorläufigen Ermittlungen haben die Richtigkeit dieser Angaben aber nicht bestätigt.

Das Ministerium wird auch in Zukunft eine scharfe Kontrolle der Anstalt ausführen lassen und den Stadtmagistrat Oldenburg veranlassen, soweit nach den gesetzlichen Bestimmungen möglich, weiter erforderliche polizeiliche Maßnahmen zu treffen. Eine Schließung der Anstalt, wie sie von den Umwohnern beim Ministerium beantragt worden ist, erscheint ausgeschlossen, da hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, und zudem die Gemeinden des Herzogtums hierdurch in die schwierigste Lage

kommen würden, da ohne die Fabrik die Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben der Reichs- und Landesgesetze nicht möglich sein würde.

Auf Antrag des Abg. Wessels fand eine öffentliche Besprechung statt.

16. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ermächtigen, bis zu 5000 *M* auszugeben für Unterstützung der auf nationalem Boden stehenden Jugendvereine im Herzogtum.

Vom Abg. Tanzen (Heering) wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Antrag 2 wurde mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Müller, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Wessels, Behrens, Brumund, Buddenberg und Bull,

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Schröder, Westendorf und Verding.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten v. Fricke, Henn, Lanje, Möller, Tanzen (Stollhamm) und Tappenberg.

Antrag 1 ist dadurch erledigt.

17. Siehe vorstehend.

18. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Einwohner der Kolonie Idafehn.

Berichterstatter: Abg. Pefeler.

Der Antrag wurde angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Oldenburger Kunstvereins, betreffend Gesuch um Gewährung einer Beihilfe.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag wurde angenommen.

Schluß der Sitzung 2 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 3. Versammlung, am 7. März 1914.

Schröder.

Pefeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 7. März 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Die Sitzung wurde vom Präsidenten eröffnet.

Der Abg. Dannemann verlas das Protokoll der 14. und der Abg. Pefeler das Protokoll der 15. Sitzung.

Der selbständige Antrag des Abg. Meyer, betreffend Einlegung eines Zugpaares auf der Strecke Wilhelmshaven-Oldenburg, ist zurückgezogen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt.

1. Antrag des Eisenbahnausschusses, betreffend Uebertragung bereits zu Titel VI (Pof. 93a) und Titel VII bewilligten Mittel auf Titel V der Eisenbahnbetriebsklasse.

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Organisation der Eisenbahnverwaltung vom 25. März 1908. 2. Lesung. (Anlage 62.)

Berichterstatter: Abg. Meyer.

Der Antrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag Lanzen (Stollhamm), betreffend den Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg. 2. Lesung. (Anlage 28.)

Berichterstatter: Abg. Driver.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über ein Gesuch des Lehrers Bof in Schwartau um Interpretation des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck über die Befoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen vom 20. April 1911.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Lanzen (Heering), betreffend die Schülerverbindungen am Gymnasium zu Oldenburg und die Versetzung des Direktors Müller von Oldenburg nach Teber.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die für das Rechnungsjahr 1914 im Fürstentum Birkenfeld zu erhebende Einkommen- und Vermögenssteuer. 1. Lesung. (Anlage 78.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Antrag 1 wurde angenommen.

Antrag 2 wurde abgelehnt.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis vormittags 11,05 Uhr zu stellen.

7. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Jordan;



Der Landtag wolle nachstehendem Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906.

Einziger Artikel.

Artikel 20 Ziffer III fällt weg.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Mai 1914 in Kraft.

Berichterstatter: Abg. Jordan.

Abg. Schmidt (Delmenhorst) stellte den genügend unterstützten Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag 1 wurde mit 26 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Fick, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Schipper, Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Tanzen (Nodenkirchen), Behrens, Buddenberg und Bull.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Enneking, Feigel, Feldhus, Gerdes, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Möller, Müller, Pefeler, Plate, Schmidt (Zetel), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tappenbeck, Wessels, Westendorf, Verding, Brumund, Dannemann, Dörr, Driver und Dursthoff.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten: von Fricken, Henn, Mohr.

Antrag 2 ist dadurch erledigt.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Verstaatlichung des Landesgewerbemuseums. (Anlage 39.)

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Zum Antrag 1 wurde vom Abg. Tanzen (Heering) namentliche Abstimmung beantragt.

Dieser Antrag wurde mit 23 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten: Feldhus, Hollmann, Koopmann, Pefeler, Schmidt (Zetel), Schröder, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Nodenkirchen), Westendorf, Brumund, Dörr, Driver und Enneking.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten: Feigel, Fick, Gerdes, Hartong, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, König, Lanje, Meyer, Möller, Müller, Plate, Schmidt (Delmenhorst), Tappenbeck, Wessels, Behrens, Buddenberg, Bull, Dannemann und Dursthoff.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten: von Fricken, Henn, Mohr, Schipper, Steenbock, Verding.

Die Anträge 2 und 3 wurden angenommen.

Antrag 4 wurde abgelehnt.

Die Anträge 5—7 wurden angenommen.

Antrag 8 wurde mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Antrag 9 ist dadurch erledigt.

Anträge 10 und 11 wurden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch der Ochtumer Interessenten um Entschädigung wegen mangelhafter Zuwässerung der Außendeichsländereien auf dem Ochtumer Sande.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Erneuerung der Handelsrichter. 2. Lesung. (Anlage 76.)

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag wurde angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine vertrauliche Vorlage. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Bei Verhandlung dieses Punktes wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Antrag wurde angenommen.

Ein selbständiger dringlicher Antrag des Abg. Müller wurde in geheimer Sitzung angenommen.

Um 12,30 Uhr vormittags wurde eine Pause von 15 Minuten eingelegt.

12,45 Uhr wurde die Sitzung vom Präsidenten abermals eröffnet und in der Tagesordnung fortgefahren wie folgt:

12. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes für das Großherzogtum vom 19. März 1912, betreffend die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer. 2. Lesung. (Anlage 69.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die für das Rechnungsjahr 1914 im Fürstentum Birkenfeld zu erhebende Einkommen- und Vermögenssteuer. 2. Lesung. (Anlage 78.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag wurde angenommen.

Vom Präsidenten wurde noch mitgeteilt, daß in der 3. Versammlung des XXXII. Landtags

- 35 Gesetzentwürfe (wovon zwei unerledigt blieben),
- 50 sonstige Regierungsvorlagen,
- 14 selbständige Anträge,
- 4 Interpellationen,
- 149 Petitionen

zur Beratung gekommen sind.

Auf Ersuchen des Präsidenten erklärte der Minister
Erzellenz Scheer im Namen des Großherzogs den Landtag

für geschlossen. In das vom Präsidenten darauf ausge-
brachte Hoch auf Se. Königliche Hoheit den Großherzog
stimmt der Landtag begeistert ein.

Hierauf dankte der Abg. Feigel im Namen des Land-
tages dem Präsidenten für die unparteiische Leitung und
brachte ein Hoch auf denselben aus.

Schluß der Sitzung 1 Uhr mittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXII. Landtags, 3. Ver-
sammlung, am 7. März 1914.

Schröder. Lanzen (Stollhamm). Dannemann. Pefeler. Schipper.



Protokolle

über die

Verhandlungen der 4. Versammlung

des

XXXII. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1914.

Schulzische Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 10. November 1914, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn.

Der älteste Abgeordnete Henn übernahm den Vorsitz, die Abgg. Dannemann und Bekeler die Schriftführung.

Seitens der Staatsregierung wurden durch den Regierungsbevollmächtigten, Oberregierungsrat Tenge, die Akten, betr. die Wahl der Abgg. Alfs und v. Levezow, dem Alterspräsidenten übergeben. Bei der Verlesung der

Namen der Abgeordneten wurde festgestellt, daß der Abg. Mohr entschuldigt fehlte.

Es wird nunmehr in die Prüfung der Wahlakten eingetreten und deshalb die Sitzung auf 5 Minuten ausgesetzt.

Schluß der Sitzung vormittags 11 Uhr 10 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtages, 4. Versammlung, am 11. November 1914.

Schröder.

Bekeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite vorläufige und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 10. November 1914, vormittags 11¹/₄ Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Henn, dann: Präsident Schröder.

Der Alterspräsident eröffnet die Sitzung. Es wurde in die Prüfung der Wahlakten eingetreten. Die Bericht-erstatler, Abgg. Hug und Tappenbeck, haben nichts wesentliches zu bemerken; es wird daher die Wahl des Abg. Alfs und Abg. v. Levezow für nicht beanstandet erklärt.

Darauf eröffnet Minister Kuhstrat I, Czjellenz, im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die vierte Versammlung des 32. Landtags.

Nunmehr wird zur Wahl des Präsidenten geschritten. Gewählt wird und zwar auf die Dauer der Session mit 42 Stimmen der Abg. Schröder zum Präsidenten, der Abg. Tanzen (Stollhamm) mit 40 Stimmen zum Vizepräsidenten.

Zu Schriftführern wurden durch Zuruf die Abgg. Dannemann, Schipper und Bekeler gewählt.

Sämtliche nahmen die Wahl an.

Es erfolgt nun die Vereidigung der Abgg. Alfs und v. Levezow durch Handschlag, nachdem ihre Wahl der Landtag für gültig erklärt hatte.

Abg. Feldhus stellt den Antrag:

Ich beantrage die Wahl von drei Ausschüssen, einem Finanz-, Verwaltungs- und Eisenbahnausschusse.

Der Antrag wurde angenommen.

Für den ausgeschiedenen Abg. Nebenstorf tritt der Abg. v. Levezow, für den Abg. Müller (Kuhhorn) tritt der Abg. Alfs ein.

Abg. Driver stellt den Antrag:

Ich beantrage, daß die Anlagen 1—6 im Plenum verhandelt werden.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Abg. Dursthoff wurde als Berichterstatter für die Voranschläge bestellt.

Es wurde beschlossen, den Großherzog durch eine Abordnung, bestehend aus dem Gesamtvorstande, zu begrüßen.

Zur Aufnahme der Verhandlungen soll der Stenograph, Gerichtsaktuar Siebenburg hier selbst, angenommen werden.

Sodann wurde das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen verlesen:

1. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1915.
2. Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes über die Organisation der Eisenbahnverwaltung.
3. Schreiben, betreffend Neuwahl eines Mitgliedes der verstärkten Ober-Ersatzkommission für das Herzogtum und eines stellvertretenden Mitgliedes.
4. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 18. Januar 1902, betreffend die Förderung der Pferdezucht.
5. Schreiben, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Landessparkasse.
6. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für 1915.

7. Mitteilung der Zentral- und Landeskasse- usw. Rechnung für 1913.
8. Abschluß der Eisenbahnbetriebskasse für 1913.
9. Schreiben, betreffend Aufschieben der Verkündung des Anleihegesetzes, betreffend die Oldenburg-Wilhelms-havener Bahn.
10. Nachweisungen über die Verwendung der zu § 8 des Landeskasse-Voranschlags des Herzogtums, zu § 6 des Landeskasse-Voranschlags des Fürstentums Lübeck und zu § 7 des Landeskasse-Voranschlags des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1914 bewilligten Mittel (Unterstützungen an Witwen von Zivilstaatsdienern, die vor 1903 gestorben sind).
11. Schreiben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für 1915.
12. Schreiben, betreffend Ernennung der Regierungsbevollmächtigten.
13. Schreiben, betreffend Unterstützung von Angehörigen der zur Fahne einberufenen staatlichen Bediensteten.
14. Schreiben, betreffend Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung 1913.
15. Schreiben, betreffend Verkauf einer ca. 6 $\frac{1}{2}$ Hektar großen Forstfläche im Revier Baumweg an den Landeskulturfonds.
16. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für 1915.
17. Mitteilung über die Berichtigung der Eisenbahngrundstücks- und Gebäudeverzeichnisse der Landtagsregistratur.
18. Schreiben, betreffend die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 1. Oktober 1914 im Bestande des Staats- und Kronguts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen.
19. Schreiben, betreffend Vorlegung des Geschäftsberichts der Staatlichen Kreditanstalt für 1913.
20. Antrag auf Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung von 80 Meter der Eisenbahnfajemauer in Elsfleth und für Beaufsichtigung der Arbeiten zur weiteren Vertiefung und Verbreiterung der Unterweser.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung Vorklagen 1—6.

Schluß der Sitzung 11 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 4. Versammlung, am 11. November 1914.

Schröder.

Bekeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 11. November 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Abg. Bekeler das Protokoll der vorigen Sitzung. Einwendungen dagegen werden nicht erhoben.

Als Eingang wird mitgeteilt: Eine Petition des Hauptlehrers C. Wriedt in Zarnekau, betr. seine Pensionierung.

Diese Petition wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und wie folgt verhandelt:

1. Voranschlag der Zentral-Einnahmen und Ausgaben des Großherzogtums Oldenburg für das Jahr 1915. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Vom Abg. Tanzen (Stollhamm) wird beantragt: Annahme der Vorlage, ferner auch der Vorlagen 6, 2, 4 und 5.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag der Staatsregierung zur Vorlage 1 wird einstimmig angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Donnerstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

2. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1915. 1. Lesung. (Anlage 6.)

Der Antrag der Staatsregierung wird einstimmig angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Donnerstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, zu stellen.

3. Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes über die Organisation der Eisenbahnverwaltung. 1. Lesung. (Anlage 2.)

Der Antrag der Staatsregierung wird einstimmig angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Donnerstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, zu stellen.

4. Wahl eines Mitgliedes der verstärkten Ober-Ersatzkommission für das Herzogtum Oldenburg und eines Stellvertreters für die Zeit 1915, 1916 und 1917. (Anlage 3.)

Das bisherige Mitglied

Direktor G. zur Loy hier selbst und zu dessen Stellvertreter

Proprietär Hermann Stöver hier selbst,

wurden einstimmig wiedergewählt.

5. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 18. Januar 1902, betreffend die Förderung der Pferdezuucht. 1. Lesung. (Anlage 4.)

Der Antrag der Staatsregierung wird einstimmig angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Donnerstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

6. Uebersicht, betreffend Ueberweisung aus den Ueberschüssen der Landessparkasse gemäß § 35 des die Kasse betreffenden Gesetzes vom 24. Dezember 1912. (Anlage 5.)



Der Landtag beschließt, die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Der Präsident teilt mit, daß vom Abg. Hug folgender genügend unterstützter Antrag eingereicht ist:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

§ 1 Absatz 1 Satz 2 des Brandkassengesetzes wird wie folgt geändert:

Für die in den Bezirken der Amtsverbände Sever und Rüstingen belegenen Gebäude, sowie für Kirchen, Kapellen und Kirch- und

Glockentürme tritt diese Verpflichtung erst mit dem 1. Januar 1918 ein usw.

Der Landtag beschließt, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Verwaltungsausschuß zu überweisen.

Ferner ist noch eine Petition des Stadtmagistrats Rüstingen, betreffend die Brandkasse, eingegangen, die ebenfalls dem Verwaltungsausschuß überwiesen wird.

Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, angesetzt und die Tagesordnung bekannt gegeben.

Schluß der Sitzung 10³/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 4. Versammlung, am 12. November 1914.

Schröder.

Dannemann.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogl. Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 12. November 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Danne-
mann das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches
Einwendungen nicht erhoben werden.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisungen
über Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse. (Anlage 7.)

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen.

2. Vorlage der Staatsregierung, betr. Abschluß der
Eisenbahnbetriebskasse für 1913. (Anlage 8.)

Die Anträge der Staatsregierung werden angenommen.

3. Vorlage der Staatsregierung über das Anleihe-
gesetz, betr. Oldenburger-Wilhelmshavener Bahn. (An-
lage 9.)

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen.

4. Die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nach-
weisungen über die Verwendungen der zu § 8 des Landes-
klassenvoranschlags des Großherzogtums Oldenburg, zu § 6
des Landesklassenvoranschlags des Fürstentums Lübeck und
zu § 7 des Landesklassenvoranschlags des Fürstentums
Birkenfeld für das Jahr 1914 bewilligten Mittel, wird
durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

5. Vorlage der Staatsregierung, betr. Einnahmen
und Ausgaben der Staatsgutskapitalientasse für die

Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für 1915. (An-
lage 11.)

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen.

6. Vorlage der Staatsregierung, betr. Ernennung
von Regierungsbevollmächtigten (Anlage 12), wird durch
Kenntnisaufnahme erledigt.

7. Vorlage der Staatsregierung, betr. Anordnung
zur Regelung der Kriegsfürsorge für die Angehörigen der
staatlichen Bediensteten und Arbeiter. (Anlage 13.)

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen.

8. Vorlage der Staatsregierung, betr. Zusammen-
stellung der Zahl der Steuerpflichtigen und der Summe
der zu erhebenden Steuern. (Anlage 14.)

Die Vorlage wird durch Kenntnisaufnahme für erledigt
erklärt.

9. Vorlage der Staatsregierung, betr. Veräußerung
einer Forstfläche im Forstrevier „Baumweg“. (Anlage 15.)

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen.

10. Vorlage der Staatsregierung, betr. Voranschlag
über Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds
für 1915. (Anlage 16.)

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen.

Schluß der Sitzung 10¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 4. Versamm-
lung, am 16. November 1914, nachmittags 4 Uhr.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 16. November 1914, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach der Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Abg. Schipper das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung wurde zurückgezogen.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Anlage 2: Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes über die Organisation der Eisenbahnverwaltung. 2. Lesung.

Der Antrag wurde angenommen.

Anlage 4: Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 18. Januar 1902, betr. die Förderung der Pferdezucht. 2. Lesung.

Der Regierungsantrag wurde angenommen.

2. Anlage 17: Berichtigung der Eisenbahn-Grundstücks- und Gebäudeverzeichnisse der Landtagsregistratur nach dem Stande der Katasterfortschreibung für das Steuerjahr 1914.

Die Anlage wurde durch Kenntnisaufnahme erledigt.

Anlage 18: Antrag der Staatsregierung, betr. Staats- und Krongut.

Antrag wurde angenommen.

Anlage 20: Vertiefung und Verbreiterung der Unterwejer betr.

Beide Anträge der Staatsregierung wurden angenommen.

Anlage 21: Betreffend Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1915.

Antrag wurde angenommen.

Anlage 27.

Zu Anlage 27 wurde folgender Antrag des Abg. Müller mit verhandelt:

Annahme des Antrags der Staatsregierung mit folgender Ergänzung:

3. Die Verwendung der zu § 3 der Ausgaben im Voranschlage des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1915 geforderten Mittel von zusammen 1 438 000 M zur Beschaffung weiterer Personen- / Güter- / Gepäckwagen und / oder Lokomotiven genehmigen.

Beide Anträge wurden angenommen.

Anlage 22: Betreffend Nachbewilligung von 207,59 M, Antrag wurde angenommen.

Anlage 23: Betreffend Landesfasserrechnung für das Fürstentum Lübeck für 1911.

Anlage wurde durch Kenntnisaufnahme erledigt.

Anlage 24: Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1915. 1. Lesung.

Anlage wurde angenommen.

Anlage 25: Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1915. 1. Lesung.

Die Anlage wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung der Anlagen 24 und 25 müssen innerhalb einer Stunde gestellt werden.

Anlage 26: **Betreffend Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Herzogtums Oldenburg für 1915.**

Anlage wurde angenommen.

Anlage 28: **Betreffend Landestassenrechnung für das Fürstentum Birkenfeld für 1911.**

Anlage wurde durch Kenntnisaahme erledigt.

3. **Mündlicher Bericht über die Petition des Hauptlehrers Wriedt in Zarnelau.**

Ausschußantrag:

Uebergang zur Tagesordnung, wurde angenommen.

4. **Selbständige Anträge der Abgeordneten Dörr, Hug und Mohr und des Abg. Hug.**

Anträge wurden zurückgenommen.

5. **Petition von Rüstringen.**

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Petition auf Grund des § 77 der Geschäftsordnung von der Verhandlung auszuschließen, wurde angenommen.

Sodann wurde vom Präsidenten die nächste Tagesordnung mitgeteilt.

Schluß der Sitzung 4¹/₂ Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 4. Versammlung, am 17. November 1914.

Schröder.

Peteler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 17. November 1914, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Bekeler das Protokoll der vorhergehenden Sitzung; dasselbe wurde genehmigt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Vorlage 19 (Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt für 1913).

Die Anträge I und II der Vorlage wurden angenommen. Der Antrag III ist von der Staatsregierung zurückgezogen.

2. Vorlage 30 (Nachweisungen über die Staatsgutskapitalienklassen für das Jahr 1913).

Diese Vorlage wurde durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

3. Vorlage 31 (Nachweisungen über die Krongutsklassen des Herzogtums und des Fürstentums Lübeck für 1913).

Diese Vorlage wurde ebenfalls durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

4. Zweite Lesung der Voranschläge der Zentralkasse und der drei Provinzen für 1915.

Zum Voranschlag des Herzogtums war von der Staatsregierung folgender Antrag gestellt:

Zu § 43 des Voranschlagsentwurfs der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, betreffend Förderung der Pferdezucht, sind an Prämien für Hengste an-

statt 8050 *M* 8650 *M* und für das südliche Zuchtgebiet 2200 *M* statt 1600 *M* einzustellen und der Betrag von 2600 *M* zur Verfügung des Ministeriums des Innern auf 2000 *M* zu ermäßigen. Die Gesamtausgabe von 48 850 *M* bleibt unverändert.

Die sämtlichen Voranschläge wurden mit diesem Antrage darauf angenommen.

5. Erste Lesung des Finanzgesetzes.

Sie wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind innerhalb 5 Minuten zu stellen.

6. Erste Lesung des Anleihegesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 29.)

Sie wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind ebenfalls innerhalb 5 Minuten zu stellen.

Darauf trat eine Pause von 5 Minuten ein.

Nach Eröffnung der Sitzung wurden das Finanzgesetz und das Anleihegesetz (Anlage 29) in zweiter Lesung angenommen.

Darauf schloß im Namen des Großherzogs der Minister Kuhstrat I, Exzellenz, den Landtag, worauf der Präsident ein Hoch auf den Großherzog ausbrachte, in das der Landtag begeistert einstimmte.

Schluß 10¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes am 17. November 1914.

Schröder.

Tanzen-Stollhamm.

Bekeler.

Schipper.



Protokolle

über die

Verhandlungen der 5. Versammlung

des

XXXII. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1916.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Erste vorläufige und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 9. November 1915, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Alfß, dann: Präsident Schröder.

Der älteste Abgeordnete Alfß übernahm den Vorsitz, berief die Abgeordneten Dannemann und Bekeler zu Schriftführern und begrüßte die Abgeordneten mit einer Ansprache.

Bei der Verlesung der Namen der Abgeordneten wurde festgestellt, daß die Abgeordneten Dursthoff und Tanzen-Stollhamm entschuldigt fehlten.

Darauf eröffnete Minister Ruhstrat I, Excellenz, namens Seiner Königlich Hoheit des Großherzogs die 5. Versammlung des XXXII. Landtags.

In das von dem Alterspräsidenten auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog ausgebrachte Hoch stimmte die Versammlung lebhaft ein.

Darauf wurde zur Wahl des Präsidiums geschritten, das auf Antrag des Abg. Müller für die Dauer der Tagung gewählt wurde. Zum Präsidenten wurde mit 40 Stimmen der Abg. Schröder und zum Vizepräsidenten der Abg. Tanzen-Stollhamm mit 39 Stimmen, sowie durch Zuruf die Abgeordneten Dannemann, Bekeler und Schipper zu Schriftführern des Landtags gewählt.

Die Gewählten nahmen die Wahl dankend an.

Zur Vorberatung der Regierungsvorlagen und der Petitionen wurden die in der 4. Versammlung des 32. Landtags gewählten drei Ausschüsse wiedergewählt.

Sodann übergab Oberregierungsrat Tenge das Verzeichnis über die bereits eingegangenen oder in Kürze eingehenden Vorlagen, das verlesen wurde:

1. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für 1916.

2. Antrag auf nachträgliche Zustimmung zur Herstellung einer neuen Gasprekanlage auf dem Bahnhofe Oldenburg.

3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Artikels 14 § 3 des Gesetzes für das Herzogtum vom 17. April 1897, betreffend die Ausübung der Jagd.

4. Antrag:

I. auf Zustimmung zur Auszahlung eines Betrages von 5000 M an die Weserdeicher Kanalgenossenschaft als Entschädigung für die infolge der Weservertiefung bezüglich des Weserdeicher Kanals eingetretenen oder etwa noch eintretenden Schädigungen,

II. auf Bewilligung von 6000 M aus dem Weserfonds für die Beaufsichtigung der Arbeiten zur weiteren Vertiefung und Verbreiterung der Unterweser.

5. Bericht über den Bestand und die Geschäftsführung der Staatsschuldentilgungskasse.

6. Antrag auf Bewilligung von 16 000 M aus dem Weserfonds für Legen von Grundschwelen in der Hunte.

7. Mitteilung der Zentral- und Landeskasse pp. Rechnung für 1914.

8. Schreiben, betreffend Verwendung der Ueberschüsse der Landesparkasse.

9. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für 1916.

10. Schreiben, betreffend Neuwahl eines Mitgliedes und dessen Stellvertreter zum Oberverwaltungsgericht.
11. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 10. Februar 1906, betreffend die Staatliche Kreditanstalt.
12. Schreiben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1916.
13. Schreiben, betreffend Ernennung der Regierungsbevollmächtigten.
14. Nachweisungen über Unterstützungen an Witwen von Zivilstaatsdienern, die vor 1903 gestorben sind.
15. Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1916.
16. Abtretung von Grundbesitz an die Aktiengesellschaft F. Frerichs & Co., Einswarden.
17. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten.
18. Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1912/13 und 1913/14, der Gemeinden des Fürstentums Lübeck für 1912 und der Gemeinden des Fürstentums Birkenfeld für 1912 und 1913.
19. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen.
20. Schreiben, betreffend Vorlegung der Krongutskasse-Rechnungen.
21. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1916.
22. Schreiben, betreffend Bericht über den Vermögensbestand und die Geschäftsführung der Staatlichen Kreditanstalt für 1914.

23. Voranschlag des Eisenbahnaufwands für das Jahr 1916.
24. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe.
25. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld.
26. Desgleichen des Fürstentums Lübeck.
27. Beteiligung des Staates an der Landesfuttermittelstelle, G. m. b. H., Geschäftsabteilung.
28. Beitritt des Oldenburgischen Staates als Gesellschafter zur Zentraleinkaufsgesellschaft, m. b. H., in Berlin.
29. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes, betreffend die Organisation der Eisenbahnverwaltung.
30. Schreiben, betreffend Vorlegung der Landeskasserechnung usw. des Fürstentums Lübeck für 1912.
31. Schreiben, betreffend Vorlegung der Landeskasserechnung des Fürstentums Birkenfeld für 1912.
32. Schreiben, betreffend Vorlegung der Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für das Jahr 1914.

Die Vorlagen wurden an die betr. Ausschüsse verwiesen.

Hierauf wurde das Präsidium ermächtigt, Seine Königliche Hoheit den Großherzog zu begrüßen und zu seinem Geburtstag zu beglückwünschen.

Schließlich wurde die Annahme von Stenographen zur Aufnahme der Verhandlungen beschlossen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr mittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 3. Dezember 1915.

Schröder.

Befeler.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 3. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. Pefeler das Protokoll der 1. Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben wurden.

Hierauf verlas der Schriftführer Abg. Dannemann folgende Eingänge:

1. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. den Voranschlag des Landeskulturfonds für das Jahr 1916. (Anlage 33.)
Finanzausschuß.
2. Vorlage derselben, betr. Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für 1914. (Anlage 34.)
Finanzausschuß.
3. Vertrauliche Vorlage derselben vom 8. November d. J.
Finanzausschuß.
4. Vorlage derselben, betr. Berichtigung der Eisenbahn-Grundstücks- und Gebäude-Verzeichnisse. (Anlage 35.)
Eisenbahnausschuß.
5. Petition des südlichen Bürgervereins der Stadt Brake, betr. Einführung von Zeugnissen an allen Volksschulen im Oldenburger Lande.
Verwaltungsausschuß.
6. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis dahin 1915 im Bestande des Staats- und Kronguts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 36.)
Finanzausschuß.
7. Vorlagen derselben, betr. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums Oldenburg

in dem Forstbetriebsjahr 1. Juli 1913/14 und 1914/15. (Anlage 37.)

Finanzausschuß.

Der Präsident teilt mit, daß folgende selbständige Anträge eingereicht sind:

1. Antrag Hug:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen:

1. ihren Vertreter im Bundesrat zu beauftragen, im Interesse des besseren Durchhaltens eines großen Teiles der Bevölkerung für weitergehende Maßnahmen zur Verbilligung aller notwendigen Lebensmittel und zu einer dem Ernährungsbedürfnis mehr entsprechenden Verteilung der Lebensmittel einzutreten,
2. soweit es im Rahmen der vom Bundesrat angeordneten wirtschaftlichen Maßnahmen möglich ist, darüber hinausgehende Erleichterungen für die Konsumenten auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung zu schaffen.

Hug.

Unterstützt durch:

Schmidt-Delmenhorst, Jordan-Delmenhorst,
Fick, S. Meyer, Kleen, Heller.

Plenum.

2. Antrag von Levezow:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, von Erhöhungen der Pacht für Parzellenländereien im Fürstentum Lüneburg in Zukunft abzusehen und die bereits erfolgten Erhöhungen rückgängig zu

1*

machen, gleichgültig, ob das angelegte Kapital etwas weniger hoch verzinst wird oder nicht. Ein gerechter Ausgleich der Pachten ist nicht durch Erhöhung der billigeren, sondern Ermäßigung der teureren zu erstreben.

von Levehow.

Unterstützt durch:

Feigel, Tanzen=Heering, Hug, Brumund, Schipper, Fick, Hollmann, Tappenbeck.
Finanzausschuß.

3. Antrag Tanzen=Heering:

Der Landtag wolle beschließen, die Großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen:

1. sofort 1 Million Mark bereit zu stellen zur Gründung eines Kriegshilfsfonds für die durch den Kriegszustand in Not geratenen Angehörigen der freien Berufe, aus dem durch Vermittelung der Gemeinden langfristige in Raten tilgbare und mäßig verzinsliche Personal- und Realkredite an Gesuchsteller, die dadurch vor dem sonst infolge der langen Kriegsdauer drohenden Vermögensverfall bewahrt werden können, dann gegeben werden sollen, wenn ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine Gewähr für die Rückzahlung der Darlehn bieten,
2. im Bundesrat zu beantragen, daß zur Unterstützung des Kriegshilfsfonds aus Reichsmitteln erhebliche Beträge überwiesen werden.

Tanzen=Heering.

Unterstützt durch:

Möller, Dörr, Wessels, Brumund, Schipper, Tanzen=Stollhamm, Tanzen=Kodenkirchen, Schmidt=Zetel, Tappenbeck, Müller.

Finanzausschuß.

Der Landtag beschließt, diese Anträge in Betracht zu ziehen und erklärt sich mit der Ueberweisung einverstanden.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung des Art. 14 § 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betr. die Ausübung der Jagd. 1. Lesung. (Anlage 3.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, zu stellen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 10. Februar 1906, betr. die Staatliche Kreditanstalt. 1. Lesung. (Anlage 11.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, zu stellen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zu der Anlage 4 Ziffer I und II.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Verwendung der Ueberschüsse der Landessparkasse seit dem 10. Oktober 1914. (Anlage 8.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 22.)

Der Antrag wurde angenommen.

6. Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und dessen Stellvertreter. (Anlage 10.)

Der Landtag beschließt, die Wahl durch Zuzuf vorzunehmen.

Wiedergewählt werden

1. als Mitglied Gemeindevorsteher Tanzen=Stollhamm,
2. als dessen Stellvertreter Bankdirektor tom Dieck in Oldenburg und Zeller Overdam in Stufenborg.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bildung einer Landesfuttermittelstelle für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 27.)

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Beitritt des Oldenburgischen Staates als Gesellschafter zur Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin. (Anlage 28.)

Der Antrag wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage, betr. Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1916. (Anlage 12.)

Der Antrag wurde angenommen.

Der Präsident teilt mit, daß eine Petition des Handels- und Gewerbevereins eingegangen ist. Dieselbe wird dem Finanzausschuß überwiesen.

Die nächste Sitzung wird durch den Präsidenten auf Dienstag, den 7. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr, anberaumt und die Tagesordnung hierzu bekannt gegeben.

Schluß der Sitzung 11 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 7. Dezember 1915.

Schröder.

Dannemann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 7. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Der Abg. Dannemann verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Die Eingänge werden vom Abg. Schipper mitgeteilt, außerdem folgende Eingänge zur Kenntnis gebracht:

1. Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Ergebnisse der Einkommensteuereinschätzung für das Jahr 1914.
Finanzausschuß.
2. Petition der Frau Siemens zu Hobendeich, betreffend direkte Pachtung eines Hamm Landes von der Domänenverwaltung.
Verwaltungsausschuß.
3. Petitionen des Handels- und Gewerbe-Vereins Sever, des Vorstandes des Deutschen Seiler- und Reepschlägerverbandes, Bezirk Oldenburg-Ostfriesland in Wittmund, des Handelsvereins Gutin und der Tischler-Zwangs-Innung Oldenburg um einmütige Annahme des selbständigen Antrages des Abg. Tanzen (Heering), betreffend Gründung eines Kriegshilfsfonds für das freie Gewerbe.
Finanzausschuß.
4. Petition des Brafer Handelsvereins.
Finanzausschuß.
5. Petition der Maler-Zwangsinnung Brake.
Finanzausschuß.
6. Selbständiger Antrag des Abg. Müller.
Finanzausschuß.
7. Selbständiger Antrag des Abg. Heitmann.
Finanzausschuß.

Auf Antrag des Abg. Tappenbeck wird der Punkt 1 von der Tagesordnung abgesetzt.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für das Jahr 1916. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Bei Besprechungen über den § 11 der Einnahmen überreicht der Abg. Enneking einen Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem gegenwärtigen Landtag sogleich nachstehenden Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg vorzulegen.

Einziger Artikel.

Der § 16 der Regierungsbekanntmachung vom 2. Februar 1846, betreffend das Wirtschaftsgewerbe und die polizeiliche Beaufsichtigung der Wirtschaftshäuser und Schenken, ingleichen die Einschränkung des übermäßigen Genusses des Branntweins und anderer geistiger Getränke, wird aufgehoben.

Zum § 28 der Einnahmen stellt der Abg. Tappenbeck einen Verbesserungsantrag:

Die Bemerkung zu § 28 erhält folgende Fassung:
Außer der vollen unter Berücksichtigung des Krieges auf 3 360 000 M veranschlagten Jahressteuer ist ein Zuschlag nach folgendem besonderen Tarif zu erheben:



Stufe 1 bis 5	bleiben frei,
" 6 " 16	10 ⁰ / ₀ der Jahressteuer,
" 17 " 28	20 ⁰ / ₀ " "
" 29 " 36	" "
und Auswärtige	25 ⁰ / ₀ " "
" 37 bis 46	30 ⁰ / ₀ " "
" 47 " 56	35 ⁰ / ₀ " "
" 57 " 66	40 ⁰ / ₀ " "
" 67 " 86	45 ⁰ / ₀ " "
von " 87 an	50 ⁰ / ₀ " "

Zum Antrage Tappenbeck überreicht der Abg. Hug einen Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, den Antrag Tappenbeck wie folgt abzuändern:

Stufe 1—11 (bis 1000 *M*) bleiben frei,

" 12—16 (1000—1500 *M*) 10⁰/₀,

im übrigen wie bei dem Antrag Tappenbeck.

Zum Antrage 4 beantragt der Abg. Tanzen (Heering) namentliche Abstimmung.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Der Antrag 4 wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Alfs, Berding, Brumund, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Frieden, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, v. Levegow, Mohr, Müller, Pekeler, Plate, Schipper, Schröder, Westendorf.

Mit „Nein“: Behrens, Buddenberg, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Möller, Schmidt (Betel), Schmidt (Delmenhorst), Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

horst), Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Die Abgg. Meyer und Steenbock fehlen entschuldigt.

Durch Annahme des Antrags 4 ist der Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Der Antrag 7 wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Alfs, Berding, Brumund, Dannemann, Driver, Dursthoff, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Frieden, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, v. Levegow, Mohr, Müller, Pekeler, Plate, Schipper, Schröder, Westendorf.

Mit „Nein“: Behrens, Buddenberg, Bull, Dörr, Fick, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Möller, Schmidt (Betel), Schmidt (Delmenhorst), Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Der Antrag 6 und die Verbesserungsanträge Tappenbeck und Hug sind damit erledigt.

Ebenso wird der Antrag 9 mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen, wodurch der Antrag 8 erledigt ist.

Die Abstimmung über den Antrag 19 wird infolge des Antrags Enneking bis zur 2. Lesung ausgesetzt.

Der Antrag 11 wird angenommen.

Ausgaben.

Die Anträge 1—9 werden angenommen.

Der Präsident gibt die Tagesordnung für die nächste Sitzung bekannt, die auf Donnerstag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, anberaumt wird.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 9. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Schipper.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 9. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach der Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Abg. Schipper das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Sodann wurde vom Schriftführer Abg. Bekeler folgende Eingänge verlesen:

1. Petition der technischen Revisoren bei der hiesigen Eisenbahnverwaltung Schwarz und Stöver, betreffend Bewilligung von 2 Stellen 1. Klasse des mittleren technischen Dienstes.

Eisenbahnausschuß.

2. Petition des Handelsverein Wildeshausen, der freien Schneider-Innung Oldenburg, der Handwerker-Innung Großenkneten-Huntlosen, der Vereinigung selbständiger Sattler und Tapezierer für die Ämter Brake, Elsfleth und Butjadingen, des Innungs-Ausschusses zu Oldenburg, der freien Handwerker-Innung Damme, der Schneider-Zwangsinnung für die Gemeinden Westerstede und Apen, der freien Handwerker-Innung Westerstede-Apen, der Schmiede-Zwangsinnung für die Gemeinden Westerstede und Apen, der Maler-Zwangsinnung für das Amt Westerstede, der Schuhmacher-Zwangsinnung für die Gemeinde Westerstede, der Bäcker-Zwangsinnung für das Amt Westerstede, der Fleischer-Innung Oldenburg, der Bäcker-Zwangsinnung in Brake, der Innung der Handwerker Elsfleth und der Handwerker-Innung Süd-Butjadingens, betreffend einstimmige Annahme des selbständigen Antrags des

Abg. Tanzen (Heering), betreffend Gründung eines Kriegshilfsfonds.

Finanzausschuß.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1916. 1. Lesung. (Anlage 9.)

Die Anträge 10 bis 19 wurden angenommen, Antrag 20 wurde angenommen mit der Aenderung des § 124, daß statt 240 M 400 M eingestellt wurden für die Erteilung des Unterrichts an katholische Schüler.

Die Anträge 21 bis 42 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 13. Dezember, morgens 10 Uhr, zu stellen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1916. 1. Lesung. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. v. Levezow.

Die Anträge des Ausschusses 1 bis 3 wurden angenommen.

Antrag 5 wurde abgelehnt.

Antrag 5a wurde angenommen.

Die Ausschußanträge 4, 6 und 7 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 13. Dezember, morgens 10 Uhr, zu stellen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1916. 1. Lesung. (Anlage 25.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Sämtliche Ausschußanträge wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 13. Dezember, morgens 10 Uhr, zu stellen.

Auf Antrag des Abg. Hug wurde Punkt 4 und 6 von der Tagesordnung abgesetzt.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des südlichen Bürgervereins der Stadt Brake.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Legung von Grundschwelen in der Hunte. (Anlage 6.)

Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über den Vorausschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1916. (Anlage 21.)

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betreffend die Landestassenrechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1912. (Anlage 31.)

Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienklassen für das Jahr 1914. (Anlage 32.)

Ausschußantrag wurde angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 13. Dezember 1915.

Schröder.

Befeler.

Verfasser: Schröder

Das Protokoll der Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 13. Dezember 1915, ist in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 13. Dezember 1915, genehmigt und unterschrieben worden. Die Verhandlungen sind in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 13. Dezember 1915, genehmigt und unterschrieben worden. Die Verhandlungen sind in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 13. Dezember 1915, genehmigt und unterschrieben worden.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Bekeler das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen dagegen werden nicht erhoben.

Durch den Abg. Dannemann werden folgende Eingänge mitgeteilt:

Petition der Schlosser- und Schmiede-Zwangsinnung Lönningen, betr. einstimmige Annahme des selbständigen Antrages des Abg. Tanzen-Heering wegen Bildung eines Kriegshilfsfonds.
Finanzausschuß.

Petitionen der Schlosser- und Schmiede-Zwangsinnung Stollhamm, der Maler- und Lackierer-Zwangsinnung des Amtes Elsfleth, der freien Handwerker-Innung Jade-Schweiburg und der freien Handwerker-Innung zu Wechta, betr. dasselbe.
Finanzausschuß.

Petition der technischen Revisoren bei der oldenburgischen Eisenbahnverwaltung Schwarz und Stöver, betr. Bewilligung von zwei Stellen 1. Klasse des mittleren technischen Dienstes.
Eisenbahnausschuß.

Mit der Ueberweisung der Eingänge an die genannten Ausschüsse ist der Landtag einverstanden.

Der Präsident teilt mit, daß der Bericht des Eisenbahnausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 24. April 1906, betr. die Organisation der Eisenbahn-

verwaltung, Anlage 29, nachträglich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt sei.

Der Landtag erklärt sich hiermit einverstanden.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zu der Vorlage über Abtretung von Grundbesitz an die Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen. (Anlage 16.)

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Die Anträge des Ausschusses 1 und 3 wurden abgelehnt, der Antrag 2 angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Hug, betr. Teuerung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend

I. die Nachweisung über den Abschluß der Eisenbahn-Betriebskasse für das Jahr 1914 (Nebenanlagen A, B, C und D),

II. den Vorschlag derselben Kasse für das Jahr 1916 (Nebenanlagen E und F). (Anlage 15.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Die Anträge des Ausschusses 1 und 2 wurden angenommen.

Zum Antrage 3 beantragt der Ausschuß zu Pos. 49: Umwandlung von 4 Stellen II. Klasse in 4 solcher I. Klasse

und die Petition Schwarz und Stöver für erledigt zu erklären.

Der Antrag 3 wurde mit dieser Abänderung angenommen.

Die Anträge 4—15 wurden angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 2. November 1915, betreffend

- I. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1914,
- II. die Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel auf das Jahr 1915 übertragen sind,
- III. den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1916. (Anlage 23.)

Berichterstatter: Abg. Müller.

Die Anträge 1, 2 und 3 des Ausschusses wurden angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 24. April 1906, betr. die Organisation der Eisenbahnverwaltung. (Anlage 29.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1916. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Die Anträge 1, 5 und 6 wurden angenommen, die Anträge 2, 3 und 4 zurückgezogen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 16. Dezember 1915.

Schröder.

Dannemann.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 16. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung; der Schriftführer Abg. Dannemann verliest das Protokoll, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Die Eingänge werden mitgeteilt:

Petitionen der Müller-Zwangs-Innung für Stadt und Amt Jeber,

der freien gemischten Innung für die Friesische Wehde, der Schuhmacher-Zwangs-Innung Rüstingen, der Müller-Zwangs-Innung Amt Westerstede, der vereinigten Handwerker-Innungen der Stadt Varel, des kaufmännischen Vereins Rüstingen.

Finanzausschuß.

zum selbständigen Antrage Lanzen (Heering) sowie ein selbständiger Antrag Tappenbeck:

Ich beantrage, der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf zustimmen:

Gesetz
für das Großherzogtum, betreffend den Verteilungs-
fuß für Gemeindefriedenslasten.

§ 1.

Ausgaben der Gemeinden, Amtsverbände und Landesverbände für Familienunterstützungen nach dem Reichsgesetze vom 28. Februar 1888 und Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke, die durch Reichs- oder Staatszuschüsse gefördert werden, können durch Zuschläge zur Einkommen-, Grund- und Gebäude- und Vermögenssteuer aufgebracht werden. Die Grund- und Gebäudesteuer ist dabei

nur zu dem Teile, zu dem sie noch als Staatssteuer erhoben wird, heranzuziehen.

§ 2.

Ein Beschluß der Gemeinden oder Gemeindeverbände, daß die Kriegslasten nach diesem besonderen Verteilungsfuß aufgebracht werden sollen, muß zweimal gelesen und vor der zweiten Lesung öffentlich ausgelegt werden.

und hierzu noch ein Verbesserungsantrag von demselben. Dieser lautet:

Dem Gesetzentwurf ist nachzuführen:

§ 3.

Soweit in diesem Gesetze nichts anderes bestimmt ist, finden die Bestimmungen der Gemeindeordnungen sinngemäß Anwendung.

Diese Anträge werden dem Verwaltungsausschuße überwiesen. Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Artikels 14, § 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betreffend die Ausübung der Jagd. 2. Lesung. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. v. Fricken.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes für das

Herzogtum Oldenburg vom 10. Februar 1906, betreffend die Staatliche Kreditanstalt. 2. Lesung. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 4. November 1915, betreffend den Entwurf einer Abänderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 24. April 1906, betreffend die Organisation der Eisenbahnverwaltung. 2. Lesung. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. König.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Verwendung der Ueberschüsse der Eisenbahnbetriebskasse. (Anlage 5.)

Berichterstatter: Abg. Koopmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Anlage einer Gaspreßanstalt. (Anlage 2.)

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie Lehrer an den Volksschulen. 1. Lesung. (Anlage 19.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Abg. Tanzen (Heering) beantragt zu den Anträgen 2, 6, 7 und 8 namentliche Abstimmung.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 1 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Alfs, Behrens, Verding, Brumund, Buddenberg, Dörr, Driver, Dursthoff, Feigel, v. Fricke, Gerdes, Hartong, Heitmann, Heller, Henn, Hollmann, Hug, Jordan, Kleen, König, Koopmann, Lanje, v. Levegow, Möller, Mohr, Müller, Pefeler, Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Mit „Nein“: Dannemann.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Der Antrag 6 wird in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Mit „Nein“ stimmten: Alfs, Verding, Brumund, Dannemann, Dörr, Driver, Dursthoff, Feigel, v. Fricke, Gerdes, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, v. Levegow, Möller, Mohr, Müller, Pefeler, Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels, Westendorf.

Mit „Ja“: Behrens, Buddenberg, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Schmidt (Delmenhorst).

Der Antrag 7 wird in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Mit „Nein“ stimmten: Behrens, Brumund, Buddenberg, Dannemann, Dörr, Dursthoff, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, Möller, Müller, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Ja“: Alfs, Verding, Driver, Feigel, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, v. Levegow, Mohr, Pefeler, Plate, Westendorf.

Der Antrag 8 wird in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 15 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Behrens, Brumund, Buddenberg, Dörr, Dursthoff, Gerdes, Heitmann, Heller, Hug, Jordan, Kleen, Lanje, v. Levegow, Möller, Müller, Schipper, Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „Nein“: Alfs, Verding, Dannemann, Driver, Feigel, v. Fricke, Hartong, Henn, Hollmann, König, Koopmann, Mohr, Pefeler, Plate, Westendorf.

Der Antrag 9 wird angenommen.

Der Antrag 4 wird abgelehnt.

Der Antrag 3 wird angenommen.

Die Anträge 10—13 werden angenommen.

Bei sämtlichen Abstimmungen fehlen die Abgg. Bull, Enneking, Feldhus, Fick und Meyer.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag, den 17. Dezember, morgens 10 Uhr, einzureichen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für 1914. (Anlage 34.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Sämtliche Anträge des Ausschusses werden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1916. (Anlage 33.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Sämtliche Anträge des Ausschusses werden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1913/14. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1914/15. (Anlage 39.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung in den Anlagen A. 1—4 und C. 1—4 für das Forstrechnungsjahr 1912/13 und 1913/14 sich erstreckenden Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der beiden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld. (Anlage 17.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betreffend Krongutsklassenrechnungen. (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abg. Brumund, Ennekling und Heller.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1912/13 und 1913/14, der Gemeinden des Fürstentums Birkenfeld für 1912/13 und der Gemeinden des Fürstentums Lübeck für 1912 und 1913. (Anlage 18.)

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1914. (Anlage 37.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 11³/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 20. Dezember 1915.

Schröder.

Schipper.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 20. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. Schipper das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben wurden.

Darauf teilt der Präsident mit, daß eingegangen sei ein Gesetz für das Großherzogtum, betreffend die Kriegsanleihen der Gemeinden und Kommunalverbände.

Der Landtag beschloß, diesen Gesetzentwurf sofort als 6a der Tagesordnung zu verhandeln.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude. (Anlage 35.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Art. 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1914. (Anlage 7.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 5. November 1915, betreffend die gemäß Art. 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Rechnungen des Fürstentums Lübeck. (Anlage 30.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis dahin 1915 im Bestande des Staats- und Kronguts vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 36.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1916 anzulegenden Voranschläge, sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. 1. Lesung. (Anlagen 1, 9, 25 und 26.)

Zu Antrag 1: Auf Antrag des Abg. Tappenbeck zog der Abg. Dörr seinen Antrag zurück.

Zu Antrag 1 stellte der Abg. Dursthoff folgenden Verbesserungsantrag:

Annahme des Antrages Tanzen Buchstabe c in folgender Fassung:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Wettbewerb zu veranstalten, auch 2000 M für diesen Wettbewerb bewilligen,

der abgelehnt wurde.

Anträge 2—4 wurden angenommen.

Antrag 5 wurde angenommen.

Zu § 22 Buchstaben a und b stellte der Abg. Müller den Antrag:

Ich beantrage, der Bemerkung zu § 22 die Worte nachzuführen:

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die unter b genannten 1 100 000 M der im Anleihegesetz vorgesehenen Anleihe zu entnehmen.

Der Antrag wurde mit 24 Stimmen angenommen.

Zu den Anträgen 6, 8 und 13 stellte der Abg. Müller den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Antrag 6 wurde mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen.



Antrag 7 wurde durch Antrag 6 erledigt.

Antrag 8 wurde mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen.

Antrag 9 wurde angenommen.

Antrag 10 wurde abgelehnt, somit wurde Antrag 11 und 12 erledigt.

Zu Antrag 13 zog der Abg. Müller seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Antrag 13 wurde angenommen.

Zu Antrag 14 wurde vom Abg. Tanzen-Heering namentliche Abstimmung beantragt.

Antrag 14 wurde mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Antrag 15 wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung des Finanzgesetzes sind bis heute 3 Uhr zu stellen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 1. Lesung. (Anlage 24.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute 3 Uhr zu stellen.

6a. Gesetz für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die Kriegsanleihen der Gemeinden und Kommunalverbände.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. ordentlichen Sitzung des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 21. Dezember 1915.

Schröder.

Befeler.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute 3 Uhr zu stellen.

7. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. von Lebekow.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller-Brake, betreffend die sog. Amortisationslebensversicherung.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Gnneling:

Der § 16 der Regierungs-Bekanntmachung vom 2. Februar 1846, betreffend das Wirtschaftsgewerbe und die polizeiliche Beaufsichtigung der Wirtschaftshäuser usw., wird aufgehoben.

Zu Antrag 1: Der Abg. Behrens stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Antrag 1 wurde mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Dann wurde Antrag 2 mit 26 Stimmen angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute 3 Uhr zu stellen.

Auf Antrag des Abg. Tanzen-Heering wurde Punkt 10 von der Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung am 21. Dezember, morgens 10 Uhr.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

5. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1915, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Pefeler das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Präsident teilt mit, daß der von dem Abg. Tappenbeck eingereichte selbständige Antrag betreffend den Verteilungsfuß für Gemeindefriegslasten zurückgezogen ist. Der zu diesem Antrage gestellte Verbesserungsantrag ist damit erledigt. Abg. Tappenbeck stellt folgenden Antrag:

Da es beim Schluß der jetzigen Tagung des Landtags nicht mehr möglich ist, die bei Beratung meines selbständigen Antrags, betreffend den Verteilungsfuß für Gemeindefriegslasten, im Verwaltungsausschuß aufgeworfenen Einzelfragen noch zu erledigen, so ziehe ich meinen selbständigen Antrag zurück und beantrage statt dessen:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, ihm baldmöglichst einen Gesetzentwurf, betreffend den Verteilungsfuß für Gemeindefriegslasten, vorzulegen, durch welchen die Heranziehung der Vermögenssteuer zu den Gemeindefriegslasten ermöglicht wird.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und wie folgt verhandelt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie Lehrer an den Volksschulen. 2. Lesung. (Anlage 19.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Gnneling. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 2. Lesung. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag wurde angenommen.

4. Beratung über die Anlage 40, betreffend Gesetzentwurf für das Großherzogtum Oldenburg, wegen der Kriegsanleihen der Gemeinden und Kommunalverbände. 2. Lesung.

Die Vorlage wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1916.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Heering).

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Beide Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Heitmann, betreffend Beteili-

gung der Staatsregierung an der zu errichtenden Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. für das Herzogtum Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Frau Siemens-Hobendeich bei Seefeld vom 4. Dezember 1915.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Kodenkirchen).

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß in der jetzigen Versammlung des Landtags

10 Gesetzentwürfe,

31 Regierungsvorlagen,

7 selbständige Anträge,

33 Petitionen

zur Beratung gekommen sind.

Minister Scheer, Excellenz, erklärte hierauf im Namen des Großherzogs den Landtag für geschlossen.

Präsident Schröder brachte ein Hoch auf den Großherzog aus, in das der Landtag begeistert einstimmte.

Abg. Feigel dankte unter allseitiger Zustimmung dem Präsidenten Schröder für die unparteiische Leitung des Landtages und brachte ein dreifaches Hoch auf denselben aus.

Schluß 11 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXII. Landtags, 5. Versammlung, am 21. Dezember 1915.

Schröder.

Tanzen (Stollhamm).

Dannemann.

Pefeler.

Schipper.

